



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Österreich und die Europa 2020-Strategie

von

Gerhard Paleczny

0305583

Angestrebter akademischer Grad
Magister philosophiae (Mag. phil.)

Wien, im Mai 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Einführung	1
1.2. Gliederung und Forschungsfragen.....	3
1.3. Methoden	4
2. Die Lissabon-Strategie – ein Fiasko der EU oder ein erster Schritt in die richtige Richtung?	7
2.1. Der erste Versuch einer europäischen Wirtschaftsstrategie.....	7
2.2. Österreich und die Lissabon-Strategie.....	9
2.3. Bilanz der Lissabon-Strategie.....	12
3. Eine neue Strategie für Europa – Lissabon neu oder Neustart?	18
3.1. Braucht Europa überhaupt eine neue Wirtschaftsstrategie?.....	18
3.2. Impulse zu einer Post-Lissabon-Strategie.....	21
4. Europa 2020 – nachhaltig, intelligent und integrativ?	27
4.1. Der Europa 2020-Entwurf.....	27
4.2. Die fünf Kernziele.....	28
4.3. Die sieben Flaggschiff-Initiativen.....	30
4.4. Die integrierten Leitlinien	31
4.5. Die Aufgabenverteilung	33
4.6. Die Verabschiedung von Europa 2020.....	34
5. Österreich und Europa 2020	36
5.1. Österreich im Jahr 2010 – eine Insel der Seligen?.....	36
5.2. Das österreichische Positionspapier zu Europa 2020.....	38
5.2.1. Positionen österreichischer Institutionen	41
5.3. Österreichs Wachstumshemmnisse	46
5.3.1. Budgetkonsolidierung.....	47
5.3.2. Stärkung des Finanzsektors	48
5.3.3. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Binnennachfrage	49
5.3.4. Erhöhung der Erwerbsbeteiligung.....	50
5.3.5. Wissensbasierung und Innovation im globalen Wettbewerb	50
5.4. Das österreichische Reformprogramm 2010.....	51
5.4.1. Ad Kernziel Beschäftigung	52
5.4.2. Ad Kernziel Forschung und Entwicklung.....	54
5.4.3. Ad Kernziel Klimaschutz und Energie.....	55
5.4.4. Ad Kernziel Bildung	57
5.4.5. Ad Kernziel Armutsbekämpfung und Verminderung sozialer Ausgrenzung	59
5.4.6. Ad Wettbewerb und Unternehmen.....	60
6.1. Experteninterviews.....	62
6.1.1. Interview mit Norbert Templ.....	63
6.1.2. Interview mit Gerfried Gruber	65
6.1.3. Interview mit Edda Knittel	66
6.1.4. Interview mit Tanja Buzek	67
6.1.5. Interview mit Clemens Wallner	69
6.1.6. Interview mit Peter Mooslechner.....	71
6.1.7. Andere Experteninterviews	73

7. Conclusio	74
7.1. Die Europa 2020-Strategie – Die Zukunft der europäischen Wirtschaft?	74
7.1.1. Ist die Europa 2020-Strategie Lissabon 2.0?.....	74
7.1.2. Aus Fehlern lernen.....	77
7.1.3. Legitime „Tricks“ bei der Berechnung	79
7.2. Österreich und Europa 2020.....	81
7.2.1. Eine üppige Wohlstands- oder eine schlanke Wirtschaftsstrategie?	81
7.2.2. Nimmt die Bundesregierung Europa 2020 überhaupt ernst?	82
7.3. Ausblick.....	84
8. Bibliographie und Quellen	87
8.1. Literatur	87
8.2. Internetquellen	92
8.3. Interviewpartner.....	96
A. Anhang.....	97
I. Abbildungen.....	97
II. Transkriptionen.....	105
III. Abkürzungsverzeichnis	133
IV.1. Abstract	134
IV.2. Abstract (english).....	135
V.1. Lebenslauf des Autors	136
V.2. Curriculum Vitæ.....	137

1. Einleitung

1.1. Einführung

Europa braucht eine neue Wachstums- und Wirtschaftsstrategie. Der erste gesamteuropäische Versuch der EU, die 2010 ausgelaufene Lissabon-Strategie, gilt gemeinhin als gescheitert – das gestand sich selbst José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, ein.

Wie die weltweiten Folgen der Finanzkrise gezeigt haben, verändert sich die wirtschaftliche Wirklichkeit schneller als die politische. Wir können nicht umhin anzuerkennen, dass die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung auch nach einer entschlosseneren und kohärenteren Antwort der Politik verlangt.¹

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Jahre des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zunichte gemacht und die strukturellen Schwächen der europäischen Wirtschaft aufgedeckt. Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union fiel im Jahr 2009 auf unter 4%, die Industrieproduktion im europäischen Raum brach auf das Niveau der 1990er Jahre ein und gut 10% der EU-Erwerbsbevölkerung sind ohne Beschäftigung.²

Die neue, breit angelegte Wirtschafts- und Wachstumsstrategie Europa 2020 soll jedoch keine direkte Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise sein. Vielmehr soll die Strategie Strukturreformen für die Bewältigung der langfristigen Probleme Europas, die die Globalisierung, Ressourcenknappheit oder die fortschreitende Alterung der europäischen Gesellschaft mit sich bringt, forcieren. Die Europäische Union soll in eine „intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft“ verwandelt werden, die „durch ein hohes Beschäftigungs- und Produktionsniveau sowie durch einen ausgeprägten sozialen Zusammenhalt gekennzeichnet ist“.³

Zurzeit dominieren allerdings die handfeste Eurokrise sowie die Nachwirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise die mediale Wirtschaftsberichterstattung. Von der neuen, bereits gestarteten Europa 2020-Strategie, die ja immerhin in den kommenden zehn

¹ José Manuel Barroso im Vorwort der Kommissionsmitteilung der Europa 2020-Strategie. Europäische Kommission 2010b, 2

² Vgl. Ebd., 8

³ Ebd., 5

Jahren massiven Einfluss auf zahlreiche Politikfelder aller EU-Mitgliedstaaten nehmen soll, nimmt die Öffentlichkeit kaum Notiz,

- ◆ obwohl Europa 2020 nun mit den fünf Kernzielen weitaus verständlicher und übersichtlicher gestaltet wurde, als es die Lissabon-Agenda je war,
- ◆ obwohl nun die von vielen EU-Bürgern und Zivilgesellschaften geforderten sozialen Ziele Einzug in gesamteuropäische Zielsetzungen gefunden haben, und
- ◆ obwohl die Kommission in der Europa 2020-Strategie in den nächsten zehn Jahren Struktur-Reformen von den Mitgliedstaaten fordert, die nahezu jeden EU-Bürger direkt in irgendeiner Weise tangieren werden – sei es im Bereich Beschäftigung, Forschung, Bildung, Klimaschutz, Energie oder Armutsbekämpfung.

Noch mehr als die öffentliche Aufmerksamkeit wird allerdings die Dimension der wirtschaftspolitischen Steuerung über den Erfolg der Strategie entscheiden. Zwar standen Sanktionsmaßnahmen bzw. „politische Warnungen“⁴ für Mitgliedsländer, die nach Kommissionsempfehlungen untätig bleiben, in Diskussion, vorgesehen sind aber letztendlich keine - diese Androhung wurde schließlich vom Europäischen Rat verwässert. Man hofft, dass sich eine gewisse *peer-pressure* unter den Mitgliedstaaten und Rechtfertigungsdruck gegenüber der Kommission einstellt.

Wird also die Europa 2020-Strategie in ihrer jetzigen Form die nächsten zehn Jahre die Grundlage der Wirtschaftspolitiken von 27 Mitgliedsländern vorgeben können? Werden sich die Staats- und Regierungschefs die neue Strategie auf die Fahne schreiben, so wie das Kommissionspräsident Barroso fordert? Und wird vor allem Österreich tatsächlich seine Politik gemäß dem selber ausgearbeiteten Reformprogramm ausrichten?

Oder aber wird die Strategie sang- und klanglos in Belanglosigkeit versinken, weil die Regierungen die gesetzten Ziele aufgrund mangelnder Sanktionsmaßnahmen einfach ignorieren und sich der erhoffte Gruppenzwang unter den Staaten nicht einstellt? Wird die groß angelegte Europa 2020 schlussendlich lediglich als Fußnote der Geschichte der Europäischen Union enden, als - wie von US-Ökonomen gewitzelt wird - ein zu weitläufig angelegtes europäisches Wirtschaftsprogramm, das an die Fünfjahrespläne der ehemaligen sozialistischen Staaten erinnert?⁵

⁴ Ebd., 6

⁵ Aus einem Interview mit einem Mitarbeiter des Bundeskanzleramts am 25.11.2010

1.2. Gliederung und Forschungsfragen

Die vorliegende Diplomarbeit soll eingangs die 2010 abgelaufene Lissabon-Strategie vorstellen (Kapitel 2). Warum sehen sie die meisten als gescheitert an und welche positiven Aspekte kann man dennoch herausstreichen? Ist man diesmal gegen unvorhersehbare Konjunkturerinbrüche gewappnet? Eine objektive Bilanz der Agenda soll hin zu der Frage führen, warum Europa überhaupt so dringend einen Nachfolger für den misslungenen Lissabon-Prozess braucht.

Eine Sammlung von den Kernaussagen wissenschaftlicher Aufsätze versucht anschließend darzustellen, welche Fehler der Lissabon-Agenda korrigiert werden sollten und wie die Nachfolge-Strategie aussehen könnte - der Fokus liegt hier auf politikwissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Arbeiten aus dem deutschen Sprachraum (Kapitel 3).

Kapitel 4 stellt schließlich den finalen Entwurf der Europa 2020-Strategie vor, der im März 2010 von der Europäischen Kommission vorgestellt wurde. Im Zuge dessen soll auch die Frage geklärt werden, ob die neue Strategie eine neue Orientierung aufweist oder lediglich eine Fortsetzung der Lissabon-Agenda ist. Weiters soll diskutiert werden, ob die Europa 2020-Ziele aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Erfahrungen der letzten Jahre nun weniger ambitioniert sind, als es die Lissabon-Ziele waren, die einst in den Jahren der New Economy und des Börsenbooms entstanden sind.

Der Hauptteil dieser Diplomarbeit beschäftigt sich mit Österreich und dem Umgang mit der Europa 2020-Strategie (Kapitel 5). Es wird sowohl auf den innerösterreichischen Positionsfindungsprozess als auch auf nationale Forderungen im Konsultationsverfahren auf europäischer Ebene Bezug genommen. Es soll außerdem diskutiert werden, wie konkret Europa 2020 in den nächsten zehn Jahren auf Österreich und die Bundesregierung Einfluss nehmen wird. Weiters werden die vom ECOFIN-Rat publizierten Wachstumshemmnisse Österreichs vorgestellt und einzeln analysiert. Das erste Nationale Reformprogramm zu Europa 2020, das im Oktober 2010 vom österreichischen Ministerrat verabschiedet wurde, ist ebenso ein zentraler Baustein dieser Arbeit. Es wird detailliert dargestellt und eingehend begutachtet, um zu klären, wie ambitioniert die Ziele ausgefallen sind und wie diese in den nächsten zehn Jahren erreicht werden sollen.

Im Rahmen dieser Arbeit wurde überdies versucht, Positionen von österreichischen Institutionen - Regierung, Parteien, Sozialpartner und sonstige Interessenverbände sowie NGOs - hinsichtlich der neuen europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie

herauszuarbeiten (Kapitel 6). Die vom Autor persönlich geführten Interviews mit Vertretern verschiedener österreichischer Institutionen stellen nicht nur einen ergänzenden Teil dieser Arbeit da, sondern bildeten neben dem Literaturstudium und der Internetrecherche auch die dritte zentrale Informationsquelle.

Im letzten Kapitel werden alle oben angeführten Forschungsfragen noch einmal aufgegriffen und hinsichtlich der Forschungsergebnisse analysiert (Kapitel 7). In diesem Teil wird das umstrittene Thema besprochen, ob im Rahmen von Europa 2020 Sanktionen bei Nicht-Erfüllung von Zielen verhängt werden sollten oder nicht. Auch die Neugestaltung der Methode der Offenen Koordinierung, die ja im Rahmen der Lissabon-Agenda harsch kritisiert wurde, wird analysiert. Zur Ergänzung werden in diesem Kapitel auch einige Expertenmeinungen, die in österreichischen Medien publiziert wurden, angeführt. Es soll hier unter anderem diskutiert werden, wie die wirtschaftliche Steuerung der Union in Zukunft aussehen könnte. Ein kurzer spekulativer Ausblick, beruhend auf dem empirischen Erkenntnisgewinn des Autors aus rund einem Jahr Forschungstätigkeit im Bereich Europa 2020, wird die Arbeit schließen.

Im Anhang finden sich neben den diversen Grafiken, auf die im Text Bezug genommen wird, auch Transkriptionen zu den vom Autor geführten Interviews.

1.3. Methoden

Diese Diplomarbeit wurde nahezu zeitlich parallel zur Ausarbeitung der Europa 2020-Strategie verfasst - mit Ende des offiziellen europäischen Konsultationsverfahrens im Jänner 2010 haben auch die Recherchen des Autors begonnen. Die vorliegende Arbeit ist sozusagen ebenso wie die Strategie im vergangenen Jahr Monat für Monat „gewachsen“.

Für die Ausarbeitung der Diplomarbeit wurden vorrangig die zahlreichen offiziellen Dokumente der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates sowie die diverser österreichischer Institutionen und der Bundesregierung ausgewertet. Manche Interviewpartner haben dem Autor dankenswerterweise auch öffentlich nicht zugängliches Material zur Verfügung gestellt und somit zu einer gesteigerten Qualität dieser Arbeit beigetragen. Darüber hinaus wurden auch viele politikwissenschaftliche Aufsätze⁶ zu den Themen Lissabon-Agenda und Europa 2020-Strategie herangezogen, damit sich der Autor

⁶ Diese Texte sind zudem die Basis für Kapitel 3.2. „Impulse zu einer Post-Lissabon-Strategie“.

eine fundiert kritische Sicht auf die Thematik aneignen konnte.⁷ Aus gleichem Antrieb wurden auch österreichische und europäische Qualitätsmedien zu Rate gezogen, die allerdings bisher nur sehr selten die Europa 2020-Strategie thematisierten. Lediglich in Medien, die auf EU-Belange spezialisiert sind, sind dazu regelmäßig Berichte aufzufinden.⁸

Darüber hinaus wurde aufgrund der relativen Aktualität des Themas auch regelmäßig auf Internetquellen der Europäischen Union zurückgegriffen - mindestens einmal pro Woche wurde die Ende 2010 neu gelaunchte offizielle Europa 2020-Seite⁹ angewählt, damit die Arbeit in der sich schnell wandelnden europäischen Politikwelt immer am neuesten Stand bleiben konnte. Das Internet war außerdem eine reichhaltige Quelle für vielfältige wissenschaftliche Aufsätze aus ganz Europa. Auf vielen Internetseiten von österreichischen Institutionen wurden zwar thematisch passende Dokumente zum Download vorgefunden, diese waren aber oft nicht am neusten Stand.

Die in der Arbeit angeführten und analysierten Statistiken wurden ausschließlich vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung „WIFO“ sowie vom statistischen Amt der Europäischen Union „Eurostat“ bezogen, das zum Jahresende eine eigene Online-Statistiksammlung für die Indikatoren der Europa 2020-Strategie gestartet hat.¹⁰ Die im Anhang angeführten Schaubilder sind von Dokumenten der Europäischen Kommission und des österreichischen Bundeskanzleramts entnommen und werden im Laufe dieser Arbeit interpretiert.

Die wichtigste Quelle für die vorliegende Diplomarbeit stellten Experteninterviews dar. Der Autor hat insgesamt elf Interviews geführt, die allesamt zu einer zentralen Informationsquelle dieser Arbeit wurden. Die Gespräche haben in der Folge auch maßgeblich zur Verbesserung der Material-Recherche und aufgrund der vielen unterschiedlichen Blickwinkel der interviewten Personen zu einem mannigfaltigen empirischen Erkenntnisgewinn des Autors beigetragen.

⁷ Es ist allerdings bis dato im deutschen Sprachraum noch keine größere wissenschaftliche Arbeit zur Europa 2020-Strategie erschienen (Stand 08.03.2011).

⁸ Siehe hierzu z.B.: <http://www.euractiv.de> (22.02.2011)

⁹ Siehe hierzu: http://ec.europa.eu/europe2020/index_en.htm (22.02.2011)

¹⁰ Siehe hierzu: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/europe_2020_indicators/headline_indicators (22.02.2011)

Anmerkungen des Autors

- ♦ Die vorliegende Arbeit verwendet vielfach lediglich die männliche Schreibform, wo ebenso gut die weibliche Form stehen könnte. Aus Gründen der Lesbarkeit und Kürze wird auf die Schreibweisen "-Innen" oder Verdoppelungen wie beispielsweise "*Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen*" verzichtet. Der Autor bittet freundlich, hieran keinen Anstoß zu nehmen.
- ♦ Konstruktive Kritik und Anregungen zu dieser Diplomarbeit sind ausdrücklich erwünscht und bitte an gerhard@paleczny.at zu richten.
- ♦ Die Übersetzung von Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache erhältlich waren, erfolgte in den meisten Fällen vom Autor. Sollten manche Übersetzungen bzw. Formulierungen unschlüssig erscheinen, so würde er sich über ein Mail mit Verbesserungsvorschlägen an die oben angeführte Mailadresse freuen.

2. Die Lissabon-Strategie – ein Fiasko der EU oder ein erster Schritt in die richtige Richtung?

2.1. Der erste Versuch einer europäischen Wirtschaftsstrategie

Die Lissabon-Strategie (auch Lissabon-Agenda oder Lissabon-Prozess) ist das am 24. März 2000 vom europäischen Rat verabschiedete Programm, das versuchte, die Herausforderungen der Globalisierung, des Klimawandels sowie der fortschreitenden Überalterung der Bevölkerung im europäischen Raum zu bewältigen.¹¹ Bis 2010 sollte „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ werden, mit dem Ziel einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen, „der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“¹² Die Agenda beruhte auf drei Säulen: Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Entsprechend dieser Säulen müsse die Europäische Union des Jahres 2010 mit drei Adjektiven zu charakterisieren sein: „effizient, sozial und ökologisch.“¹³

Die Lissabon-Strategie ging davon aus, dass Strukturreformen erforderlich sind, um den Wachstumsverlauf der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer gegebenenfalls zu korrigieren. Solche Reformen müssen längerfristig geplant werden und eventuell auch über Legislaturperioden hinaus umgesetzt werden.¹⁴ Dazu bedürfe es einer globalen Strategie und quantifizierbaren Zielen in zahlreichen Politikbereichen. Man war sich einig, dass sich ein solcher Prozess nicht allein auf die EU-Ebene beschränken kann, da zahlreiche Reformfelder in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen.¹⁵ Somit hing der Erfolg der Lissabon-Strategie ganz entscheidend von der Qualität der Zusammenarbeit der Union und der Mitgliedstaaten ab. Der Europäische Rat kreierte für die Umsetzung der Lissabon-Ziele die offene Methode der Koordinierung, die eine „kohärentere strategische Leitung und eine effektive Überwachung der Fortschritte“¹⁶ gewährleisten sollte. Grundsätzlich zeichnet sich dieses System durch den Versuch aus, neben den beiden klassischen

¹¹ Siehe hierzu: Europäischer Rat 2000

¹² Ebd., 2

¹³ Sozialpartner Österreich 2009, 1

¹⁴ Vgl. <http://www.oesterreich.gv.at/site/4890/default.aspx> (11.10.2010)

¹⁵ So wie beispielsweise das Binnenmarktprogramm 1992.

¹⁶ Europäischer Rat 2000, 2

Integrationsmethoden der supranationalen Rechtsetzung der EU und der Zusammenarbeit auf Regierungsebene eine Zwischenstufe zu schaffen. Die Kommission legt Leitlinien für einen bestimmten Politikbereich mit jeweils genauem Zeitplan für die Verwirklichung der in ihnen gesetzten Ziele fest, die Mitgliedstaaten wiederum erstellen jährlich Umsetzungspläne.¹⁷

Die beiden primären Ziele der Lissabon-Strategie waren einerseits die Stärkung des Wachstumspotentials des Binnenmarkts, um eine hohe Beschäftigung, ein hochentwickeltes soziales Niveau und eine überdurchschnittliche Lebensqualität für die Bevölkerung der Europäischen Union zu gewährleisten. Andererseits sollte Europa seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Wirtschaftsräumen, vor allem mit Blick auf den US- und den japanischen Markt, ausbauen.¹⁸ Der übergeordnete Zweck der Lissabon-Strategie war letztendlich auch die Steigerung des Tempos und der Qualität der Reformen auf nationaler und auf europäischer Ebene.¹⁹

Die im März 2000 verabschiedete Strategie wuchs jedoch nach und nach zu einer äußerst unübersichtlichen, komplexen Struktur mit einer enormen Anzahl von Zielen und Maßnahmen bei einer gleichzeitig unklaren Aufteilung von Zuständigkeiten und Aufgaben zwischen Union und Mitgliedstaaten. Zudem entwickelte sich die Wirtschaft zu Anfang des neuen Jahrtausends auch sehr ungünstig. In den ersten vier Jahren blieben die Erfolge deshalb weit hinter den Erwartungen zurück, weshalb die Lissabon-Agenda im Rahmen einer Halbzeitevaluierung, dem sogenannten „Wim-Kok-Bericht“²⁰, im Jahr 2005 neu ausgerichtet wurde, um sie lediglich auf ihre Kernziele - Wachstum und Beschäftigung - zu konzentrieren.²¹

Weiters wurde eine partnerschaftliche Governance-Struktur für die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen als zentrale Handlungsmaxime bestimmt.²² Es wurde hierbei besonderes Augenmerk auf die nationale Identifikation mit den Zielen des Lissabon-Prozesses gelegt. Gemäß dieses Ansatzes sollten seitens der Mitgliedstaaten in den Jahren 2005 und 2008 Nationale Reformprogramme ausgearbeitet werden, um sicherzustellen, dass jeder EU-

¹⁷ Näheres hierzu unter <http://www.eufis.de/eu-glossar.html?title=Offene%20Koordinierung> (19.10.2010)

¹⁸ Vgl. Sozialpartner Österreich 2009, 1

¹⁹ Vgl. Europäische Kommission 2010a, 2

²⁰ Benannt nach dem Vorsitzenden der Sachverständigengruppe. Siehe hierzu: Europäische Kommission 2004

²¹ Auf die Ziele der Lissabon-Agenda wird in Kapitel 3 im Rahmen eines Vergleichs mit der Europa 2020-Strategie genauer eingegangen.

²² Vgl. Europäische Kommission 2010a, 2

Staat „seinen eigenen, maßgeschneiderten strukturpolitischen Reformmaßnahmen in Entsprechung der jeweiligen nationalen Herausforderungen setzen kann, um so der europäischen Wettbewerbsfähigkeit beizutragen.“²³ Die neu geschaffenen integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung²⁴ sollten dabei einen stabilen und kohärenten Rahmen für die Ausarbeitung der Nationalen Reformprogramme darstellen.

2.2. Österreich und die Lissabon-Strategie

Jedes Jahr im Oktober sollten alle EU-Mitgliedstaaten über die Entwicklung der Reformen berichten. Auf Basis dieser Berichte evaluierte die Europäische Kommission den etwaigen Fortschritt und gab in der Folge für jedes Mitgliedsland einmal jährlich länderspezifische Empfehlungen ab.²⁵ Im Herbst 2005 legten die Regierungen der Mitgliedstaaten erstmals ihre Nationalen Reformprogramme der Europäischen Kommission vor. Schon im Vorfeld der Erstellung der Reformprogramme bzw. der Implementierungsberichte fanden im Rahmen einer Besuchsmision Gespräche mit Vertretern der Europäischen Kommission statt, um Strategien und Maßnahmen vorzuskizzieren und technische Fragen zu klären.²⁶

Österreich verabschiedete sein erstes Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung für den Zeitraum 2005 bis 2007²⁷ nach breit angelegter Einbeziehung der Bundesregierung, der Opposition, der Sozialpartner, der Länder- und Gemeindevertreter sowie auch der Wissenschaft und Unternehmen gemäß Vorgabe im Oktober 2005.²⁸ Das Programm umfasst sieben strategische Schwerpunkte, hier nachfolgend mit den zusammengefassten, zentralen Zielen dargestellt:

²³ Vgl. <http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/LissabonStrategie.aspx> (11.10.2010)

²⁴ Siehe hierzu: Europäische Kommission 2005

²⁵ Vgl. <http://www.oesterreich.gv.at/site/4890/default.aspx> (11.10.2010)

²⁶ Vgl. <http://www.bmsk.gv.at/cms/site/dokument.html?channel=CH0688&doc=CMS1232963771857> (12.10.2010)

²⁷ Siehe hierzu: Bundeskanzleramt Österreich 2005abc

²⁸ Die Federführung des österreichischen Nationalen Reformprogramms obliegt dem Bundeskanzleramt.

1. Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

- Senkung der Schuldenquote durch ausgabenseitige Einsparungen
- Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen in Richtung Zukunftsausgaben

2. Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik

- quantitative und qualitative Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen
- Weiterverfolgung des Flexicurity-Ansatzes²⁹
- spezifische Beschäftigungsanreize und Unterstützung für beide Seiten des Arbeitsmarkts

3. Forschung und Entwicklung, Innovation

- Förderung der universitären und außeruniversitären Forschung
- Umsetzung der „Forschungsmilliarde“
- Forcierung von nationalen und internationalen Forschungs-, Technologie- und Innovations-Kooperationen und technologieorientierte Neugründungen

4. Infrastruktur

- Ausbau von Verkehrsverbindungen nach Mittel- und Osteuropa
- Brenner-Basistunnel
- Verbesserung der Breitbandversorgung

5. Standortsicherung und Mittelstandsoffensive

- Maßnahmenpakete neben der Steuerreform 2004/05 zur Erleichterung von Betriebsgründungen und -ansiedlungen
- Verbesserung der Standortqualität

6. Bildung und Weiterbildung

- neue Strategien für lebensbegleitendes Lernen
- „Lehrlingsoffensive“
- Modernisierung des Hochschulwesens
- Modularisierung der Berufsausbildung

7. Umwelttechnologien und effizientes Ressourcenmanagement

- Forcierung erneuerbarer Energien und Steigerung der Energieeffizienz
- Aktionspläne für Umwelttechnologien und zur Steigerung der Ressourceneffizienz der Wirtschaft

Quelle: Bundeskanzleramt Österreich 2005a

Das Nationale Reformprogramm versuchte bei der inhaltlichen Ausgestaltung der sieben Kernbereiche die vorgegebenen 24 Leitlinien umzusetzen und „die drei Bereiche

²⁹ Das Flexicurity-Modell ist der Versuch, Flexibilität und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt miteinander in Einklang zu bringen. Siehe hierzu: Keller/Seifert 2008

*Makropolitik, Mikropolitik und Beschäftigungspolitik miteinander zu verzahnen, um ein möglichst großes Ausmaß an Synergieeffekten zu erzielen.*³⁰ Zudem wurden die spezifischen regionalen Gegebenheiten in den Ländern, die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sowie die Besonderheiten in den Grenzregionen berücksichtigt.³¹

Im September 2006 veröffentlichte das Bundeskanzleramt den ersten Umsetzungsbericht für das Jahr 2007.³² Er enthält neben einem strategischen Überblick eine detaillierte Darstellung über den Stand des Fortschritts der wirtschaftspolitischen Maßnahmen Österreichs zur Sicherung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, zur Stärkung des Wirtschaftswachstums durch strukturpolitische Reformen sowie zur Senkung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Beschäftigungsquote.³³ Der zweite Umsetzungsbericht³⁴ wurde insbesondere vor dem Hintergrund des SP-VP-Regierungsprogramms von 2007³⁵ ausgearbeitet. Dem Bericht wurden ein tabellarischer Anhang zum beschäftigungspolitischen Teil, eine Maßnahmentabelle und eine Themenliste, die auch von Stellungnahmen von NGOs beeinflusst wurde, beigelegt.³⁶

Im Oktober 2008 wurde das zweite österreichische Reformprogramm³⁷ erstellt, dessen Gültigkeitsdauer sich bis zum Ende des Jahres 2010 erstreckte. In den Entstehungsprozess waren neben den Ministerien auch die Sozialpartner und Interessenvertretungen, der Städte- und Gemeindebund, die Bundesländer und verschiedene NGOs involviert.³⁸ Das zweite Reformprogramm knüpfte inhaltlich am ersten an und konzentrierte sich diesmal auf acht Schwerpunktbereiche. Neben den ursprünglichen Kernpunkten wurde auch das Ziel eines nachhaltigen und gerechten Sozialsystems übernommen. Weiters schrieb es auch konjunkturelle und strukturelle Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung fest.³⁹

³⁰ Bundeskanzleramt Österreich 2005a, 8

³¹ Vgl. ebd., 8

³² Siehe hierzu: Bundeskanzleramt Österreich 2006

³³ Vgl. <http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/LissabonStrategie.aspx> (11.10.2010)

³⁴ Siehe hierzu: Bundeskanzleramt Österreich 2007

³⁵ Siehe hierzu: Bundesregierung Österreich 2007

³⁶ Vgl. <http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/LissabonStrategie.aspx> (11.10.2010)

³⁷ Siehe hierzu: Bundeskanzleramt Österreich 2008

³⁸ Vgl. <http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/LissabonStrategie.aspx> (12.10.2010)

³⁹ Vgl. ebd.

Der Implementierungsbericht zum zweiten österreichischen Reformprogramm⁴⁰ wurde am 15. Oktober 2009 nach Brüssel übermittelt. In diesem Bericht dominierten Strategien zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise, er ging außerdem besonders auf die länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission für Österreich ein. Er umfasste drei Teile: Makropolitik (aktuelle wirtschaftliche Lage und öffentliche Finanzen), Mikropolitik (Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität) sowie Arbeitsmarkt und Beschäftigung.

2.3. Bilanz der Lissabon-Strategie

Eine umfassende, objektive Bewertung der Lissabon-Agenda über einen Zeitraum von zehn Jahren ist nicht ganz einfach, wenn nicht gar unmöglich, da den unterschiedlichen Anstrengungen bei der Umsetzung der Nationalen Reformprogramme der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Offenen Koordinierung eine ganz entscheidende Rolle zukommt. Die Strategie hatte zwar eine beachtlich flotte, maßnahmengespickte Konsensfindung zwischen den Mitgliedsländern erreicht, es besteht jedoch eine große Lücke zwischen eingegangenen Verpflichtungen und schlussendlich tatsächlich umgesetzten Maßnahmen.⁴¹ Die Lissabon-Strategie sei „*inhaltlich überfrachtet und konfliktrüchtig aufgrund der gesetzten Prioritäten*“⁴², argumentierten die Regierungen der Mitgliedstaaten ihre Untätigkeit. Die von der Union erwarteten Spillover- und Synergie-Effekte wären aber nur bei einigermaßen gleichem Tempo der Reformen in allen EU-Staaten eingetreten. In einigen Fällen wurden sogar negative Spillover-Effekte ausgelöst.⁴³ Zu berücksichtigen ist hier natürlich, dass die Anzahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union von 15 im Jahr 2000 auf nunmehr 27 angewachsen ist. Man darf nicht vergessen, dass die Lissabon-Strategie zu einer Zeit entworfen wurde, als innerhalb der EU noch kein West-Ost-Gefälle bestand, wie dies nach der Erweiterung der Fall war.⁴⁴ Zudem ist auch die Eurozone deutlich größer geworden – seit 1999 ist sie von zwölf auf 17 Staaten angewachsen.⁴⁵ Schließlich hat die massive Wirtschaftskrise in der Zeit nach dem 11. September 2001 das europäische Wirtschaftswachstum deutlich gebremst und nicht zuletzt

⁴⁰ Siehe hierzu: Bundeskanzleramt Österreich 2009

⁴¹ Vgl. Europäische Kommission 2010a, 5

⁴² Kellermann/Ecke/Petzold 2009, 3

⁴³ Vgl. Europäische Kommission 2010a, 5

⁴⁴ Vgl. Swoboda 2010, 9

läuft die Lissabon-Strategie eben gerade zu jener Zeit aus, in der die Auswirkungen des zweiten, noch weitaus massiveren Konjunkturerinbruchs in den 2000er Jahren „die Konsolidierungsbemühungen von 20 Jahren“⁴⁶ zunichtemachten.

Schon im November 2004 stellte der Wim-Kok-Evaluierungsbericht⁴⁷ der Agenda ein äußerst schlechtes Zeugnis aus. Die Lissabon-Strategie umfasse zu viele Politikfelder, woraus die schleppende Umsetzung entstanden sei. Überdies sei die Koordinierung mangelhaft und die politische Entschlossenheit der Verantwortlichen ausbaufähig. Der Kok-Bericht warf der Strategie außerdem vor, dass es ihr nicht gelungen sei, die makroökonomischen Rahmenbedingungen sowie die Geld- und Fiskalpolitik so wachstumsfördernd wie nur irgend möglich anzulegen.⁴⁸ Andere kritische Stimmen verurteilten jedoch gerade eben jene einseitig marktliberale Ausrichtung der Agenda.⁴⁹ Kellermann et al. (2009) und Collignon (2008) verurteilten, dass die überwiegend konservativ-liberalen Regierungen der Mitgliedsländer sowie die Kommission unter Barroso die Lissabon-Strategie bei ihrer Neuausrichtung 2005 ihren Wirtschaftsidealen anpasse und fortan Marktschaffung und Wettbewerb betonen, also primär die Angebotsbedingungen für Unternehmen verbessern wollten.⁵⁰

Eine ungünstige weltwirtschaftliche Konjunktorentwicklung verhinderte die Umsetzung der ehrgeizigen Lissabon-Ziele schließlich endgültig, die einst in Zeiten der New Economy, des kontinuierlichen Konjunkturaufschwungs und des Börsenbooms entstanden waren.⁵¹ Die Europäische Kommission gestand in ihrem Arbeitsdokument vom Februar 2010 „Bewertung der Lissabon-Strategie“⁵² ein, dass die Ziele der Agenda gescheitert waren, weil sich die Welt „sicherlich mehr verändert und anders entwickelt hat, als Analysten, Entscheidungsträger und Politiker dies damals erwartet hätten.“⁵³ Dass der Lissabon-Prozess aber vor allem an seinem hohen Anspruch gescheitert ist, lässt sich in mehreren Politikfeldern nachweisen.

⁴⁵ Ferner haben auch sechs Staaten außerhalb der Europäischen Union den Euro eingeführt.

⁴⁶ Europäische Kommission 2010a, 3

⁴⁷ Siehe hierzu: Europäische Kommission 2004

⁴⁸ Vgl. Europäische Kommission 2004, 20

⁴⁹ Siehe hierzu z.B. den Bericht der SPD nahestehenden Friedrich-Ebert-Stiftung: Fischer/Gran/Hacker 2010

⁵⁰ Vgl. Collignon 2008, 2 und Kellermann/Ecke/Petzold 2009, 3

⁵¹ Vgl. Huffschnid 2007, 1

⁵² Siehe hierzu: Europäische Kommission 2010a

⁵³ Ebd., 3

Die Lissabon-Strategie markierte ein überaus ambitioniertes Reformprogramm, das weit über den bis dahin erreichten Integrationsstand hinausreichte, da Politikfelder einbezogen wurden, in denen die Mitgliedstaaten weitgehend souverän sind und die Union über nur wenige regulative Kompetenzen verfügt.⁵⁴

Im Zentrum der Maßnahmen der Agenda stand die Steigerung der relativ dürftigen Arbeitsproduktivität der Beschäftigten in Europa, die insbesondere in den Vereinigten Staaten um die Jahrtausendwende geradezu boomte. Die Produktivitätsentwicklung ist seit dem Gipfel in Lissabon allerdings enttäuschend verlaufen und maßgeblich am Scheitern der Strategie mitverantwortlich. Es gab in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedliche Entwicklungen, darunter durchaus auch sehr hohe Produktionszuwächse, das allgemeine Niveau des Produktivitätswachstums ist allerdings deutlich hinter dem der USA zurückgeblieben.⁵⁵ Die Werte innerhalb der Eurozone waren besonders schlecht.⁵⁶

Eines der zentralen Ziele der Lissabon-Strategie, die Beschäftigungsquote⁵⁷ in der EU auf über 70% zu erhöhen, wurde deutlich verfehlt. Die Beschäftigungsquote lag 2008 zwar bei 66% (2000: 62%), ging dann aber aufgrund der Wirtschaftskrise wieder rasant zurück und wird voraussichtlich beim Auslaufen der Strategie Ende 2010 unter 65%⁵⁸ liegen (siehe hierzu Abbildung 1: „Beschäftigungsquote in der EU“ im Anhang). Die Beschäftigungsquote wird allerdings in den letzten Jahren durch die Zunahme von Teilzeitbeschäftigung, durch Arbeit in befristeten Arbeitsverträgen sowie durch andere atypische Beschäftigungsformen verzerrt.⁵⁹ Der Anteil des Niedriglohnssektors ist dadurch in manchen Ländern stark gestiegen. So lässt sich auch erklären, dass in vielen EU-Staaten ein Arbeitsplatz nicht grundsätzlich vor Armut schützt - im EU-Durchschnitt liegt die Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers bei rund 16%.⁶⁰ Auch die Kinderarmut ist in

⁵⁴ Fischer/Gran/Hacker 2010, 4

⁵⁵ Vgl. Kellermann/Ecke/Petzold 2009, 4

⁵⁶ Eine Erklärung für dieses Phänomen liegt darin, dass die Arbeitsmärkte am unteren Ende flexibler geworden sind und viele Unternehmen daraufhin Arbeitnehmer mit nur unterdurchschnittlicher Produktivität eingestellt haben. Vgl. Collignon 2008, 2

⁵⁷ Definition gemäß Eurostat: Die Beschäftigungsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Der Indikator bezieht sich auf die EG-Arbeitskräfteerhebung. Sie deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch kollektive Haushalte wie Pensionen, Studentenwohnheime und Krankenhäuser aus. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

⁵⁸ Vgl. Fischer/Gran/Hacker 2010, 5

⁵⁹ Vgl. ebd., 5

⁶⁰ Vgl. ebd., 7

manchen europäischen Regionen außerordentlich hoch, so lebt nahezu jedes zehnte Kind in Europa unter erhöhtem Armutsrisiko.⁶¹ Schließlich ist auch das Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte unzureichend. In einigen Mitgliedsländern ist der Arbeitsmarkt nach wie vor segmentiert, das Problem der ungleichen Entlohnung von Männern und Frauen bei gleicher Qualifikation ist fast unverändert geblieben.⁶² Die Einkommensschere in der Union klafft nach wie vor weit auseinander.

Ein weiteres Kernziel der EU war, den Anteil der Forschungs- & Entwicklungs (FuE)-Ausgaben am BIP auf mindestens 3% zu erhöhen. Die Gesamtausgaben für FuE stiegen schließlich im EU-Durchschnitt nur äußerst geringfügig an – 2000 lag der Wert bei 1,82%, 2008 bei 1,9%. Lediglich Finnland und Schweden liegen oberhalb der Zielmarke (siehe hierzu Abbildung 2: „Ausgaben für FuE“ im Anhang). An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Ziele Forschung und Bildung in den integrierten Leitlinien zwar eine zentrale Rolle spielen, sie aber gewissermaßen als Mittel zum Zweck der Wachstumsmaximierung beschrieben werden – so konzentriert sich die Agenda auf eine Steigerung des „*Humankapitals*“⁶³ und dessen Relevanz für den Arbeitsmarkt. Die Aufgaben der Bildung als Fundament der Persönlichkeitsentwicklung, ihre Funktion zur Ermöglichung des sozialen Aufstiegs sowie als Instrument zur Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsplatz wurden in der Lissabon-Strategie gänzlich ausgeblendet.⁶⁴

Schließlich ist die Union auch von der Zielsetzung, bis zum Jahr 2012 die Treibhausgas-Emissionen um insgesamt 8% gegenüber 1990 zu verringern, meilenweit entfernt. Selbst bei der dritten Säule der Lissabon-Strategie – der Umwelt, die noch am wenigsten von der Wirtschaftskrise betroffen war - ist die Abrechnung unterm Strich alles andere als erfreulich.

Die Verfehlung der Ziele der Lissabon-Strategie in einzelnen Politikfeldern ist sicherlich auch auf ihre Stoßrichtung zurückzuführen. Die Methode der Offenen Koordinierung hat aufgrund ihrer Unverbindlichkeit zu wenige Anreize für die Mitgliedstaaten geschaffen, um die Zielsetzungen mit größerem nationalem Engagement zu verfolgen.⁶⁵ Darüber

⁶¹ Hierbei sind allerdings große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu beachten, die Streuung liegt zwischen 10% in den Niederlanden und 21% in Lettland. Vgl. ebd., 7

⁶² Vgl. Europäische Kommission 2010a, 4

⁶³ Europäischer Rat 2000, 9

⁶⁴ Vgl. Fischer/Gran/Hacker 2010, 8

⁶⁵ Vgl. Sozialpartner Österreich 2009, 1

hinaus war die Rolle des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments von Anfang an nicht klar definiert.⁶⁶

Die Europäische Kommission erkannte schlussendlich auch Fehler bei der externen Dimension der Lissabon-Strategie:

Die Strategie war möglicherweise zu sehr nach innen gerichtet und zielte stärker auf eine Antwort der EU auf die Herausforderungen der Globalisierung ab als auf den Versuch, die Globalisierung mitzugestalten. Die Krise hat sich schnell über den Globus ausgebreitet und damit überdeutlich gezeigt, dass die globale Wirtschaft interdependent geworden ist. [...] Auch den engen Verflechtungen der EU-Wirtschaft mit wichtigen globalen Akteuren wie den USA, Japan und den BRIC-Ländern hätte größere Beachtung zukommen können. Schließlich wurden kaum Anstrengungen unternommen, die Leistung der EU mit der ihrer wichtigsten Handelspartner anhand eines Benchmarkings zu vergleichen und den Fortschritt der EU in relativen Zahlen zu bewerten.⁶⁷

Obwohl der Lissabon-Prozess von vielen als gescheitert angesehen wird, soll nicht unerwähnt bleiben, dass auch einige durchaus positive Aspekte anzuführen sind, die seit Beginn des Jahrtausends auf die Agenda zurückzuführen sind. Die Ausarbeitung einer gemeinsamen ökonomisch-sozialen Strategie war für die Europäische Union im Jahr 2000 sicherlich ein absolut notwendiger Schritt, wollte sie sich den Vorwurf der Perspektivlosigkeit nicht gefallen lassen. Dass der erste Versuch einer europäischen Wirtschaftsstrategie im Fadenkreuz von einer Horde von Kritikern aller Couleurs stehen und jede vorgeschlagene Maßnahme bis ins letzte Eck beleuchtet wird, war angesichts zweier sich diametral entgegengesetzter volkswirtschaftlicher Paradigmen⁶⁸ von Anfang an klar.

Die Lissabon-Strategie hat sich nun rückblickend zwar als mäßig erfolgreicher, aber sicherlich sinnvoller Versuch erwiesen, langfristige wirtschafts- und sozialpolitische Ziele auf eine europäische Linie zu bringen. Er hat dazu beigetragen, einen breiten Konsens über die notwendigen Reformen in der Europäischen Union herzustellen. Die Kernziele konnten zwar allesamt nicht erreicht werden, dennoch ist die Behauptung, dass die Agenda voll und ganz gescheitert ist mit Sicherheit zu verneinen.

Die meisten EU-Mitgliedstaaten konnten ihre wirtschaftliche Performance bis zum Einsetzen des Konjunkturabschwungs im Jahr 2008 in vielen Bereichen verbessern. So

⁶⁶ Vgl. Europäische Kommission 2010a, 7

⁶⁷ Ebd., 8f

⁶⁸ Gemeint sind hier neoklassische sowie monetaristische Wirtschaftstheorien auf der einen und neokeynesianistische Ansätze auf der anderen Seite.

stieg seit 2000 in fast allen Ländern die Beschäftigungsquote kontinuierlich an, vor der Krise wurden 18 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.⁶⁹ Dies gilt auch für die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitnehmer und der Frauen. Strukturelle Verbesserungen können beim Bildungsstand der europäischen Jugendlichen, zum Teil auch bei den Forschungs- und Entwicklungsausgaben sowie beim Breitbandausbau festgestellt werden.⁷⁰ Überhaupt, man kann aus verschiedensten Daten eine größtenteils positive Entwicklung der EU-Strukturindikatoren der einzelnen Mitgliedsländer herauslesen, die in vielen Bereichen auch im EU-Gesamtdurchschnitt gestiegen sind.⁷¹

Es sei auch angemerkt, dass der EU-Wirtschaftsraum spürbar langsamer kollabiert ist, als seine Vergleichsregionen.⁷² Aufgrund der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bis 2008 konnte ein koordiniertes Finanzpaket erstellt werden, das dem Investitionsrückgang und der sinkenden Nachfrage relativ wirksam entgegenwirken konnte. Allerdings verfügte die Union nicht über die notwendigen Instrumentarien, um die Ursachen der Krise - wie Spekulationsblasen, Missbrauch von Wertpapieren und kreditgetriebener Konsum - von Anfang an bekämpfen zu können.⁷³

Zusammenfassend ist also festzustellen, dass die zahlreichen Zielmarken der Lissabon-Strategie aufgrund verschiedenster Gründe zwar allesamt nicht erreicht wurden, nichtsdestotrotz konnten einige Mitgliedstaaten ihre ökonomische Performance, zumindest bis zum Einsetzen der Krise 2008, signifikant verbessern. Die Agenda scheiterte folglich weniger an ihren Rezepten, sondern in erster Linie an deren mangelnder Umsetzung.⁷⁴

Schlussendlich darf man nicht vergessen, dass schon lange vor dem Auslaufen der Lissabon-Strategie ein breiter Konsens bestand, die grundsätzliche Idee einer gemeinsamen Wirtschaftsstrategie in der einen oder anderen Form fortzusetzen. Darüber waren sich selbst die meisten Kritiker der Agenda einig. Heute steht der Name und das Programm für die nächsten zehn Jahre fest: *Europa 2020*.⁷⁵

⁶⁹ Vgl. Europäische Kommission 2010a, 4

⁷⁰ Vgl. Sozialpartner Österreich 2009, 1

⁷¹ Vgl. ebd., 1

⁷² Vgl. Arbeitskreis Europa 2010, 2

⁷³ Vgl. Europäische Kommission 2010a, 4f

⁷⁴ Vgl. Kellermann/Ecke/Petzold 2009, 5

⁷⁵ Am 24. November 2009, mit der Eröffnung des Konsultationsverfahrens, wurde die Strategie noch unter dem Namen „EU 2020“ geführt. Erst seit der Veröffentlichung des Vorschlags der Kommission vom 3. März 2010 wird die Strategie offiziell „Europa 2020“ genannt. Nicht zu verwechseln ist „Europa 2020“ außerdem mit dem vom österreichischen Europa-Abgeordneten Othmar Karas initiierten Bürgerforum.

3. Eine neue Strategie für Europa – Lissabon neu oder Neustart?

3.1. Braucht Europa überhaupt eine neue Wirtschaftsstrategie?

Ende 2010 lief die Lissabon-Agenda aus. Sie konnte die meisten Reformpläne nicht umsetzen und sie wurde den Erwartungen einer europaumfassenden Steuerung von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitiken nicht gerecht. Nun drängt sich die Frage auf, ob Europa überhaupt eine neue langfristige Wachstumsstrategie braucht. Denn allein die Tatsache, dass der Lissabon-Prozess ausläuft, ist bei weitem noch kein hinreichender Legitimationsgrund für eine neue Wirtschaftsstrategie.

Die Wirtschaftskrise hat den Bedarf an wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Koordinierung Europas eindrucksvoll aufgezeigt. Spätestens seit der Durchsetzung der Währungsunion und den damit verbundenen geld- und fiskalpolitischen Vorschriften sind den EU-Mitgliedstaaten die meisten Mittel genommen worden, einem Konjunkturunbruch selbstständig entgegenzusteuern. Traditionelle Maßnahmen, um auf Wirtschaftskrisen zu reagieren, wie Währungsabwertung, Leitzinssenkung oder ausgedehnte Investitionsprogramme obliegen entweder der Union oder sind aufgrund der fiskalpolitischen Konvergenzkriterien von Maastricht nationalstaatlich kaum zu lösen.⁷⁶ Eine gesamteuropäische Strategie kann heutzutage effektive Lösungsansätze für die bedeutsamsten politischen Anliegen der EU-Bürger – Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, Steigerung des Wohlstandsniveaus und Armutsverhinderung - erarbeiten.

Der mühsam ausverhandelte Vertrag von Lissabon hat keine marktregulierende bzw. -korrigierende Satzungen hervorgebracht. Somit liegt es an einer europäischen Strategie, die sensible Balance zwischen Wirtschaftsinteressen und sozialer Sicherheit wiederherzustellen. Sie kann einen Rahmen für Bereiche wie Sozialschutz, Arbeitnehmerrechte und ökologische Standards mit hoher politischer Bindungskraft darstellen, der unterhalb der Vertragsrevision bleibt.⁷⁷

Gerade das Scheitern der Lissabon-Agenda selbst ist schließlich Grund genug, um einen zweiten Anlauf für eine EU-Beschäftigungs-, Wachstums- und Sozialstrategie zu wagen. Die zentralen europäischen Probleme des Jahrtausendwechsels haben sich durch den

⁷⁶ Vgl. Arbeitskreis Europa 2010, 1

⁷⁷ Vgl. ebd., 2

Konjunkturabschwung seither noch verschärft. Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union fiel im Jahr 2009 auf unter 4%, die Industrieproduktion im europäischen Raum brach auf das Niveau der 1990er Jahre ein und gut 10% der EU-Erwerbsbevölkerung sind ohne Beschäftigung.⁷⁸ Die öffentlichen Defizite der Mitgliedstaaten belaufen sich auf durchschnittlich 7%, die Gesamtverschuldung beträgt über 80% des BIP⁷⁹ - die Maastricht-Kriterien⁸⁰ (3% Neu- bzw. 60% Gesamtverschuldung) erscheinen heute geradezu utopisch.

Europa muss handeln, will es in Zukunft eine der tonangebenden Wirtschaftsmächte bleiben. Nur rund zwei Drittel aller Erwerbstätigen von 15 bis 20 Jahren haben in Europa einen Arbeitsplatz, in Japan und den Vereinigten Staaten sind es über 70%. Auch die Beschäftigungsquote von Frauen und älteren Arbeitskräften ist im Vergleich außerordentlich niedrig. Junge EU-Bürger wurden von der Krise besonders hart getroffen, gut 21% sind ohne Anstellung. Schon vor der Krise waren innerhalb der Europäischen Union 80 Millionen Menschen von Armut gefährdet, unter ihnen auch 19 Millionen Kinder. Und selbst 8% der Arbeitnehmer leben unter der Armutsgrenze.⁸¹

Die durchschnittlichen Ausgaben für FuE der EU-Länder sind mit 2% verglichen mit 2,6% in der USA und 3,4% in Japan gering.⁸² Während in den USA 40% und in Japan 50% im Alter zwischen 25 und 34 über einen Hochschulabschluss verfügen, so sind es in der EU weniger als ein Drittel. Laut dem Shanghai Index gehören lediglich zwei europäische Hochschulen zu den weltweit 20 besten. Auf der anderen Seite erreichen rund 50% der Schüler in Europa nur mittleres Qualifikationsniveau, das häufig nicht den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entspricht.⁸³

Die Produktivität der EU muss sich aufgrund des zunehmenden Drucks auf die Exportmärkte durch die Handelspartner signifikant verbessern, in den Vereinigten Staaten wuchs die Produktivität wegen der höheren Kapitalintensität in den letzten Jahren deutlich schneller.⁸⁴ Man muss die relative Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Eurozone und in der gesamten EU verstärken. Der Vorsprung der EU in Bezug auf sauberer,

⁷⁸ Vgl. Europäische Kommission 2010b, 8

⁷⁹ Vgl. ebd., 8

⁸⁰ Siehe hierzu: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/maastricht-indikatoren/index.html (02.11.2010)

⁸¹ Vgl. Europäische Kommission 2010b, 21

⁸² Dieser Umstand ist vor allem auf geringe private FuE-Investitionen im EU-Raum zurückzuführen. Vgl. ebd., 14

⁸³ Vgl. ebd., 14

umweltfreundlicher Technologien scheint zu schmelzen, insbesondere China und Nordamerika holen rasant auf.⁸⁵ Zudem wären Milliarden Euro einzusparen, wenn man aufgrund Ressourceneffizienz weniger Gas und Öl importieren müsste.⁸⁶ Schließlich erleichtert eine gemeinsame Strategie der Europäischen Union das Auftreten nach Außen und verstärkt dadurch Europas Stimme in internationalen Foren.

Es haben sich neben den „alten“ Problemen – Globalisierung, Ressourcenknappheit, Alterung der Gesellschaft – also auch neue Herausforderungen für Europa ergeben: die Wirtschaft ist fragiler geworden, die Staatsverschuldung einiger Mitgliedstaaten explodiert, die sozialen Ungleichheiten und das Armutsrisiko sind heute größer als im Jahr 2000 und schließlich hat auch die Klimakonferenz in Kopenhagen aufgezeigt, dass die internationale Staatengemeinschaft mit Sicherheit nicht fähig ist, den Klimawandel effektiv zu bekämpfen.⁸⁷ Es sei auch angemerkt, dass ein Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Währung, dem Euro, unbedingt auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik braucht. Die Länder der Europäischen Union, und mehr noch die Länder in der Eurozone, sind immer stärker voneinander abhängig.⁸⁸ Das zeigen zurzeit äußerst plakativ die finanziellen „Rettungsschirme“ der EU für Griechenland oder Irland.

Europa besitzt noch erhebliches Potential für wirtschaftliches Wachstum, eine neue, langfristige EU-Wirtschaftsstrategie ist dafür unabdingbar. Kellermann et al. (2009) bringen die allgemeinen Anforderungen an eine nachhaltige, europäische Wirtschaftspolitik auf den Punkt:

Europäische Wirtschaftspolitik sollte das gesamtwirtschaftliche Umfeld stabilisieren, externe Schocks abmildern und langfristige Investitionsperspektiven schaffen. Reguläre Arbeitsverhältnisse, angemessene Lohnentwicklung und Binnenkonsum stehen in einem engen Kausalgefüge. Koordinierte politische Maßnahmen und beschäftigungsförderndes Zinsniveau sollten für ein positives Investitionsklima sorgen.⁸⁹

⁸⁴ Vgl. Collignon 2008

⁸⁵ Vgl. Europäische Kommission 2010b, 17

⁸⁶ Vgl. ebd., 18

⁸⁷ Der Artikel „Scheitern wäre ein Erfolg“ von Bjørn Lomborg im Spiegel bringt es auf den Punkt. Vgl. <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,665526,00.html> (26.10.2010)

⁸⁸ Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die verbindlich umgesetzt wird, fordert auch WKÖ-Präsident Leitl. Vgl. http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=538684&DstID=0&titel=Europa,2020 (29.11.2010)

⁸⁹ Kellermann/Ecke/Petzold 2009, 6

Die Union muss ihre eigene Vorstellung eines Gleichgewichts des Verhältnisses zwischen Staat und Markt weiterentwickeln und muss überdies auch global dafür werben.⁹⁰ Gelingt es allerdings nicht, ein neues Wachstumsmodell zu etablieren, so wird die EU weder ihre zentrale Stellung in der Weltwirtschaft halten können, noch wird sie imstande sein, effektive Lösungsansätze für die zahlreichen Herausforderungen der nächsten zehn Jahre zu erarbeiten – eine längere Phase der Stagnation stünde Europa bevor.⁹¹

3.2. Impulse zu einer Post-Lissabon-Strategie

Die Europäische Union ist sich durchaus bewusst: *„Voraussetzung für den Erfolg der EU-Strategie bis 2020 ist, dass die Schwierigkeiten, mit denen sich die politischen Entscheidungsträger in den nächsten Jahren auseinandersetzen haben, eingehend analysiert und die Herausforderungen zutreffend genannt werden.“*⁹² Die Kommission bat aus diesem Grunde in ihrem Papier „Konsultation über die künftige EU-Strategie bis 2020“ vom 24. November 2009 um Stellungnahmen und Vorschläge zu den im Papier dargelegten Ideen. Die Beiträge wurden im Internet veröffentlicht.⁹³

Es gibt nun eine Vielzahl an wohlgedachten Lösungsansätzen⁹⁴, die für die vielen Herausforderungen Europas erdacht worden sind und die darüber hinaus diskutieren, wie nun eine neue, moderne und nachhaltige europäische Wirtschaftsstrategie der Europäischen Union aussehen könnte.⁹⁵ Dieses Unterkapitel soll einen Überblick über die am häufigsten angedachten Impulse zu einer neuen Wachstumsstrategie für Europa geben. Zu hinterfragen sind in erster Linie die Wertvorstellungen der abgelaufenen Lissabon-Agenda. *„Wirtschaftswachstum kann gerade inmitten der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr als selbstverständliches Ziel allen ökonomischen Strebens aufgefasst werden.“*⁹⁶ Um die Herausforderungen im kommenden Jahrzehnt zu meistern, muss die Europäische Union in erster Linie versuchen, die Fehler der Lissabon-Strategie zu vermeiden – sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht.

⁹⁰ Fischer/Gran/Hacker 2010, 8

⁹¹ Vgl. Bundesarbeiterkammer 2010, 3

⁹² Europäische Kommission 2009, 3

⁹³ Vgl. ebd., 13

⁹⁴ Hier sind insbesondere Arbeitskreis Europa 2009 und 2010, Fischer/Gran/Hacker 2010, Márquez/González/Vike-Freiberga/Ollila 2010, Hacker/Van Treek 2010, Fritz-Vannahme/García Schmidt/Hierlemann/Vehrkamp 2010, Kellermann/Ecke/Petzold 2009 und Collignon 2008 zu nennen.

⁹⁵ Diese Ansätze beruhen auf dem offiziellen Arbeitsdokument „Konsultation über die künftige EU-Strategie bis 2020“ (Europäische Kommission 2009), das am 24.11.2009 veröffentlicht wurde.

Ein qualitativer Wandel bedeutet eine „*unmissverständliche Abkehr vom Mantra der Wettbewerbsfähigkeit als zentralen Bezugspunkt aller wirtschaftspolitischen Zielstellungen der EU.*“⁹⁷ Die Union täte möglicherweise gut daran, Europa 2020 nicht als reine Wettbewerbsstrategie anzulegen. Europa braucht vielmehr eine Wohlstandsstrategie, die auf Beschäftigung, Nachhaltigkeit und Kohäsion abzielt. „Gute Arbeit“⁹⁸ sowie sozialer und ökologischer Fortschritt sind nicht immer ein Nebenprodukt steigender Wettbewerbsfähigkeit, grundsätzlich sollten diese Ziele als eigenständige, autonome Ziele betrachtet werden.

Eine quantitative Veränderung bedeutet, dass die EU makroökonomische Kenngrößen wie das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Zukunft differenziert sehen muss. Wirtschaftswachstum stellt freilich nicht zwingend eine Variable für Wohlstand dar, es kann auch auf Dumpingstrategien oder Sozialkürzungen beruhen. Es wäre somit eine diversifiziertere Indikatorenpalette gefragt, die den angestrebten Wohlstandszielen gerecht wird.⁹⁹

Die integrierten Leitlinien der Lissabon-Strategie haben trotz ihres Anspruchs „zu integrieren“ allein wirtschaftspolitische Aspekte zusammengeführt. Europa 2020 sollte versuchen, auch ökonomische Aktivitäten und Regulierungsmodalitäten in der Union mit ihren sozialen und ökologischen Wirkungen zu verbinden. Nur die Gleichrangigkeit der wirtschaftlichen mit der sozialen und ökologischen Integration ermöglicht eine nachhaltige Entwicklung im Sinne einer erhöhten sozialen Produktivität.¹⁰⁰ Überdies bedarf das gesamte, schwerfällige und formalistische Verfahren zusammengeführter beschäftigungs- und wirtschaftspolitischer Leitlinien einer „*Entschlackung*“.¹⁰¹

Im Zentrum der Ausarbeitung der Europa 2020-Strategie sollte auch eine Verfahrensreform stehen. Die Erfahrungen mit der Lissabon-Agenda zeigen, dass die Offene Methode der Koordinierung nur bedingt geeignet ist, eine wirkungsvolle Abstimmung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten untereinander auf der einen Seite sowie mit der europäischen Ebene auf der anderen Seite zu bewirken. Zudem basiert sie

⁹⁶ Fischer/Gran/Hacker 2010, 8

⁹⁷ Arbeitskreis Europa 2010, 3

⁹⁸ Der Begriff „gute Arbeit“ meint qualitativ hochwertige und gerecht entlohnte Tätigkeiten, die sowohl auf Gesundheit als auch auf Arbeitsbelastung Rücksicht nehmen.

⁹⁹ Vgl. Arbeitskreis Europa 2010, 3

¹⁰⁰ Vgl. Fischer/Gran/Hacker 2010, 8

¹⁰¹ Fischer/Gran/Hacker 2010 haben hierzu Vorschläge für zentrale Inhalte möglicher neu formulierter Leitlinien ausgearbeitet. Vgl. ebd., 10ff

auf de facto freiwilliger Kooperationsbereitschaft der EU-Staaten; die „*naming and shaming*“-Strategie - das öffentliche Anprangern von Regierungen, die ihre Ziele nicht erreicht hatten - war allerdings nicht wirksam. Die meisten Mitgliedsländer haben die Umsetzungsberichte der Lissabon-Agenda lediglich dazu genützt, ohnehin durchgeführte nationale Politiken zu rechtfertigen. Ohne eine feste und verbindliche Koordinierungsmethode kann es der Union kaum gelingen, effektives, makroökonomisches Management europaweit auf die Beine zu stellen.¹⁰²

Reformbedarf besteht aber nicht nur bei den Koordinierungstechniken, sondern auch bei der Überwachung von Europa 2020. Eine neue Wirtschaftsstrategie sollte daher verbindlicher werden, alle politischen Akteure sollten zur Umsetzung der getroffenen Entscheidungen verpflichtet werden.¹⁰³ Der Arbeitskreis Europa¹⁰⁴, ein Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, hätte auch schon konkrete Vorstellungen, wie eine Koordinierung der Europa 2020-Strategie in der Praxis aussehen könnte:

In der Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitiken sind dafür Maßnahmen der Verwarnung einzelner Mitgliedstaaten bzw. des Anreizes zur Zusammenarbeit nach Art. 121 (4) und Art. 149 AEUV auf den Weg zu bringen. Im Bereich des Arbeitnehmerschutzes sollte das Instrument differenzierter Rahmenrichtlinien Anwendung finden, mit denen nach Art. 153 (2b) Mindestvorschriften erlassen werden könnten. Die Einbindung der Gebiete der sozialen Eingliederung und des Sozialschutzes und eine Kombination mit der OMK könnte deren Verbindlichkeit und Wirksamkeit in den Beschäftigungs- und Sozialpolitiken erheblich steigern. Die Koordinierung der Politiken von Mitgliedstaaten mit ähnlichen Wohlfahrtsarrangements würde die Lerneffekte gegenüber dem bisherigen „*one size fits all*“-Ansatz deutlich erhöhen und Versuche eines von außen oktroyierten Pfadwechsels der national determinierten Sozialpolitiken unterbinden. Weitergehende Vorschläge, wie ein sozialer Stabilitätspakt, der die Sozialausgabenquote der Mitgliedstaaten an die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit knüpft, könnten der Verwirklichung einer sozial-ökologischen Wohlstandsstrategie noch weitergehende Impulse geben.¹⁰⁵

Das hier formulierte Konzept deutet auf den gesetzgeberischen Bedarf hin, der deutlich über die Koordinierungsmaßnahmen der Lissabon-Agenda hinausgehen würde. Die Grundlage des heutigen Handelns der EU ist ja vor allem eine Frage von Governance-

¹⁰² Vgl. Kellermann/Ecke/Petzold 2009, 6 und Fischer/Gran/Hacker 2010, 9

¹⁰³ Vgl. Collignon 2008, 6

¹⁰⁴ Der seit 2005 bestehende Arbeitskreis Europa ist ein Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung für den Austausch über aktuelle europäische Themen. Die Mitglieder setzen sich aus dem Deutschen Bundestag sowie Parteien, Bundesministerien, Ländervertretungen, Verbänden und wissenschaftlichen Instituten aus Deutschland zusammen.

¹⁰⁵ Arbeitskreis Europa 2010, 3f

Strukturen und Koordinierungstechniken innerhalb der vertraglich festgelegten Politikfelder.

Nur ein grundsätzlich neuer Zugang zur europäischen Koordinierung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitiken kann die geplante „EU 2020-Strategie“ zu einem Erfolg für Europas Bürgerinnen und Bürger werden lassen.¹⁰⁶

Die Europäische Kommission will jedoch nur bestehende Instrumente in die neue Strategie einbinden. Ob der Koordinationsbedarf von Europa 2020, der in den vergangenen zehn Jahren mehr als deutlich sichtbar wurde, damit zu bewältigen ist, sei dahingestellt.

Das Europäische Parlament ist jedenfalls der Ansicht, dass das Scheitern der Lissabon-Strategie schlussendlich auf das unzureichende Engagement und die mangelnde Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der vereinbarten Aktionspläne sowie auf das Fehlen wirksamer Anreize und verbindlicher Instrumente auf europäischer Ebene zurückzuführen ist.¹⁰⁷

Die Lissabon-Strategie hat auf politische Maßnahmen gesetzt, in denen die Europäische Gemeinschaft nur über wenige bzw. über gar keine Kompetenzen verfügt.¹⁰⁸ Im weiteren Sinne ist auch zu bedenken, dass die Union nicht sämtliche Politikbereiche, in der sie über Kompetenzen verfügt, in die Europa 2020-Strategie einbeziehen sollte. Die neue Strategie sollte vielleicht lediglich auf die politischen Schlüsselbereiche konzentriert werden, in denen die Zusammenarbeit von EU und Mitgliedstaaten die „bestmöglichen Ergebnisse“¹⁰⁹ verspricht. Wenn deutlich wird, dass nationale Regierungen nicht in der Lage sind, ihre selbst verordneten Ziele zu erreichen, sollten die europäischen Institutionen Unterstützung geben. Stefan Collignon (2008) schlägt vor, die öffentlichen Ausgaben der Union in Zukunft auf drei zentrale Bereiche zu konzentrieren, damit Fehler, die auf nationaler Ebene gemacht wurden, auf europäischer Ebene korrigiert werden können.

¹⁰⁶ Ebd., 4

¹⁰⁷ Diese Feststellung geht aus einem gemeinsamen Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments vom 9. März 2010 hervor. Vgl. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=P7-RC-2010-0151&language=DE> (26.11.2010)

¹⁰⁸ Vgl. Fischer/Gran/Hacker 2010, 9

¹⁰⁹ Europäische Kommission 2009, 3

1. Ein Wachstumsfonds sollte die Aktivierung privater und nationaler Ressourcen für technologischen und industriellen Fortschritt unterstützen
2. Der Kohäsionsfonds sollte dafür sorgen, dass das Wirtschaftswachstum in einkommensschwachen Regionen durch höhere Produktivität und Kapitalintensität auf regionaler Ebene ansteigt
3. Ein Restrukturierungs- oder Globalisierungsfonds müsste jenen helfen, welche unter den Konsequenzen sozialen Wandels im Zuge der Globalisierung leiden¹¹⁰

Jedenfalls will die Kommission sowohl das Europäische als auch die nationalen Parlamente deutlich stärker als bisher in die Koordinationsmechanismen einbinden. Auch Zivilgesellschaften sollten fürderhin entscheidungsrelevant in den Prozess eingebunden werden, können doch die Verbände und NGOs spezifische Initiativen oft mit hoher Fachkompetenz beurteilen. Insbesondere die Sozialpartner sollten von der EU als wichtige makroökonomische Akteure behandelt werden. Der ehemalige EWSA-Präsident Mario Sepi sah *„einer der Hauptgründe für den Fehlschlag der Lissabon-Strategie“* in der *„mangelnde[n] Einbindung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft in die Formulierung der Ziele der Strategie und ihre[r] Umsetzung.“*¹¹¹

Die Kommission bekennt sich offiziell zu einer fortschreitenden Demokratisierung der Koordinierung und somit zur verstärkten Beteiligung der oben angeführten Akteure.¹¹² Ob sich allerdings all diese Institutionen in den Entscheidungs- und Koordinierungsprozess einbringen können, wird wohl letztlich davon abhängen, ob sie die Ziele und Fortschritte von Europa 2020 in ihren politischen Diskurs einbauen und evaluieren. Die Integration möglichst vieler Expertisen würde die neue Strategie sicherlich inhaltlich stärken und sie möglicherweise auch stärker im Bewusstsein der europäischen Bevölkerung verankern.¹¹³ Wie die Einbindung der Parlamente und der Zivilgesellschaften dann schließlich in der Praxis aussehen wird, bleibt noch abzuwarten.

Europa 2020 wird definitiv an die Lissabon-Strategie anschließen, soviel steht spätestens seit dem Konsultationspapier der Kommission von 2009 fest. Herausforderungen werden zwar zahlreich benannt, explizite Neuerungen hinsichtlich der gescheiterten Lissabon-

¹¹⁰ Collignon 2008, 5

¹¹¹ Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2010, 1

¹¹² Vgl. ebd., 4

¹¹³ Vgl. Fischer/Gran/Hacker 2010, 9

Strategie lassen sich in diesem Dokument allerdings kaum entdecken. Severin Fischer et al. (2010) ist im Hinblick auf das Konsultationspapier pessimistisch:

Bis auf ein klares Bekenntnis der Kommission zur Entwicklung einer ökologischeren Produktionsweise erscheint die bislang vorliegende Planung zur „EU 2020-Strategie“ wie ein Aufruf zu größtmöglicher Kontinuität. Weder inhaltlich noch instrumentell könnten mit einer solchen Strategie des „weiter so“ die Herausforderungen an das Europa des 21. Jahrhunderts erfolgreich angegangen werden.¹¹⁴

Gut drei Monate nach der Veröffentlichung des EU-Arbeitspapiers wurde der offizielle Entwurf von Europa 2020 von der Kommission vorgestellt.

¹¹⁴ Ebd., 9

4. Europa 2020 – nachhaltig, intelligent und integrativ?

4.1. Der Europa 2020-Entwurf

Am 3. März 2010 hat die Europäische Kommission ihre Vorschläge¹¹⁵ zur neuen Wirtschaftsstrategie für Europa vorgelegt – ein Zehn-Jahres-Plan der EU für ein nachhaltiges, intelligentes und integratives Wachstum.¹¹⁶ Europa im Jahr 2020 soll also auf Wissen und Innovation gestützt sein, darüber hinaus ökologisch und ressourcenschonend aufgebaut sein und letztlich auch durch hohe Beschäftigung sowie sozialen und territorialen Zusammenhalt glänzen.¹¹⁷ José Manuel Barroso gibt die Ziele für Europa 2020 im Vorwort des offiziellen Arbeitspapiers der Kommission zu Europa 2020 vor:

Das Jahr 2010 muss für einen Neuanfang stehen. Mein Anliegen ist, dass Europa aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gestärkt hervorgeht. [...] Die Krise ist ein Weckruf. Wir müssen erkennen: ein „Weiter so wie bisher“ würde uns in der neuen Weltordnung schrittweise in die Zweitrangigkeit zurückfallen lassen. Jetzt schlägt die Stunde der Wahrheit für Europa. Jetzt ist die Zeit für entschlossenes und ambitioniertes Handeln. [...] Es geht um mehr Arbeitsplätze und mehr Lebensqualität. Das [Arbeits-] Papier zeigt Wege auf, wie Europa ein intelligentes nachhaltiges und integratives Wachstum verwirklichen, neue Arbeitsplätze schaffen und unseren Gesellschaften Orientierung vermitteln kann. [...] Die Kommission schlägt fünf messbare Leitziele für die EU-Ebene vor, die bis 2020 verwirklicht und in nationale Ziele umgesetzt werden sollen. Es handelt sich um Ziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Innovation, Klimaschutz und Energie, Bildung und Armutsbekämpfung. Sie geben die Richtung an, auf die wir Kurs nehmen sollten. An ihnen werden wir unseren Erfolg messen. Es sind ambitionierte, aber erreichbare Ziele. Sie werden durch konkrete Vorschläge unterlegt, mit denen gewährleistet werden soll, dass sie auch erreicht werden. [...] Voraussetzung für den Erfolg ist, dass sich die europäischen Staats- und Regierungschefs und Organe diese neue Strategie zu Eigen machen. Sie verlangt ein – auch mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft – abgestimmtes europäisches Vorgehen. Wenn wir gemeinsam handeln, können wir die Krise überwinden und gestärkt aus ihr hervorgehen. Wir haben die neuen Instrumente und den neuen Anspruch. Jetzt müssen wir zur Tat schreiten.¹¹⁸

Der Kommissionspräsident stand nach der offiziellen Veröffentlichung dieses Arbeitspapiers der Presse Rede und Antwort. Er schlug vor, die EU-Mitgliedstaaten auf konkrete Wachstumsziele zu verpflichten.¹¹⁹ Mit dem Reformvertrag von Lissabon habe

¹¹⁵ Siehe hierzu: Europäische Kommission 2010b

¹¹⁶ Mit „integrativem Wachstum“ meint die Union, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen, in dessen Rahmen die Menschen befähigt werden, Veränderungen zu antizipieren und zu bewältigen und dergestalt aktiv am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Vgl. Europäische Kommission 2010cd, 7

¹¹⁷ Vgl. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2010a, 17

¹¹⁸ Europäische Kommission 2010b, 2f

¹¹⁹ Vgl. <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/europa-2020---wachstumsziele-fr-jedes-eu-land-002797> (28.10.2010)

die Kommission nun die Möglichkeit, nicht mehr nur Vorschläge für gemeinsame Maßnahmen zu machen, sondern auch Verwarnungen auszusprechen, falls Vorgaben nicht eingehalten werden. *"Dieses Instrument werden wir voll ausnutzen!"*¹²⁰ ließ Barroso die Pressevertreter wissen. *"Aber wenn die EU-Staaten nicht mitspielen, können wir wenig ausrichten"*¹²¹ fügte er allerdings rasch hinzu und relativierte somit seine Aussage. Die Kommission könne gemäß EU-Vertrag zwar Anregungen geben und Warnungen aussprechen, aber keine Sanktionen gegen Mitglieder verhängen. *"Das müssen die Chefs selbst machen, für harte Maßnahmen kann man nicht Finanz- oder Haushaltsminister heranziehen. Man muss im europäischen Rat Verantwortung übernehmen."*¹²² Zudem lehne er Sanktionsmaßnahmen generell ab, vielmehr sollen schwächere Mitgliedstaaten mit dem Strukturfonds unterstützt werden.¹²³

Barroso merkte weiters an, dass der Widerstand, den es noch vor fünf Jahren gegen eine europäische „Wirtschaftsregierung“ gegeben hat, bröckelt und sprach sich für eine Stärkung einer gemeinsamen, europäischen Wirtschaftsaufsicht aus. *„Wir sind mehr denn je voneinander abhängig. Darum brauchen wir die Koordinierung mehr denn je“*¹²⁴, sagte der Kommissionspräsident und verwies dabei auf die gegenwärtige Haushaltskrise in Griechenland. Europa habe zudem ein Wachstumsdefizit, welches ein neues Wirtschaftsmodell erfordere, *„das sich auf Wissen, eine emissionsarme Wirtschaft und ein hohes Beschäftigungsniveau stützt.“*¹²⁵

4.2. Die fünf Kernziele

Das Europa 2020-Arbeitspapier der Kommission schlägt fünf, miteinander verknüpfte Kernziele vor, die bis zum Jahr 2020 erreicht werden sollen (siehe hierzu auch die Abbildungen 1, 2, 3 und 4 im Anhang):

¹²⁰ Vgl. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-03/eu-barroso-eu-agenda-2020> (28.10.2010)

¹²¹ <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/europa-2020---wachstumsziele-fr-jedes-eu-land-002797> (28.10.2010)

¹²² <http://derstandard.at/1267132180376/Wirtschaft--bis-2020-EU-Staaten-muessen-mitspielen-sonst-geht-nichts> (29.11.2010)

¹²³ EU-Präsident Herman Van Rompuy hat schon im Februar 2010 vorgeschlagen, europäische Regierungen mit zusätzlichen Geldern zu belohnen, wenn sie ihre Verpflichtungen gemäß der Europa 2020-Strategie einhalten. Vgl. <http://www.euractiv.com/de/prioritaten/europa-2020-keine-straftmassnahmen-vorgesehen> (29.11.2010)

¹²⁴ <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-03/eu-barroso-eu-agenda-2020> (28.10.2010)

¹²⁵ <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/europa-2020---wachstumsziele-fr-jedes-eu-land-002797> (28.10.2010)

1. Die Beschäftigungsquote unter den 20- bis 64-jährigen sollte unter anderem durch die vermehrte Einbeziehung der Frauen und älteren Arbeitnehmer sowie die bessere Eingliederung von Migranten in die Erwerbsbevölkerung von derzeit 69% auf mindestens 75% ansteigen.
2. Das Investitionsziel der EU im FuE-Bereich beträgt derzeit 3% des BIP. Dabei ist deutlich geworden, dass sowohl der öffentliche als auch der private Bereich in FuE investieren müssen, doch lag das Augenmerk bislang mehr auf der Höhe der Investition als auf ihrer Wirkung. Die Bedingungen für private FuE-Investitionen in der EU müssen unbedingt verbessert werden, was durch viele der hier vorgeschlagenen Maßnahmen geschehen wird. Würden wir FuE und Innovation zusammen betrachten, so würden unsere Ausgaben einen größeren Bereich abdecken, der für die Unternehmenstätigkeit und für die Ankurbelung der Produktivität von größerer Bedeutung wäre. Die Kommission schlägt vor, das 3%-Ziel aufrechtzuerhalten und zugleich einen Indikator für die FuE- und Innovationsintensität zu entwickeln.
3. Verringerung der Treibhausgasemissionen, ausgehend vom Niveau des Jahres 1990, um mindestens 20% bzw. um 30%, sofern die Bedingungen hierfür gegeben sind. Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien an unserem Gesamtenergieverbrauch auf 20% und Steigerung der Energieeffizienz um 20%.
4. Im Bildungsbereich soll das Problem der Schulabbrecher angegangen und die Schulabbrecherquote von derzeit 15% auf 10% reduziert und gleichzeitig der Anteil der Bevölkerung im Alter zwischen 30 und 34, der ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, von derzeit 31% bis 2020 auf mindestens 40% gesteigert werden.
5. Die Zahl der Europäer, die unter den nationalen Armutsgrenzen leben, sollte um 25% gesenkt werden, was 20 Millionen Menschen aus der Armut befreien würde.¹²⁶

Quelle: Europäische Kommission 2010b

Die Europa 2020-Strategie wird sich auf eine begrenzte Anzahl von Kernzielen beschränken. Es besteht Einvernehmen darüber, dass man den Fehler der Lissabon-Agenda nicht mehr wiederholen wird und den Mitgliedstaaten zu viele und zu hohe Zielvorgaben aufbürdet. Die Ziele von Europa 2020 sollen die Thematik des intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums berücksichtigen.

Diese „*headline targets*“ werden in Beachtung der individuellen, wirtschaftlichen Situationen der Mitgliedstaaten, in nationale Ziele umgewandelt. Die Mitgliedsländer müssen ihre eigens kreierten Ziele, die aus Sicht der jeweiligen Regierungen erreichbar erscheinen, schließlich der Europäischen Kommission vorlegen, die ihrerseits überprüft, ob die Reformprogramme dem Ambitionsniveau des jeweiligen Mitgliedstaats entsprechen. Die endgültigen nationalen Ziele sollen Ende des Jahres 2010 in den Nationalen Reformprogrammen fixiert werden.¹²⁷

¹²⁶ Die nationale Armutsgrenze ist definiert als 60% des nationalen verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens in jedem Mitgliedstaat.

¹²⁷ Vgl. http://ec.europa.eu/europe2020/targets/national-targets/index_en.htm (01.12.10)

Diese vorrangigen Ziele der Union sind allesamt miteinander verknüpft und sind zumindest wirtschaftstheoretisch voneinander abhängig. Beispielsweise erhöht ein höheres Bildungsniveau die Beschäftigungsfähigkeit, eine höhere Beschäftigungsquote senkt wiederum das Armutsrisiko. Ein besseres Umfeld für Forschung und Entwicklung steigert die Wettbewerbsfähigkeit und fördert die Schaffung von Arbeitsplätzen. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen auch Investitionen in saubere, emissionsarme Technologien, die überdies zum Kampf gegen den Klimawandel dienen.¹²⁸

4.3. Die sieben Flaggschiff-Initiativen

Die Ziele sollen sowohl prüfbar als auch vergleichbar sein und der unterschiedlichen Situationen der Mitgliedstaaten Rechnung tragen.¹²⁹ Trotz der teilweise gravierenden Entwicklungsunterschiede und Lebensstandards der 27 Mitgliedstaaten der EU sind die Ziele nach Meinung der Europäischen Kommission für alle gleichermaßen von Bedeutung.¹³⁰ Ergänzend zu den Anstrengungen der Mitgliedstaaten will die Europäische Kommission etliche ehrgeizige Maßnahmen auf EU-Ebene vorschlagen. Dieses Zusammenspiel von nationalstaatlichen und EU-Maßnahmen soll in der Folge gegenseitig verstärkend wirken.¹³¹

Die Kommission schlägt hierzu sieben Leitinitiativen vor, die sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die Union bindend sein sollen:

- ◆ „Innovationsunion“, um die Rahmenbedingungen und den Zugang zu Finanzmitteln für Forschung und Innovation zu verbessern und auf diese Weise sicherzustellen, dass innovative Ideen in wachstums- und beschäftigungswirksame Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden können¹³²
- ◆ „Jugend in Bewegung“, um die europäischen Bildungssysteme leistungsfähiger zu machen und den Jugendlichen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern
- ◆ „Digitale Agenda für Europa“, um den Ausbau schneller Internet-Zugangsdienste zu beschleunigen und die Vorteile eines digitalen Binnenmarktes für Haushalte und Unternehmen zu nutzen

¹²⁸ Vgl. Europäische Kommission 2010b, 13

¹²⁹ Vgl. ebd., 12

¹³⁰ Vgl. ebd., 14

¹³¹ Vgl. ebd., 14

¹³² Die Europäische Kommission hat im Oktober ein Arbeitspapier zum Thema „Innovationsunion“ veröffentlicht. Siehe hierzu: Europäische Kommission 2010d

- ◆ „Ressourcenschonendes Europa“, um das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abzukoppeln, den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft zu unterstützen, die Nutzung erneuerbarer Energieträger und die Energieeffizienz zu fördern sowie unser Verkehrswesen zu modernisieren
- ◆ „Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für KMU, zu verbessern und eine international wettbewerbsfähige, starke und tragfähige Industriestruktur zu fördern
- ◆ „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“, um die Arbeitsmärkte zu modernisieren, den Menschen durch den lebenslangen Erwerb von Qualifikationen neue Möglichkeiten zu eröffnen und so die Erwerbsquote zu erhöhen sowie Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt u.a. durch Arbeitsmobilität besser aufeinander abzustimmen
- ◆ „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“, um den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu gewährleisten, damit die Vorteile von Wachstum und Beschäftigung allen zugutekommen, und Menschen, die unter Armut und sozialer Ausgrenzung leiden, in Würde leben und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.

Quelle: Europäische Kommission 2010b

Die Kommission ist sich bewusst, dass eine deutlich stärkere wirtschaftspolitische Steuerung als bei der Lissabon-Agenda notwendig sein wird, um signifikante Ergebnisse zu erzielen.

Europa 2020 soll auf zwei Säulen fußen: Einerseits auf dem obenstehend skizzierten thematischen Ansatz, wo Prioritäten und Kernziele miteinander verknüpft sind, andererseits auf dem altbewährten System der Länderberichte, bei dem die Kommission die Mitgliedstaaten beim Ausarbeiten von Strategien für Wachstums- und stabilen öffentlichen Haushalten unterstützen will.

4.4. Die integrierten Leitlinien

Auf EU-Ebene werden wieder integrierte Leitlinien für Europa 2020 zur Festlegung der Prioritäten und Ziele der Union verabschiedet. Im Gegensatz zu den zahlenmäßig recht opulenten 24 integrierten Leitlinien der Lissabon-Strategie hat man sich diesmal „*im Interesse von Kohärenz und Klarheit*“¹³³ auf lediglich zehn beschränkt. Diese neuen Leitlinien basieren auf den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates. Sie sollen den Mitgliedstaaten eine präzise „Richtschnur“ für die Festlegung und Umsetzung ihrer Nationalen Reformprogramme vorgeben. Die Leitlinien sollen weiters die Grundlage für

¹³³ Europäische Kommission 2010cd, 2

alle länderspezifischen Empfehlungen bilden, die der Europäische Rat allenfalls an die Mitgliedstaaten richtet. Die Kommission kann bei unzureichender Befolgung der länderspezifischen Empfehlungen Verwarnungen richten.¹³⁴ Die Mitgliedstaaten sollten ihrerseits Nationale Reformprogramme erarbeiten, die mit den Zielen der integrierten Leitlinien in Einklang stehen.

Am 27. April 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission sowohl eine Empfehlung als auch einen Beschluss des Rates über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union.¹³⁵ In zwei Teilen¹³⁶ werden die integrierten Leitlinien für die Umsetzung von Europa 2020 dargestellt, die den Rahmen für die Strategie sowie für die Reformen auf Ebene der Mitgliedstaaten absteckt. Diese Leitlinien verfolgen einen integrierten Ansatz, um sicherzustellen, dass die auf nationaler und europäischer Ebene beschlossenen Maßnahmen in vollem Umfang zur Erreichung der Ziele der Europa 2020-Strategie beitragen. Bei der Umsetzung der Leitlinien soll ein abgestimmtes Vorgehen den Mitgliedstaaten helfen, sich die positiven Spillover-Effekte koordinierter Strukturreformen zunutze zu machen. Auf dieser Grundlage sollen die Mitgliedstaaten ihre Nationalen Reformprogramme erarbeiten, in denen sie detailliert darstellen sollen, wie sie ihre nationalen Ziele erreichen wollen. Die Kommission wird die Umsetzung überwachen. Darüber hinaus wird der Europäische Rat einmal pro Jahr eine Gesamtbewertung der auf EU- und Länderebene erzielten Fortschritte vornehmen.¹³⁷

Die integrierten Leitlinien zu Europa 2020 lauten wie folgt:

- Leitlinie 1:** Gewährleistung der Qualität und langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen
- Leitlinie 2:** Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte
- Leitlinie 3:** Abbau von Ungleichgewichten in der Eurozone
- Leitlinie 4:** Optimierung der FuE- sowie der Innovationsförderung, Stärkung des Wissensdreiecks und Freisetzung des Potenzials der digitalen Wirtschaft

¹³⁴ Vgl. Europäische Kommission 2010b,5ff und Europäische Kommission 2010cd, 8

¹³⁵ Siehe hierzu: Europäische Kommission 2010cd

¹³⁶ In zwei Artikeln ist festgelegt, dass der Rat Grundzüge der Wirtschaftspolitik (Artikel 121) und beschäftigungspolitische Leitlinien (Artikel 148) verabschiedet. In letzterem wird präzisiert, dass diese Leitlinien mit den Grundzügen im Einklang stehen müssen. Entsprechend dieser Rechtsgrundlage werden die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen und die Grundzüge der Wirtschaftspolitik als zwei verschiedene, jedoch eng miteinander verbundene Rechtsinstrumente dargestellt.

¹³⁷ Vgl. Europäische Kommission 2010cd, 2f

- Leitlinie 5:** Verbesserung der Ressourceneffizienz und Abbau der Treibhausgasemissionen
- Leitlinie 6:** Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Verbraucher und Modernisierung der industriellen Basis
- Leitlinie 7:** Erhöhung der Beschäftigungsquote und Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit
- Leitlinie 8:** Heranbildung von Arbeitskräften, deren Qualifikationen den Anforderungen des Arbeitsmarkts entsprechen, Förderung der Arbeitsplatzqualität und des lebenslangen Lernens
- Leitlinie 9:** Steigerung der Leistungsfähigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme auf allen Ebenen und Verbesserung des Zugangs zur Hochschulbildung
- Leitlinie 10:** Bekämpfung von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Armut

Quelle: Europäische Kommission 2010cd

Diese Leitlinien sollen bis 2014 weitgehend unverändert bleiben, damit das Hauptaugenmerk auf die Umsetzung gerichtet werden kann.¹³⁸ Die Rücknahme von etwaigen Konjunkturmaßnahmen sollte im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts erfolgen und koordiniert werden.¹³⁹

4.5. Die Aufgabenverteilung

Der Europäische Rat will für die Europa 2020-Strategie die Verantwortung tragen. Er ist nicht wie im Lissabon-Prozess „*das letzte Glied in der Beschlussfassungskette*“¹⁴⁰, sondern zeichnet sich für die Steuerung der Strategie verantwortlich. Der Rat soll einerseits die Abstimmung der Politik und die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten koordinieren sowie andererseits die Umsetzung der Europa 2020-Ziele beobachten und gegebenenfalls auch notwendige Impulse bei spezifischen Themen geben.¹⁴¹

Der Kommission hingegen obliegt die Beobachtung des Fortschritts, die Förderung des Austausches auf politischer Ebene und die Weiterentwicklung der Leitinitiativen. Sie wird den Gesamtfortschritt jährlich anhand einer Reihe von Indikatoren überprüfen. Zudem wird die Kommission in regelmäßigen Abständen einen Jahresbericht über die Ergebnisse

¹³⁸ Vgl. ebd., 8

¹³⁹ Vgl. ebd., 6

¹⁴⁰ Ebd., 33

der Europa 2020-Strategie vorlegen. Das Europäische Parlament soll die Bürger und nationalen Parlamente mobilisieren und „*bei bedeutsamen Vorhaben als Mitgesetzgeber fungieren.*“¹⁴² Ferner sollen der Wirtschafts- und Sozialausschuss¹⁴³ und der Ausschuss der Regionen enger einbezogen werden.

Die Fachminister der Mitgliedstaaten sollen in den Politikbereichen, für die sie zuständig sind, an der Umsetzung des Europa 2020-Programms bzw. dessen Ziele arbeiten. Sie werden von der Kommission aufgefordert, im Rahmen der Leitinitiativen den Informationsaustausch untereinander zu forcieren.¹⁴⁴ Darüber hinaus sollen alle nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungen, die Sozialpartner und Vertreter von Zivilgesellschaften ihren Beitrag zur Erarbeitung und Umsetzung von Nationalen Reformprogrammen leisten.¹⁴⁵

Der Erfolg der neuen Strategie hängt [...] maßgeblich von der Fähigkeit der EU-Organe, der Mitgliedstaaten und der Regionen ab, zu erklären, warum Reformen notwendig und unabdingbar sind, um unseren Lebensstandard beizubehalten und unsere Sozialmodelle zu sichern, wo Europa und die Mitgliedstaaten im Jahr 2020 stehen wollen und welcher Beitrag von den Bürgern, Unternehmen und ihren Vertretern erwartet wird.¹⁴⁶

4.6. Die Verabschiedung von Europa 2020

Bei der Tagung am 17. Juni 2010 wurde die Europa 2020-Strategie vom Europäischen Rat angenommen.¹⁴⁷

Wir nehmen unsere neue Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum "Europa 2020" an. Diese Strategie bildet einen in sich schlüssigen Rahmen, der es der Union erlauben soll, all ihre Instrumente und Politiken zu mobilisieren, und es den Mitgliedstaaten ermöglichen soll, stärker koordinierte Maßnahmen zu ergreifen. Die Strategie wird die Durchführung von Strukturreformen fördern. Der Schwerpunkt muss nun auf der Umsetzung liegen, und wir werden diesen Prozess steuern und überwachen. Wir werden in den kommenden Monaten eingehender erörtern, wie einzelne

¹⁴¹ Vgl. ebd., 33f

¹⁴² Ebd., 7

¹⁴³ Der EWSA soll eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung der Strukturreformen der Europa 2020-Strategie spielen. Kommissionspräsident Barroso bat den ehemaligen EWSA-Präsidenten Sepi in einem Schreiben um die Mobilisierung der nationalen Wirtschafts- und Sozialräte, „*damit die Europa 2020-Strategie ein Erfolg werde.*“ Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2010, 1f

¹⁴⁴ Vgl. Europäische Kommission 2010cd, 34

¹⁴⁵ Vgl. ebd., 34

¹⁴⁶ Europäische Kommission 2010b, 35

¹⁴⁷ Ursprünglich hätten die quantitativen Ziele von Europa 2020 schon beim EU-Gipfel am 25. und 26. März 2010 beschlossen werden sollen. Vgl. <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/eu-gipfel-ohne-bildungsziel-002869> (01.03.2011)

Politikbereiche für die Erschließung des Wachstumspotenzials der EU genutzt werden können, und werden uns zunächst der Innovations- und der Energiepolitik zuwenden.¹⁴⁸

Mit der neuen europäischen Strategie soll auf die Herausforderung einer Neuausrichtung der Politik reagiert werden: *„weg von der Krisenbewältigung, hin zur Einführung mittel- bis längerfristiger Reformen, mit denen Wachstum und Beschäftigung gefördert werden und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, unter anderem durch die Reform der Altersversorgungssysteme, gewährleistet wird.“*¹⁴⁹ Die Mitgliedstaaten seien entschlossen, ihre Haushaltsziele unverzüglich zu erreichen und gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen zur Konsolidierung zu ergreifen. Die Zurückhaltung von Ausgaben soll hierbei im Fokus stehen. Die Erhöhung des Wachstumspotentials sollte im Hinblick darauf, die Haushaltskorrekturen langfristig zu erleichtern, als primäres Ziel der Regierungen der Mitgliedstaaten betrachtet werden.¹⁵⁰

Der Europäische Rat bestätigte weiters vollinhaltlich die fünf Kernziele von Europa 2020 – auch die Bildungs- und Armutsziele, die ja im Vorfeld im Rat heiß diskutiert wurden und letztlich die Verabschiedung der Strategie um Monate verzögert hatten. Die Leitlinien werden, wie schon bei der Lissabon-Agenda, die Grundlage für alle länderspezifischen Empfehlungen des Rates sein. Aber: Diese Empfehlungen sollen uneingeschränkt mit den Bestimmungen des Vertrags von Lissabon und den EU-Vorschriften im Einklang stehen und die Kompetenzen der Mitgliedstaaten, zum Beispiel in Bereichen wie Bildung, unberührt lassen.¹⁵¹

Nun sollen die Mitgliedstaaten tätig werden und den Dialog mit der Europäischen Kommission suchen, um die mittelfristigen nationalen Ziele gemäß ihrer jeweiligen Situation festzulegen. Außerdem sollen sie die *„gravierendsten Wachstumshemmnisse“*¹⁵² ermitteln und in ihren Reformprogrammen erläutern, wie sie diese zu überwinden gedenken. Die Fortschritte bei der Verwirklichung der Kernziele, so der Rat weiter, sollen regelmäßig überprüft werden. Schließlich sieht man der Vorlage weiterer Leitinitiativen vor Ende des Jahres 2010 erwartungsvoll entgegen.

¹⁴⁸ Europäischer Rat 2010a, 1

¹⁴⁹ Ebd., 2

¹⁵⁰ Vgl. ebd., 2

¹⁵¹ Vgl. ebd., 3

¹⁵² Ebd., 3

5. Österreich und Europa 2020

5.1. Österreich im Jahr 2010 – eine Insel der Seligen?

Im zweiten Quartal des Jahres 2010 nahm der Konjunkturaufschwung in den EU27 spürbar an Fahrt auf. Der größte Wachstumstreiber in der Eurozone war zweifelsfrei die Exportindustrie der Bundesrepublik Deutschland, die, vor allem dank der starken Nachfrage aus asiatischen Volkswirtschaften, profitieren konnte. Auch Österreich konnte mitziehen: Im dritten Quartal 2010 konnte die Republik real 0,9% gegenüber dem Vorquartal Wachstum vorweisen – das war über dem Durchschnitt von 0,4% Wachstum der Eurozone bzw. der EU27.¹⁵³

Im letzten Quartal des Jahres 2010 dürfte nach der aktuellen WIFO-Schätzung¹⁵⁴ das BIP gegenüber dem 3. Quartal um 0,6% gewachsen sein, so dass der Jahreszuwachs bei real 1,9% liegen wird - im Jahr zuvor gab es mit -3,9% noch ein kräftiges Minus. Dieser Aufschwung wird wesentlich von der Exportwirtschaft getragen. Zudem haben sich die privaten Investitionen und privaten Konsumausgaben stabilisiert. Das WIFO prognostiziert nach 2,2% im Jahr 2010 für 2011 eine durchschnittliche Inflationsrate, die im Bereich des mittelfristigen Inflationsziels der Europäischen Zentralbank liegt.¹⁵⁵

Am österreichischen Arbeitsmarkt hat eine deutliche Trendumkehr im März 2010 eingesetzt. Im Vorjahresvergleich meldet das WIFO einen massiven Rückgang der beim Arbeitsmarktservice Österreich vorgemerkten Arbeitslosen: 226.137 Personen waren im Oktober 2010 arbeitslos, das ist ein Minus von stattlichen 7,9% gegenüber dem Vorjahr. Der Arbeitsmarkt ist, auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise, einigermaßen stabil geblieben: die Arbeitslosenquote ist derzeit mit 4,5% nach EU-Definition bzw. mit 6,2% nach nationaler Berechnung des AMS unter den zwei geringsten der EU.¹⁵⁶

Im letzten Jahrzehnt konnte Österreich im Durchschnitt höhere reale Wachstumsraten als die Eurozone verzeichnen. Die Beschäftigungsquote der 15-64-Jährigen lag 2009 mit 71,6% deutlich über dem „alten“ Lissabonziel von 70%.¹⁵⁷ Im Jahr 2010 wird die

¹⁵³ Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 1

¹⁵⁴ Siehe hierzu: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2010d,

¹⁵⁵ Vgl. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2010d, 8f

¹⁵⁶ Vgl. Ebd., 11f

¹⁵⁷ Es ist allerdings anzumerken, dass die Beschäftigungsquote nach Eurostat auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen und Präsenzdienler mit einbezieht. Ansonsten läge die österreichische Beschäftigungsquote 2010 bei lediglich 65,6 %.

Beschäftigungsquote bei 71,8% liegen. Die Beschäftigung nahm allerdings vor allem in den Dienstleistungsbereichen mit hohem Anteil an Teilzeitbeschäftigung zu, während sie sich in der Sachgütererzeugung erst zuletzt stabilisierte.¹⁵⁸

Die Bundesregierung ist sich sicher, dass die weitgehende Abwesenheit von ökonomischen Ungleichgewichten in Österreich einen nachhaltigen Wachstumspfad ermöglicht und prognostiziert einen positiven Einfluss der Europa 2020-Strategie auf das heimische Wachstumspotential.

Die Erreichung der EU-2020 Ziele wird einen positiven Einfluss auf das Wachstumspotenzial in Österreich haben. Der Wachstumsprozess bis zum Jahr 2020 wird aber von der Demographie und auch davon abhängen, ob und in welchem Ausmaß die Wirtschafts- und Finanzkrise einen länger andauernden negativen Effekt auf das Wachstumspotenzial hat. Dies ist aus heutiger Sicht höchst unsicher.¹⁵⁹

Der weltweite Konjunkturereinbruch 2008 bis 2009 brachte eine massive Verschlechterung der budgetären Situation Österreichs mit sich. Für das Jahr 2010 wird ein gesamtstaatliches Budgetdefizit von 4,1% des BIP erwartet, nach 3,5% im Jahr 2009. Die Gesamtverschuldungsquote wird voraussichtlich auf 70% des BIP mit Ende des Jahres 2010 ansteigen.¹⁶⁰ Dies erfordert eine konjunkturgerechte Budgetpolitik, die die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates nachhaltig sichert. Budgetkonsolidierungsmaßnahmen sind dringend vonnöten, da ansonsten die öffentlichen Schulden mittelfristig auf eine gesamtwirtschaftlich nicht tragbare Größenordnung ansteigen würden. Für 2011 und 2012 wurden deshalb Konsolidierungsmaßnahmen im Ausmaß von 2,6 Milliarden Euro (0,9% des BIP) bzw. 3,75 Milliarden Euro (1,2% des BIP) beschlossen. Gut 50% des Gesamtvolumens erfolgen durch Ausgaben senkung.¹⁶¹ Die Maßnahmen, sofern sie auch wie geplant umgesetzt werden, stabilisieren die Schuldenquote gemäß den Erwartungen des Finanzministeriums ab dem Jahr 2013 bei rund 72% des BIP.¹⁶²

¹⁵⁸ Vgl. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2010c, 3

¹⁵⁹ Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 2

¹⁶⁰ Vgl. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2010c, 2 und Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2010d, 12f

¹⁶¹ Die Konsolidierungsleistung soll sogar bis zu 60% ausgaben- sowie zu 40% einnahmenseitig erfolgen. Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 3

¹⁶² Vgl. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2010d, 12

Hauptaufgabe ist es dabei, am langjährig erfolgreichen Konzept einer stabilitäts- und beschäftigungsorientierten globalen Wirtschaftspolitik festzuhalten. Insbesondere gilt es, im Rahmen der Budgetkonsolidierung Augenmerk auf Wachstums- und Beschäftigungswirkungen, soziale Ausgewogenheit sowie Wettbewerbsfähigkeit zu legen. Die Bundesregierung hat daher, unter Berücksichtigung der genannten Kriterien, die schrittweise Konsolidierung des Staatshaushaltes zu einem zentralen Anliegen der kommenden Jahre gemacht.¹⁶³

Die österreichische Bundesregierung verfolgt in diesem Zusammenhang drei Ziele. Erstens soll das Budgetdefizit gesenkt werden, um dadurch langfristig einen ausgeglichenen Haushalt über den Konjunkturzyklus zu erreichen. Zweitens sollen das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigung sowie das Sozialsystem als Standort- und Produktivfaktor gesichert werden. Drittens will man Strukturreformen durchführen.¹⁶⁴

5.2. Das österreichische Positionspapier zu Europa 2020

Das österreichische Positionspapier¹⁶⁵ wurde fristgerecht am 15. Jänner 2010¹⁶⁶ der Europäischen Kommission nach Brüssel übergeben. Im Zuge des österreichischen Positionsfindungsverfahrens hat die Republik Österreich die nationalen Institutionen um Stellungnahmen ersucht. Bei diesem Konsultationsprozess zu Europa 2020 haben schließlich alle nationalen Ressorts, Interessenvertretungen, Länder, Gemeinden und eine Vielzahl an NGOs, mitgewirkt.

Das „EU 2020 Austrian Position Paper“ sieht in der Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise eine große Chance für Europa. Das Ende der Krise könnte zugleich der „point of entry“ für eine nachhaltige, ökologische und wissensbasierte soziale Marktwirtschaft sein. Die Europäische Union müsse es sich zum Ziel setzen, eine umfassende, europaweit abgestimmte Politik-Strategie zu entwickeln, die gleichermaßen ein nachhaltiges, ökologisches und gerechtes Wirtschaftswachstum ansteuert sowie auch hoch qualitative Jobs hervorbringt. Hierzu wird ein von der Union gesteuerter Policy-Mix mit Fokus auf der Wahrung des Wettbewerbsgedankens vonnöten sein. Fiskale Nachhaltigkeit sowie die Lösung von Verteilungsfragen würden hier die

¹⁶³ Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 2

¹⁶⁴ Vgl. ebd., 2

¹⁶⁵ Siehe hierzu: Bundeskanzleramt Österreich 2010a

¹⁶⁶ Am 15. Jänner 2010 endete die von der Kommission festgesetzte Frist für Stellungnahmen und Vorschlägen zur neuen EU-Strategie. Vgl. Europäische Kommission 2009, 13

Rahmenbedingungen liefern. Unter dem Strich müsse eine hohe Lebensqualität für alle EU-Bürger stehen.¹⁶⁷

Die Republik Österreich hat in ihrem Positionspapier vier zentrale Forderungen festgeschrieben:

1. Schaffung eines angemessenen makroökonomischen Rahmens
2. Schaffung von wissens- und innovationsbasiertem Wachstum
3. Schaffung integrativer Arbeitsmärkte und Gesellschaften
4. Schaffung einer wettbewerbsfähigen, offenen, vernetzten und ökologischen Wirtschaft

Quelle: Bundeskanzleramt Österreich 2010a

Effiziente und stabile Finanzmärkte seien die Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Zukunftsinvestitionen. Die EU müsse Verantwortung übernehmen und eine führende Rolle in der internationalen Finanzmarktarchitektur spielen. Sie müsse deshalb in Zukunft die Rahmenbedingungen für größtmögliche Effizienz bei der Finanzmarktaufsicht sicherstellen. Klare Regeln, regulative Maßnahmen, größere Transparenz sowie eine Reform der Finanzmarktaufsicht seien ausschlaggebend. Ferner schlägt Österreich eine Finanztransaktionssteuer vor, die maßgeblich zu einer größeren Stabilität der Finanzmärkte beitragen würde. Die Finanztransaktionssteuer könnte die negativen Effekte von maßlosen Spekulationen auf die Realwirtschaft drastisch bremsen.¹⁶⁸

Weiters solle die Union weitere Anstrengungen hin zu einer wissensbasierten Gesellschaft unternehmen. Ausbildung, Forschung und Innovation seien die Quellen wirtschaftlichen Wachstums, der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung sowie auch wichtige Faktoren für soziale Kohäsion. Sie sollte deshalb das Herzstück der neuen EU-Strategie sein. Der neue EU-Strukturfonds 2014-2020 sollte demgemäß den Prinzipien der Europa 2020-Strategie entsprechen.¹⁶⁹

Des Weiteren spricht sich Österreich für höhere Qualität der Beschäftigungen und aktive Arbeitsmarktintegration aus. Auch die Flexicurity-Konzepte, insbesondere Sonderformen wie die Kurzarbeit, haben sich bewährt und sollten weiter verfolgt werden. Dies könnten Wege sein, um soziale Exklusion und Armut in Europa zu überwinden. Äußerst

¹⁶⁷ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010a, 2

¹⁶⁸ Vgl. ebd., 2f

¹⁶⁹ Vgl. ebd., 3f

wichtig sei weiters auch, dass man Bemühungen zur Geschlechtergleichstellung verstärkt, denn beharrliche Ungleichheiten seien ein klares Wachstumshemmnis. Hierzu sollten adäquate Maßnahmen entwickelt werden. Außerdem sollen die Sozialschutzsysteme in Europa weiter ausgebaut werden, um Phänomenen wie Ungleichheiten und sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken.

Der letzte Punkt des österreichischen Forderungspapiers beschäftigt sich mit dem EU-Binnenmarkt. Das Projekt sei jedenfalls noch nicht abgeschlossen. Bei der Weiterentwicklung des Binnenmarkts müsse sichergestellt werden, dass die Interessen von Unternehmen, Arbeitnehmern, Konsumenten und Bürgern unter einen Hut gebracht werden. Ökonomische Freiheit darf nicht dahin gehend interpretiert werden, dass nationale Beschäftigung und Sozialrechte übergangen werden. Im österreichischen Positionspapier wird weiters unterstrichen, dass Klein- und Mittelunternehmen das Herz der europäischen Wirtschaft sind. Somit müsse der Sektor vermehrt unterstützt und der Zugang der KMU zur Finanzwirtschaft weiterentwickelt werden.¹⁷⁰

Auch die Energie-Ziele sollten in der Europa 2020-Strategie erwähnt werden, sind sie doch ein Basis-Element der zukünftigen Entwicklung. Nachhaltige Energieproduktion müsse gefördert werden, während Verhaltensweisen der Konsumenten verändert werden. Investments in Forschung und Entwicklung in „grüne Technologien“ werden hier eine zentrale Rolle spielen müssen. Der europäischen Markt müsse überdies der globalisierten Welt geöffnet bleiben, protektionistische Maßnahmen müssen jedenfalls im Keim erstickt werden.¹⁷¹

Über den Erfolg von Europa 2020 werde schließlich entscheiden, wie die EU die „Governance“ der Strategie anlege. Österreich spreche sich für eine verantwortungsvollere Einbeziehung der Mitgliedstaaten aus, das Subsidiaritätsprinzip müsse eine entscheidende Rolle spielen. Darüber hinaus solle auch das Europäische Parlament stärker in die Governance-Struktur einbezogen werden. Zu guter Letzt müsse ein gesamteuropäisches Projekt auch die Partizipation sowie auch das Verantwortungsbewusstsein der EU-Bürger durch verbesserte Kommunikation weiter vorantreiben.¹⁷²

¹⁷⁰ Vgl. ebd., 6

¹⁷¹ Vgl. ebd., 6f

¹⁷² Vgl. ebd., 1 und 8

5.2.1. Positionen österreichischer Institutionen

Praktisch alle Punkte des „EU 2020 Austrian Position Papers“ finden sich mehr oder weniger ausführlich in den von österreichischen Institutionen ausgefertigten Dokumenten zu einer Post-Lissabon-Strategie, insbesondere in den Positionspapieren der Sozialpartner, wieder.¹⁷³

Schon im April 2009, noch bevor die Europäische Kommission zum Diskurs über Europa 2020 aufgerufen hatte, veröffentlichten die österreichischen Sozialpartner ein gemeinsames Konzept für eine Post-Lissabon-Strategie.¹⁷⁴ Fast alle der hier festgehaltenen Standpunkte wurden später schließlich in die individuellen, offiziellen Positionspapiere der Verbände übernommen. Alle Positionen waren also zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen schon im Vorfeld akkordiert worden.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund sieht das größte Manko der abgelaufenen Lissabon-Strategie darin, dass einerseits die möglichen Beschäftigungspotentiale nicht optimal genutzt wurden und andererseits, dass die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse nicht verbessert wurden. Der ÖGB erkennt auf europäischer Ebene durchaus noch Spielräume, die im Interesse einer höheren Beschäftigungswirksamkeit genutzt werden könnten, wie etwa beim Wirtschafts- und Stabilitätspakt. Man sei sich der konflikträchtigen Ansätze der wirtschaftlichen-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Zielsetzungen durchaus bewusst und schlage zu deren Lösung „praktische Konkordanz“ vor, die die bestmögliche Verwirklichung aller konkurrierenden Ziele anstrebt.¹⁷⁵

Weiters, so die Stellungnahme des Gewerkschaftsbunds, sollen Lehren aus der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Jahr 2001 bei der Post-Lissabon-Strategie berücksichtigt werden. Die Krisen haben gezeigt, dass die Union nicht rasch genug auf wirtschaftliche Probleme reagieren könne, es fehle an der Handlungsfähigkeit. Die Arbeitnehmer konnten auf der anderen Seite vom Wirtschaftsaufschwung 2006 und 2007 hinsichtlich eines entsprechenden Reallohnzuwachses oder Schaffung ausreichender qualitativer Beschäftigungen kaum profitieren.¹⁷⁶

¹⁷³ Es wird hier, um Wiederholungen zu vermeiden, lediglich auf eine Auswahl der Forderungen der österreichischen Institutionen Bezug genommen. Vielmehr soll auf die individuellen Hauptforderungen der einzelnen Einrichtungen eingegangen werden.

¹⁷⁴ Siehe hierzu: Sozialpartner Österreich 2009

¹⁷⁵ Vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund 2010, 1f

¹⁷⁶ Vgl. ebd., 2

Der ÖGB begrüßt, dass das Bundeskanzleramt den Punkt Finanzmarktstabilität in seine Forderungen aufgenommen hat, dennoch wünscht er sich hierbei Konkretisierung. Angesichts der integrationspolitischen und der damit zusammenhängenden arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre sieht der Gewerkschaftsbund *„keine Notwendigkeit einer Migrationspolitik, die darauf abzielt, billigere Arbeitskräfte ins Land zu holen, wie auch die Konzeption der EU-Migrationspolitik befürchten lässt.“*¹⁷⁷ Im Zuge dessen befürchtet der Gewerkschaftsbund verschärftes Lohn- und Sozialdumping. Die Unternehmen seien zwar gemäß der europäischen Entsenderichtlinie verpflichtet, die Lohn- und andere zentrale Arbeitsbedingungen Österreichs zu beachten, es fehle jedoch an entsprechenden Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen, um die Rechtslage auch umzusetzen. Man sehe dringenden Bedarf an nationalen sowie auch EU-Maßnahmen, die Lohn- und Sozialdumping unterbinden.¹⁷⁸ Schließlich, so der ÖGB, sollen Versorgungssicherheit und Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz zentrale Elemente der Post-Lissabon-Strategie werden. Ausreichende gesetzliche und regulatorische Initiativen sollen dies sicherstellen. Die Wirtschaftskammer Österreich hat in zwei Konsultationen¹⁷⁹ zur Europa 2020-Strategie ihre Position veröffentlicht. Die WKÖ spricht sich für eine nahtlose Anknüpfung an die Lissabon-Strategie aus, die prinzipielle Struktur der 2005 reformierten Agenda - die jährliche Bewertung der Fortschritte mittels Strukturindikatoren, die Fortschrittsberichte, die Nationalen Reformprogramme für Wachstum und Beschäftigung, der Frühjahrsrat sowie die Offene Methode der Koordinierung - habe sich bewährt und solle in ihren Grundzügen beibehalten werden. Die Weiterentwicklung des Binnenmarkts, die Verwirklichung einer wissensbasierten Gesellschaft sowie die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen müssen weiterhin ganz oben in der Post-Lissabon-Strategie stehen. Die Strategie müsse wieder auf zehn Jahre angelegt werden, wobei die Lissabon-Ziele – deren Umsetzung ja aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise unrealistisch geworden sind – aufrecht erhalten und spätestens im Jahr 2015 umgesetzt werden sollen. Danach könnten ambitioniertere Ziele formuliert werden, die dann bis 2020 umgesetzt werden sollen.¹⁸⁰ Zur Halbzeit der Post-Lissabon-Strategie, solle sie jedenfalls einer Evaluierung

¹⁷⁷ Ebd., 3

¹⁷⁸ Vgl. ebd., 5f

¹⁷⁹ Siehe hierzu: Wirtschaftskammer Österreich 2009 und Wirtschaftskammer Österreich 2010a

¹⁸⁰ Vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2009, 8

unterzogen und gegebenenfalls adaptiert werden. Bevor die EU neue Strukturreformen für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Europas angehen könne, müssen man allerdings erst die Wirtschafts- und Finanzkrise in Griff bekommen. Wichtig sei darüber hinaus auch die Etablierung einer „externen Agenda“, damit die Union die Rolle als aktiv handelnder „Global Player“ wahrnehmen könne.¹⁸¹

Die Wirtschaftskammer betont die Schlüsselrolle von Forschung und Entwicklung sowie der Bildung als Basis für die Innovationsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Im makroökonomischen Teil müsse ein stärkerer Fokus auf eine bessere Koordinierung aller Politikbereiche gelegt werden, um dem Wachstumsziel stärker als bisher Ausdruck zu verleihen – hierbei sei eine bessere Abstimmung zwischen Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik vonnöten, ohne dabei das Stabilitätsziel aus den Augen zu verlieren.¹⁸² Mehr Beschäftigung und nachhaltige Arbeitsmarktintegration sei der beste Weg zur Überwindung sozialer Ausgrenzung und Armut in Europa.

Die Umsetzung der Reformen auf nationaler Ebene, so die WKÖ, müsse jedoch künftig verbessert werden, das „Commitment“ der Mitgliedstaaten müsse erhöht werden. Dies könne durch sinnvolles Benchmarking, umfangreichere Koordinierungsbemühungen der Kommission, stärkere Anreize für die Mitgliedstaaten sowie durch die bessere Einbindung der Sozialpartner in die Erstellung der integrierten Leitlinien geschehen, um eine breitere Akzeptanz der Ziele und damit bessere Voraussetzungen für die Umsetzung zu erreichen.¹⁸³

Die Bundesarbeiterkammer analysiert hingegen die von der Kommission im April 2010 vorgelegten integrierten Leitlinien der Europa 2020-Strategie.¹⁸⁴ Die AK merkt in ihrem Positionspapier eingangs an, dass die Integrierten Leitlinien einen Zeitraum abdecken werden, in dem sich ein weitreichender weltwirtschaftlicher Umbruch vollzieht – die USA werde als „globale Konjunkturlokomotive“¹⁸⁵ nicht mehr dieselbe Rolle spielen wie in der Vergangenheit. Eine Stärkung der endogenen Wachstumskräfte sei daher eine der ganz großen Herausforderungen für Europa, die freilich auch die Integrierten Leitlinien

¹⁸¹ Vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2010a, 7

¹⁸² Vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2009, 8

¹⁸³ Vgl. ebd., 8f

¹⁸⁴ Im Positionspapier der Bundesarbeiterkammer wird auf sieben der zehn Integrierten Leitlinien konkret und ausführlich eingegangen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden hier lediglich die zentralen Forderungen der Bundesarbeiterkammer dargestellt.

¹⁸⁵ Bundesarbeiterkammer 2010, 3

reflektieren müssen. Konkret bedeute dies: eine Stärkung der Binnennachfrage und Zukunftsinvestitionen.¹⁸⁶

Angesichts der Rekordarbeitslosigkeit von 24 Millionen Menschen in der Europäischen Union müsse die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein Hauptanliegen sein. Das Ziel der Erhöhung der Beschäftigungsquote (insbesondere bei Jugendlichen, älteren Arbeitskräften und Frauen) sei zwar durchaus begrüßenswert, konkrete Ziele auf europäischer Ebene seien allerdings nicht vorgesehen. Die Arbeiterkammer schlägt vor, dass die Union ein klares Bekenntnis zum Ziel der Vollbeschäftigung artikuliert.¹⁸⁷ Vermisst wird in den Integrierten Leitlinien zudem eine Formulierung, die auf eine Besserung der Qualität der Arbeitsverhältnisse abzielt. Die Ziele einer besseren Verteilung des Arbeitsvolumens sowie der Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung sollten in eine europäisch koordinierte Arbeitsmarkt-Politik aufgenommen werden.¹⁸⁸

Ein wesentliches Manko des Entwurfs der Integrierten Leitlinien sei der Umstand, dass die Erforderlichkeit einer intelligenten Nachfragepolitik kaum thematisiert wird. Außerdem fehle ein Bekenntnis zu einer Neuordnung der Finanzmärkte, die die Entstehung systemgefährdender spekulativer Blasen ausschließt und die Finanzmärkte der Realwirtschaft unterordnet. Der Arbeiterkammer gehe weiters auch die Erwähnung von Verteilungsgerechtigkeit in Leitlinien ab, denn gerade die ungleiche Verteilung von Vermögen sei ein gewichtiger Faktor gewesen, der schließlich zur Wirtschaftskrise geführt habe. Schlussendlich müsse auch die Gleichstellung von Frauen und Männern ein Kernelement in der Europa 2020-Strategie sein, da sich die Gleichstellung *„als Schlüssel zur dauerhaften Lösung alter wie neuer Probleme erwiesen hat“*.¹⁸⁹

Der Landwirtschaftskammer Österreich ist es in erster Linie ein Anliegen, die gemeinsame Agrarpolitik als solche in die Prioritätenliste der europäischen Politik zu rücken. Die Versorgung von rund 500 Millionen EU-Bürgern mit gesunden, ausreichend verfügbaren und kontrollierten Nahrungsmitteln im Sinne von Lebensmittel- und Versorgungssicherheit müsse im Interesse der EU liegen und somit in die Europa 2020-Strategie aufgenommen werden. Dabei soll ein hoher Selbstversorgungsgrad gehalten werden, um die

¹⁸⁶ Vgl. ebd., 3

¹⁸⁷ Vgl. ebd., 5, 8 und 10

¹⁸⁸ Alleine in Österreich werden jährlich unbezahlte Überstunden im Ausmaß bis zu 60.000 Vollzeitjobs geleistet. Gerade die Krise habe gezeigt, dass die Verkürzung der Arbeitszeiten einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit unterbinden kann. Vgl. ebd., 9

¹⁸⁹ Ebd., 4

Importabhängigkeit zu verringern. Zu verweisen sei schließlich auch auf den globalen Zusammenhang: zusehends offene Märkte und ein schrittweiser Abbau des Außenschutzes bedürfen einer soliden GAP mit ausreichender Finanzierung. Die Herausforderung wird sein, wie künftig die Flexibilität, insbesondere beim EU-Budget, erreicht werden kann, ohne dass die Planungssicherheit in der GAP verloren geht.¹⁹⁰

Im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfs des österreichischen Reformprogramms hat das Bundeskanzleramt im Frühjahr das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO mit einer Studie zu den Wachstumshemmnissen der nationalen Volkswirtschaft beauftragt. Auf Basis dieser Studie fand im Mai 2010 eine Diskussionsrunde zu Wachstumshindernissen mit allen betroffenen Ressorts und den Vertretern der Sozialpartner statt. Nach Abschluss der Budgetverhandlungen im Dezember 2010 sollen die jeweiligen Ressorts auf die Ergebnisse der Studien reagieren und Detailmaßnahmen zur Erreichung der nationalen Ziele bekannt geben.¹⁹¹

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung sieht drei „Rucksäcke“, die Österreich auf dem Weg zur Erreichung der Europa 2020-Ziele tragen muss: Die Arbeitslosigkeit von knapp 8%¹⁹², die Staatsschulden von ca. 75% des BIP sowie die österreichischen Defizite bei Bildung, Forschung und Umwelt.¹⁹³ Österreich müsse aus der Krise jedenfalls lernen. Das WIFO merkt an, dass Österreich ohne Vernetzung der Teilpolitiken zu keinem wunschgemäßen Ergebnis kommen werde. So erhöhen beispielsweise höhere Steuern ohne gleichzeitige Hebung von Effizienzreserven die Arbeitslosigkeit und verhindern Zukunftsinvestitionen.

Besonders das Wachstum im Jahr 2010 soll durch Umschichtungen speziell forciert werden. Die Finanzierung soll dabei nicht primär durch die Ausweitung des Defizits geschehen, vielmehr soll auf Reserven aus bisherigen Konjunkturprogrammen zurückgegriffen werden. Ein neues Konjunkturprogramm würde voraussichtlich kontraproduktiv sein und nicht zu einer weiteren Hebung des Wachstumspotentials beitragen.

¹⁹⁰ Mail-Korrespondenz mit Mag. Gerfried Gruber am 17.12.2010

¹⁹¹ Vgl. Bundesarbeiterkammer 2010, 15

¹⁹² Die Arbeitslosenquote in Österreich ist seit der Veröffentlichung des WIFO-Papiers im März 2010 mittlerweile wieder deutlich gesunken.

¹⁹³ Vgl. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2010a, 28

Am Ende des Vorschlagskatalogs des Wirtschaftsforschungsinstituts stellt Karl Aiginger, Leiter des WIFOs, klar: „Europa 2020 spricht wichtige Punkte an, [ist] aber nur Teil der wirtschaftspolitischen Ziele [Österreichs].“¹⁹⁴

5.3. Österreichs Wachstumshemmnisse

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in Österreich größere „strukturelle Wachstumsdellen“¹⁹⁵ verursacht. Angesichts der globalen und demografischen Herausforderungen sowie der bereits vor der Krise existierenden strukturellen Wachstumsengpässe, wurde im Auftrag der Europäischen Kommission vom ECOFIN-Rat am 8. Juni 2010 ein Dokument veröffentlicht, das für Österreich fünf makrostrukturelle Wachstumshemmnisse für die Wirtschaft identifiziert.¹⁹⁶

1. Kombination von fiskalpolitischer Konsolidierung mit einer Umschichtung öffentlicher Ausgaben in Richtung wachstumsfördernder Bereiche; Fiskalbeziehungen zwischen den verschiedenen Regierungsebenen.

Eine Reduktion von Ineffizienzen, die aufgrund der Komplexität der verschiedenen Regierungsebenen im Bereich der Finanzbeziehungen bestehen, könnten die öffentlichen Finanzen wieder auf einen nachhaltigen Pfad bringen und neue Ressourcen für Investitionen im FuE-Bereich sowie für den Bildungsbereich bringen.

2. Sicherstellung eines gut funktionierenden und stabilen Finanzsektors, der die Bedürfnisse der Realwirtschaft abdeckt.

Dass der Staat im Sog der Finanzkrise finanziell einspringen musste, zeigt deutlich, dass die Rahmenbedingungen für einen gesunden, nachhaltigen Finanzsektor neu geschaffen werden müssen. Zudem müssen grenzüberschreitende Geschäfte österreichischer Banken einem Monitoring unterliegen.

3. Stärkung der Binnennachfrage

Politische Rahmenbedingungen, die Strukturreformen ermöglichen sowie die Erhöhung des Konsums und privater Investitionen erstreben, werden der Schlüssel zu einem langfristigen Wirtschaftswachstum sein.

4. Weitere Erhöhung der Teilnahme am Arbeitsmarkt

Die weitere Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von älteren Arbeitnehmern bleibt eine wichtige Herausforderung für Österreich. Darüber sollte zusätzliches Arbeitsangebot durch Aktivierung von Arbeitnehmern kommen, die derzeit durch negative Anreize vom Arbeitsmarkt abgehalten werden.

¹⁹⁴ Ebd., 34

¹⁹⁵ Ebd., 3

¹⁹⁶ Siehe hierzu: ECOFIN 2010

5. Sicherstellung eines stärkeren Beitrags des Bildungssystems für das Humankapital und Verstärkung der Innovationskapazität, um Investitionen zu fördern

Die Reform des Bildungssystems auf allen Ebenen und die Erhöhung der Anzahl der Absolventen im Bereich Naturwissenschaft und Technik würde Österreich helfen, den relativ hohen Anteil an FuE-Ausgaben auch in ein Upgrading der Produktionsstruktur in Richtung High-Tech-Güter und Dienstleistungen zu bringen.¹⁹⁷

Die Bundesregierung reagiert auf die oben angeführten Wachstumshemmnisse mit folgenden Maßnahmen.

5.3.1. Budgetkonsolidierung

Öffentliche Finanzen sind elementare Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zur Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion. Zudem können sie den wirtschaftlichen Handlungsspielraum ausbauen. Deshalb bemüht sich Österreich um eine konsequente Senkung des gesamtstaatlichen Budgetdefizits auf unter 3% des BIP bis 2013 und strebt längerfristig einen über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalt zur Sicherstellung der finanziellen Nachhaltigkeit an. Die zentrale Grundlage stellt hierbei die im Jahr 2009 verabschiedete erste Etappe der Haushaltsrechtsreform dar.

Die Ausgabenobergrenzen für die einzelnen Kategorien wurden dabei bereits im Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG) (i.e. des mittelfristigen Ausgabenrahmens des Bundes und der konsequenten Umsetzung der Haushaltsrechtsreform) im Mai 2010 festgelegt, dadurch wurde auch die Stärkung der Qualität der öffentlichen Finanzen, im Sinne der Forcierung wichtiger Zukunftsaufgaben, gestärkt.¹⁹⁸

Weiters beschloss das österreichische Parlament einstimmig das Bundeshaushaltsgesetz 2013 und damit die zweite Etappe der Haushaltsrechtsreform.

Neben den Konsolidierungsmaßnahmen sollen strukturelle Reformen angegangen werden, um auf lange Sicht das Budget zu entlasten. Zudem verspricht das österreichische Reformprogramm die Qualität der öffentlichen Verwaltung zu verbessern.

Die Effizienz staatlicher Leistungserstellung soll auf allen Ebenen nachhaltig erhöht werden. Die Produktivitätsfortschritte sind im Sektor zu nutzen, um eine kosteneffiziente Verwaltung und hochwertige Dienstleistungen sicherzustellen und auszubauen. Der Personalstand des Bundes wird weiter konsolidiert. Grundlage für die ressortspezifischen

¹⁹⁷ ECOFIN 2010, 5f

¹⁹⁸ Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 3

Personaleinsparungen ist die halbe Pensionsquote unter Berücksichtigung spezieller Erfordernisse.¹⁹⁹

Auch die Qualität der Staatsausgaben gilt neben der Budgetkonsolidierung als weiteres zentrales Ziel der österreichischen Budgetpolitik. Bildung und Forschung, Technologie und Innovation sollen in der Konsolidierungsstrategie bevorzugt behandelt werden. Darüber hinaus sollen die Ausgaben für Innere Sicherheit sowie für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen weniger zurückgenommen werden als in anderen Politikbereichen.

Auf der Einnahmenseite soll verstärkt auf die Auswirkungen von Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Umwelt und Klimaschutz sowie Verteilung und den Wirtschaftsstandort geachtet werden. Auch Länder und Gemeinden sollen ihren Beitrag zur Konsolidierung des Budgets leisten. Schlussendlich will die Bundesregierung auch den bestehenden Nationalen Stabilitätspakt zur Erreichung der gesamtstaatlichen Haushaltsziele überarbeiten.²⁰⁰

Für die Durchführung der mittelfristigen Budgetkonsolidierung ist eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen notwendig, die im Rahmen der Erstellung des Bundesfinanzgesetz-Entwurfs für 2011 beschlossen werden sollen (siehe hierzu Abbildung 9: „Ergebnisse der Regierungsklausur vom 22./23. Oktober 2010“ im Anhang).

5.3.2. Stärkung des Finanzsektors

Die Krise hat auf dem österreichischen Finanzsektor tiefe Spuren hinterlassen. Zwar war anfangs die Auswirkung auf österreichischen Banken und Versicherungen aufgrund ihres im internationalen Vergleich geringen Engagements in strukturierte Produkte gering. Die „Zweitrundeneffekte“²⁰¹ aufgrund des rasanten Konjunkturabschwungs haben den österreichischen Banksektor jedoch mit voller Härte getroffen. Massive Abschreibungen - insbesondere bei Banken, die in CEE-Ländern operieren – sind zu einem Gutteil bereits erfolgt.

Nachdem mit dem „Bankenhilfspaket“ sukzessive die Stabilität des Finanzsektors gesichert werden konnte, wird dieses, ohne dass die freien Rahmen überhaupt zur Gänze ausgeschöpft werden mussten, nun laufend und unter Bedachtnahme auf die Wiederherstellung eines wachstumsfördernden Finanzsektors redimensioniert bzw. erfolgt

¹⁹⁹ Ebd., 3

²⁰⁰ Vgl. ebd., 3f

²⁰¹ Ebd., 4

ein Abbau der Garantieübernahmen. In Stresstests hat sich außerdem gezeigt, dass das österreichische Bankensystem bestehende Kapitalausstattungserfordernisse erfüllt.²⁰²

Dort, wo der Staat Eigentumsanteile erworben hat, soll eine Umstrukturierung und Neuausrichtung dieser Banken erfolgen, damit der Staat das Unternehmen oder dessen Einzelteile verkaufen und für den Verkauf auch einen entsprechenden Ertrag erzielen kann. In Hinblick auf das Engagement österreichischer Kreditinstitute in Osteuropa sollen zur Sicherstellung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden die Einrichtungen sogenannter „Colleges“ für alle grenzüberschreitend tätigen Banken eingerichtet werden. Der österreichische Finanzsektor soll jedenfalls weiterhin ein verlässlicher Partner in der Region bleiben. Fremdwährungskredite unterliegen ferner einem verstärkten Monitoring und werden laufend zurückgeführt.²⁰³

5.3.3. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Binnennachfrage

Für die kleine, offene Volkswirtschaft Österreichs ist die externe Wettbewerbsfähigkeit von immenser Bedeutung. Die Republik hat in den letzten zehn Jahren recht erfolgreich auf die Öffnung ihrer Wirtschaft gesetzt und konnte, im Gegensatz zu früheren Perioden, solide Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaften. Die engen Verflechtungen mit der deutschen Wirtschaft haben die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs noch zusätzlich unterstützt.

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich der private Konsum in Österreich nicht zuletzt aufgrund wirtschaftspolitischer Reaktionen wie der vorgezogenen Steuerreform, dem Ausbau der Familienunterstützung und höheren Lohnabschlüssen in den Jahren 2008 und 2009 als stabilisierendes Element behauptet. Insgesamt wird mehr Einkommen und damit mehr Binnennachfrage entstehen, wenn in einer wachsenden Wirtschaft mehr Menschen Beschäftigung finden, länger Beschäftigung haben können sowie, wenn die Reallöhne und –gehälter am mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt partizipieren.²⁰⁴

Zudem soll die Wettbewerbsintensität in einigen Teilen der Wirtschaft gestärkt werden, um Innovation und Produktion zu fördern sowie die Kaufkraft zu erhöhen. Über weitere Verbesserungen des Unternehmensumfelds, entsprechende Anreizmechanismen und

²⁰² Ebd., 5

²⁰³ Vgl. ebd. 4f

²⁰⁴ Ebd., 6

geringerer Verwaltungsaufwand sollen zusätzlich die Investitionstätigkeit und die Gründungsdynamik erhöht werden.

5.3.4. Erhöhung der Erwerbsbeteiligung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat vorübergehend zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitskräftenachfrage in Österreich geführt. Die nationale Beschäftigungsquote der 20 bis 64-Jährigen von 74,7% im Jahr 2009²⁰⁵ ist im europaweiten Vergleich dennoch im oberen Feld angesiedelt und liegt schon knapp am gesamteuropäischen Kernziel von 75%. Hinsichtlich der demographischen Veränderungen gilt es für Österreich das Arbeitskräftepotential weiter zu stärken sowie die Arbeitslosigkeit weiterhin zu reduzieren, um wiederum Armut und soziale Ausgrenzung zu senken. Bei Frauen sowie bei den Gruppen der älteren Arbeitnehmer und der Niedrigqualifizierten besteht ein kräftiges Potential für eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung.

Ein wesentliches Ziel der Wirtschaftspolitik muss es daher sein, insbesondere Frauen und jene Personengruppen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die bislang zum Teil nur erschwert Zugang gefunden haben bzw. zu rasch und zu früh aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Optimierte Rahmenbedingungen sollen die Teilnahme am Erwerbsprozess ermöglichen bzw. attraktiver gestalten, sowie insbesondere auch die Betroffenheit und die Dauer von Arbeitslosigkeit reduzieren. Durch bessere Rahmenbedingungen für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben, die Verankerung des Lebenslangen Lernens über die gesamte Erwerbslaufbahn, Maßnahmen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, der Gesundheit sowie eine aktivierende, zielorientierte, effiziente Arbeitsmarktpolitik wird eine Balance zwischen angebotenen und nachgefragten Fähigkeiten sowie ein höchstmögliches Beschäftigungsniveau anvisiert.²⁰⁶

Zudem sollen strukturelle Verbesserungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Erhöhung der Beschäftigung beitragen.²⁰⁷

5.3.5. Wissensbasierung und Innovation im globalen Wettbewerb

Die Bedeutung des Wissensdreiecks Bildung-Forschung-Innovation für die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortqualität einer Ökonomie sowie für die Bewältigung der kommenden großen Herausforderungen („Grand Challenges“) wie z.B. Globalisierung, Demographie und Klimawandel ist unbestritten. Österreich hat seine Performance in

²⁰⁵ Laut Eurostat. Das WIFO errechnet mit gleicher Methode für die größere Gruppe der 15 bis 64-Jährigen (Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) eine Beschäftigungsquote 71,6% (2009) bzw. 71,8% (2010). Vgl. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=t2020_10 (23.12.2010) bzw. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2010d, 11

²⁰⁶ Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 6

²⁰⁷ Vgl. Ebd. 5f

Forschung, Technologie und Innovation in den vergangenen beiden Jahrzehnten beeindruckend verbessert. Der Aufholprozess war von einer markanten Steigerung der Forschungsintensität im gesamten Innovationssystem gekennzeichnet.²⁰⁸

Die Forschungsquote erhöhte sich innerhalb der vergangenen Dekade von 1,94% im Jahr 2000 auf 2,79% des BIP im Jahr 2010.²⁰⁹ Im Nationalen Reformprogramm wird bekräftigt, dass auch im Bildungsbereich in den letzten Jahren wichtige Akzente für mehr Qualität an Schulen gesetzt wurden.²¹⁰ Jedenfalls findet derzeit eine intensive, politisch aufgeladene Diskussion auf politischer und medialer Ebene im Zusammenhang mit Reformen im Bildungsbereich statt. Man hofft dadurch auf eine mittelfristige Verbesserung des Bildungssystems. Österreich, als kleine, offene Volkswirtschaft, muss sich seiner Aufgaben für größere Wettbewerbsfähigkeit und der unerlässlichen Ausrichtung hin zu Produkten mit besserer Qualität im globalen Wettbewerb bewusst sein und versuchen, nachhaltige und zielorientierte Reformen umzusetzen.

In Abstimmung mit den entsprechenden Kernzielen der Europa 2020-Strategie soll über eine fokussierte Bildungs-, IKT-²¹¹ und FTI-Politik²¹² das Innovationspotential der österreichischen Wirtschaft verbreitert, gestärkt und das wissensbasierte Wachstum deutlich dynamischer werden.²¹³

Ansatzpunkte sollen jene Maßnahmen sein, die im Einklang mit dem Budgetrahmen und (der in Ausarbeitung stehenden) FTI-Strategie einen im gesamtwirtschaftlichen Kontext bestmögliche Wirkung hervorrufen. Außerdem müssen die Qualitätsaspekte der Aus- und Weiterbildungssysteme verbessert werden, um es einer gut ausgebildeten Bevölkerung zu ermöglichen, *„rasch und effektiv technische, organisatorische, klima- und ressourcenschonende sowie soziale Innovationen durchzuführen.“*²¹⁴

5.4. Das österreichische Reformprogramm 2010

Die Europa 2020-Strategie sieht vor, dass jeder Mitgliedstaat bis spätestens Ende April jeden Jahres sein Nationales Reformprogramm gemeinsam mit dem Stabilitäts- und

²⁰⁸ Ebd., 4

²⁰⁹ Vgl. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=t2020_20 (23.12.2010)

²¹⁰ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 5

²¹¹ Siehe hierzu: <http://www.internetoffensive.at/> (23.12.2010)

²¹² Siehe hierzu: <http://www.bmvit.gv.at/ministerium/bures/programm/fti.html> (23.12.2010)

²¹³ Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 5

Konvergenzprogramm der Kommission vorlegt. Diese beiden Programme sind die zentralen Bausteine des sogenannten „Europäischen Semesters“, welches erstmals mit Jahresbeginn 2011 beginnt (siehe hierzu Abbildung 8: „Das Europäische Semester“ im Anhang). Für die Übergangszeit bis zum erstmaligen Start des Europäischen Semesters hat die Europäische Kommission die Mitgliedsländer gebeten, einen Entwurf des Nationalen Reformprogramms bis 12. November 2010 zu übermitteln.²¹⁵ Die Struktur des Programms solle sich nach einer Vorgabe der Kommission richten.²¹⁶

Die österreichische Bundesregierung bemühte sich um eine „möglichst ambitionierte Umsetzung“²¹⁷ der fünf Europa 2020-Kernziele in nationale Ziele. Am 5. Oktober 2010 wurden die nationalen Ziele vom Ministerrat verabschiedet. Da manche Details erst im Zuge der Budgetverhandlungen fixiert werden konnten, die erst im Dezember 2010 abgeschlossen waren, wird erst im endgültigen Nationalen Reformprogramm Mitte April 2011 eine umfassende Information über die Reformvorhaben und deren Ablauf vorgelegt werden.²¹⁸

5.4.1. Ad Kernziel Beschäftigung

Die Kommission gibt als erstes Kernziel der Europa 2020-Strategie als Orientierungsmarke für die Mitgliedstaaten vor, dass im Jahr 2020 75% der 20- bis 64-Jährigen Frauen und Männern beschäftigt sein sollen. Österreich strebt eine deutlich höhere Beschäftigungsquote von 77 bis 78% an.²¹⁹ Die Bundesregierung plant drei konkrete Maßnahmen.

Erstens soll der Fokus insbesondere auf einer deutlich stärkeren Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer gelegt werden. Dieses Ziel soll in erster Linie durch die Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters erreicht werden. Die Arbeitsmarktintegration zählt zu den Prioritäten der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik Österreichs. In den letzten Jahren wurden diverse Maßnahmen umgesetzt, die Anreize für ältere Arbeitnehmer

²¹⁴ Ebd., 5

²¹⁵ Vgl. Europäische Kommission 2010g, 8

²¹⁶ Siehe hierzu: Europäische Kommission 2010f

²¹⁷ Interview mit Dr. Andreas Lernhart am 22.07.2010

²¹⁸ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 6f

²¹⁹ Vgl. ebd., 7

schaffen sollten, länger in Beschäftigung zu bleiben.²²⁰ Man konnte hier durchaus Erfolge verzeichnen.

Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer konnte von 28,8% im Jahr 2004 auf 41,1% im Jahr 2009 (lt. Eurostat) kontinuierlich angehoben werden. Sie liegt aber immer noch deutlich unter dem EU-27 Durchschnitt von 46,0% (2009). Es besteht aber Einvernehmen, dass diese Maßnahmen im Zusammenhang mit der Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters in den kommenden Jahren laufend weiter entwickelt und ausgebaut werden sowie im Bereich Erwachsenenbildung ergänzt werden.²²¹

Ergänzend notwendig sei auch ein Policy-Mix aus Beschäftigungs- und Weiterbildungsanreizen sowie erfolgreichen Instrumenten der Arbeitsmarktintegration.

Zweitens soll Augenmerk auf die Beschäftigung der Frauen gelegt werden. Die Quote liegt zwar mit 69,4% (2009) deutlich über dem EU-Durchschnitt von 62,5% (2009), dennoch hat Österreich in einigen Punkten Handlungsbedarf. Der nationale Aktionsplan zur Gleichstellung von Mann und Frau sieht eine Diversifizierung von Ausbildungswegen und Berufswahl, eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und der Vollzeitbeschäftigung von Frauen, eine Anteilssteigerung von Frauen in Führungspositionen sowie eine Verringerung der teils massiven Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen vor. Hierzu werden folgende Rahmenvoraussetzungen geschaffen: die Bereitstellung qualitativ hochwertiger und leistbarer Kinderbetreuung, die Verbesserung der Integration von Wiedereinsteigerinnen sowie Besserungen bei der Altenpflege. Die Bundesregierung strebt daher an, die Hälfte der im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehenden Mittel zur Förderung der Gleichstellung am Arbeitsmarkt einzusetzen.²²²

Drittens liegt das Hauptaugenmerk auf der Arbeitsmarktbeschäftigung von Jugendlichen, Personen mit Migrationshintergrund und Niedrigqualifizierten. Österreichs Jugendarbeitslosigkeit ist mit 10% (2009) nur etwa halb so hoch wie der EU27-Durchschnitt, allerdings hat sie sich in den vergangenen zehn Jahren quasi verdoppelt. Die Beschäftigungsquote der Niedrigqualifizierten im Alter von 20 bis 64 Jahren lag 2009 mit 22,5% unter dem österreichischen Durchschnitt.²²³

²²⁰ Z.B. Entfall des AIV-Beitrages für Ältere, Kombilohn-Neu, „Active-Ageing“ Schwerpunkt im Rahmen des ESF und Reform der Altersteilzeit.

²²¹ Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 7

²²² Vgl. ebd., 7

²²³ Vgl. ebd., 8

Die Erhöhung der Beschäftigung, insbesondere der qualifizierten Beschäftigung von Jugendlichen, soll weiter durch den intensiven Einsatz von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und Maßnahmen wie der Ausbildungsgarantie erzielt werden.²²⁴

Die Herausforderungen für Österreich liegen in einer besseren Integration von Jugendlichen, Geringqualifizierten, Wiedereinsteigern, Alleinerziehern, Menschen mit Behinderungen, Migranten und Sozialhilfebeziehern in den Arbeitsmarkt. Überdies will sich die Bundesregierung auch für bessere Qualität der Arbeitsplätze einsetzen. All diese Maßnahmen sollen dazu dienen, *„das langfristige Wachstumspotential der österreichischen Volkswirtschaft angesichts einer zunehmend alternden Bevölkerungsstruktur abzusichern, die Beschäftigung zu erhöhen und finanzielle Nachhaltigkeit sicherzustellen.“*²²⁵

5.4.2. Ad Kernziel Forschung und Entwicklung

Bis zum Jahr 2020 soll die Forschungs- und Entwicklungs-Quote auf 3,76% des BIP ansteigen. Die Aufwendungen sollen dabei mindestens zu zwei Dritteln von privater Seite getragen werden.²²⁶ Die österreichische Bundesregierung plant in diesem Bereich drei Maßnahmen.

Erstens: Um die Innovationskraft und somit das Wachstumspotential zu erhöhen, sollen Unternehmen weiterhin über effektive Anreize, angemessene Rahmenbedingungen und mehr Wettbewerb zu Forschung und Entwicklung motiviert werden.

Die Herausforderung liegt darin, mit den eingesetzten Mitteln eine maximale Hebelwirkung auf die F&E-Ausgaben von Leitbetrieben ebenso wie von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) zu erzeugen. Konkret werden insbesondere Gründung und Wachstum von technologiebasierten, wissensintensiven und innovativen Unternehmen sowie die Ansiedelung forschungsintensiver Unternehmen aus dem Ausland unterstützt.²²⁷

Die zielgerichtete Förderung der Forschung in den KMU sowie in den technologiepolitisch wichtigen Großbetrieben ist ein ganz zentrales Ziel im FuE-Bereich. Zudem soll die Breite der Innovationsbasis erhöht werden, indem man die Anzahl der systematisch FuE betreibenden Unternehmen steigert. Zusätzlich möchte die Regierung die Wissens- und

²²⁴ Ebd., 8

²²⁵ Ebd., 7

²²⁶ Vgl. ebd., 8

²²⁷ Ebd., 8

Innovationsintensität der österreichischen Produkt- und Dienstleistungsstruktur, die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft sowie die internationalen FuE-Kooperationen forcieren. Die Stärkung der Innovationskraft wird auch auf Ebene der Regionalpolitik unterstützt.²²⁸

Zweitens: Da die österreichische Grundlagenforschung im internationalen Vergleich lediglich im Mittelfeld liegt, wird im Rahmen der FTI-Strategie²²⁹ des Bundes ein Maßnahmenbündel zur Stärkung diskutiert. Hierzu sollen die Rahmenbedingungen für Forschungsgruppen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen derart ausgestaltet werden, dass sie im globalen Wettbewerb mithalten können.

Drittens: Breitbandnetze bilden bekanntlich eine Stütze der Informationsgesellschaft. Im Frühjahr 2010 wurde das „Kompetenzzentrum Internetgesellschaft“ errichtet, das der Bundesregierung Anfang 2011 eine erste (und in der Folge dann regelmäßig zu erstellende) Prioritätenliste vorlegen, mit der konkrete Schritte zur Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie in Österreich vorgestellt werden. So soll schließlich eine klare, umfassende Koordinierung der österreichischen IKT-Politik erreicht werden.²³⁰

5.4.3. Ad Kernziel Klimaschutz und Energie

Die Zielsetzung Österreichs ist äußerst ambitioniert:

- 16% Treibhausgasreduktion gegenüber dem Niveau des Jahres 2005 in den Nicht-Emissionshandelssektoren
- 34% Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch
- Stabilisierung des Endenergieverbrauchs auf dem Niveau des Basisjahres 2005²³¹

Das Reduktionsziel von Treibhausgasen um 21% gegenüber dem Niveau des Jahres 2005 im Emissionshandelssektor ist ein unionsweites Ziel, zu dessen Erreichung Österreich beitragen will. Die „Energiestrategie Österreich“²³² ist ein wissenschaftlich evaluierter Weg, der zeigt, wie eben dieser Beitrag Österreichs aussehen könnte. Hinsichtlich des

²²⁸ Vgl. ebd., 8f

²²⁹ Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung hat in seiner Funktion als Beratungsorgan der österreichischen Bundesregierung für den Zeitraum bis 2020 Empfehlungen und Vorschläge für forschungs-, technologie- und innovationspolitische (FTI-) Strategien ausgearbeitet. Vgl. <http://www.forschungsstrategie.at/de/Prozess> (10.12.2010)

²³⁰ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 9

²³¹ Ebd., 9

²³² Siehe hierzu: <http://www.energiestrategie.at/> (10.12.2010)

Energieeffizienzziels macht die „Energierategie Österreich“ anschaulich, dass die beiden erstgenannten Ziele umso leichter zu erreichen sind, je effizienter die Bereitstellung und Nutzung von Energie erfolgt. Die Steigerung der Energieeffizienz soll zudem auch die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft unterstützen, die Kosteneffizienz der Maßnahmen sicherstellen und freilich so gestaltet sein, dass die *„Wachstumskräfte in Richtung nachhaltiger, kohlenstoffarmer Wirtschaft gestärkt werden und die soziale Verträglichkeit der Maßnahmen gewährleistet wird.“*²³³ Außerdem wird gemäß der EU-Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ der Fokus auf den effizienten Umgang mit Ressourcen und den absoluten Ressourcenverbrauch gelegt. *„Damit soll der Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft unterstützt, die Nutzung erneuerbarer Energieträger und die Energieeffizienz gefördert sowie das Verkehrswesen modernisiert werden.“*²³⁴

Von österreichischer Seite sind vier konkrete Maßnahmen geplant. Einerseits muss Österreich gemäß einer EU-Richtlinie²³⁵ seinen Anteil für erneuerbare Energie am Bruttoendenergieverbrauch bis 2020 auf 34% erhöhen.²³⁶ Entsprechend dieser Richtlinie hat die österreichische Bundesregierung fristengerecht seinen nationalen Aktionsplan für das Jahr 2010 der Europäischen Kommission vorgelegt.²³⁷

Weiters ist Österreich gemäß dem EU-Klima- und Energiepaket verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen in Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, bis 2020 um mindestens 16% gegenüber 2005 zu reduzieren. Die größten sektoralen Verursacher von Treibhausgasen außerhalb des Emissionshandels in Österreich sind der Verkehr sowie der Bereich Raumwärme und Warmwasser in Gebäuden. Den Verkehr will man durch nachhaltige Verkehrsverlagerung, Bewältigung übermäßigen Verkehrsaufkommens sowie mit Elektromobilität und Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel regulieren. Im Gebäudebereich wird auf thermische Sanierung, Niedrigstenergie- und Passivbauweise sowie auf erneuerbare Energieträger wie Biomasse oder Solarenergie gesetzt. Außerdem regt die Bundesregierung die Schaffung von so

²³³ Bundeskanzleramt Österreich 2010, 10

²³⁴ Ebd., 10

²³⁵ Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (2009/28/EG).

²³⁶ Im Basisjahr 2005 betrug dieser Anteil 24,4 %. 2008 erreichte Österreich bereits 28,8 %. Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 10

²³⁷ Siehe hierzu: http://ec.europa.eu/energy/renewables/transparency_platform/action_plan_en.htm (10.12.2010)

genannten „green jobs“ an und will die Nachfrage nach grünen Produkten, Technologien und Dienstleistungen steigern.²³⁸

In Umsetzung der „Energierategie Österreich“ sollen in den kommenden Jahren Energieeffizienz- und Einsparmaßnahmen umgesetzt werden, um die Kosteneffizienz des Energiesystems zu gewährleisten und die umweltpolitischen Zielsetzungen zu erreichen. Forschungsprogramme sollen die Verwirklichung des nationalen Aktionsplans für erneuerbare Energien sowie des nationalen Energieeffizienzaktionsplans unterstützen.

Schließlich will Österreich mit Akteuren der Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie mit den Bundesländern eng kooperieren, um gemeinsame Leitmaßnahmen und -instrumente zu entwickeln und die Zielerreichung der Ressourceneffizienz zu forcieren. Die Fertigstellung eines angemessenen Aktionsplans ist für Anfang 2011 anvisiert. Gleichzeitig sollen Produktions- und Konsummuster in Richtung Nachhaltigkeit gelenkt werden.²³⁹

5.4.4. Ad Kernziel Bildung

Bis zum Jahr 2020 soll die österreichische Schulabbrecherquote auf 9,5% gesenkt werden sowie der Anteil der 30-34-Jährigen, die über einen Hochschulabschluss oder einen „gleichwertigen postsekundären Abschluss (ISCED 4a)“²⁴⁰ verfügen, auf 38% erhöht werden (siehe hierzu Abbildung 3: „Bildungsabschlüsse im Tertiärbereich“ im Anhang). Die österreichische Bundesregierung plant zur Erreichung dieser Ziele vier zentrale Maßnahmen.

Erstens soll die Bildungsbeteiligung im Sekundär- und Tertiär-Bereich und vor allem die Mobilität im tertiären Sektor erhöht werden. Wesentlich in der Zukunft der Hochschulbildung wird die vorgelagerte Studienwahl sein, das Angebot zur Vorbereitung auf das Studium soll grundlegend verbessert werden. Für eine bessere Abstimmung des tertiären Bildungsangebots ist weiters die Entwicklung eines österreichischen Hochschulplanes vorgesehen.²⁴¹

²³⁸ Ein erster Ansatz ist die seit 1. März 2011 bis 2014 laufende Förderungsaktion von Baumaßnahmen, die eine thermische Sanierung oder den Umstieg auf erneuerbare Energien vorsehen.

²³⁹ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 11

²⁴⁰ Ebd., 11

²⁴¹ Vgl. ebd., 11f

Zweitens soll die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen naturwissenschaftlich-technischer Studienrichtungen massiv gefördert werden, da Österreich in diesem Bereich einen relativ geringen Anteil aufweist. Hierzu wurde die Informationsoffensive „MINT“ gestartet, die zu den Studienmöglichkeiten in den Fachbereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik informieren soll.²⁴² Zusätzlich sollen Programme zur Frühförderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gestartet werden, um Schülerinnen und Schüler aktiv in den Forschungsprozess einzubeziehen, das Interesse an Naturwissenschaft und Technik zu wecken und schließlich die Berufs- bzw. Studienwahl zu erleichtern.²⁴³

Drittens sind die Steigerung der Chancengerechtigkeit und die Anhebung des Qualifikationsniveaus zentrale Ziele der strukturellen Reformen im Bereich Bildung. Das Beenden der Bildungskarriere ohne Abschluss senkt die Beschäftigungschancen beträchtlich und kann zu sozialer Ausgrenzung führen. Es sollen besonders Menschen mit Migrationshintergrund und Personen aus schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen gefördert werden. Eine Vielzahl an entsprechenden Maßnahmen, die einem frühzeitigen Schulabbruch entgegen wirken, wurde bereits eingeleitet.²⁴⁴ Schwerpunkte hierbei sind intensiverte Bildungs- und Berufsberatung und niederschwellige Angebote zum Nachholen von Bildungsabschlüssen. Auch die Neue Mittelschule ist eine zentrale Strukturmaßnahme, die der frühen Trennung im Alter von zehn Jahren entgegenwirkt und individuelle Förderung der persönlichen Begabungen ermöglichen soll. Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds werden ebenfalls Mittel eingesetzt, um Schülerinnen und Schüler mit starken Defiziten, vor allem sprachlicher Natur, im Ausbildungssystem zu halten. Die Teilnahme an der Übergangsstufe dient zur Erfüllung der Schulpflicht auf der neunten Schulstufe, ein positiver Abschluss berechtigt zum Eintritt in weiterführende Schulen. Schulsozialarbeit sowie verstärkter Einsatz von Beratungs- und Lehrpersonal sollen die Förderungsmaßnahmen komplettieren.²⁴⁵

Der vierte und letzte Punkt des Maßnahmenbündels im Bereich Ausbildung widmet sich der Attraktivität, Qualität und Durchlässigkeit der beruflichen Bildung. Sie trägt maßgeblich zu intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum, das in der Europa

²⁴² Siehe hierzu: <http://mint.bmwf.gv.at/content/about.php> (12.12.2010)

²⁴³ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 11

²⁴⁴ Siehe hierzu: <http://www.bmukk.gv.at/schulen/sb/schulabbruch.xml> (12.12.2010)

²⁴⁵ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 12f

2020-Strategie angestrebt wird, sowie zum Erreichen des Kernziels Bildung bei. Die Qualitätsinitiative Berufsbildung (QIBB) hat die Implementierung und Weiterentwicklung eines umfassenden Qualitätsmanagementsystems zum Ziel und wird weiterhin fortgesetzt.²⁴⁶

5.4.5. Ad Kernziel Armutsbekämpfung und Verminderung sozialer Ausgrenzung

Das österreichische Reformprogramm schreibt folgende Zielsetzung vor:

In der nationalen Umsetzung bis zum Jahr 2020 wird ein Beitrag zum EU-Ziel, erfasst durch die drei Indikatoren Armutsgefährdung, materielle Deprivation und Erwerbslosenhaushalt, in der Höhe von 235.000 Personen angestrebt. Die Erreichung des Ziels zur Verminderung des Risikos für Armut und soziale Ausgrenzung sowie des Beschäftigungsziels stehen in enger Verbindung. Der Fokus liegt daher auf Beschäftigungssteigerung und auf der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, insbesondere auch von erwerbsfähigen, arbeitsmarktfernen Personen, sowie auf der Verbesserung der Qualität der Jobs.²⁴⁷

Besonderes Augenmerk will die österreichische Regierung darauf legen, dass die finanziellen Anreize für eine Beschäftigungsaufnahme und in einen Verbleib in der Beschäftigung richtig gesetzt werden. Die zwei geplanten Maßnahmen in diesem Politikfeld fokussieren dabei vor allem auf Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Kinder und verschuldete Haushalte sowie mittelfristig auch stark von Armut betroffene Gruppen.

Erstens stehen der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die ganztägige Betreuung im schulischen Bereich auf der Liste, um insbesondere Alleinerziehende zu entlasten. Mit der Einführung des verpflichtenden, kostenlosen letzten Kindergartenjahres²⁴⁸ sei bereits ein „*wesentlicher Schritt zur leichteren Vereinbarkeit von Beruf und Familie*“²⁴⁹ gesetzt worden. Mit dieser Maßnahme soll insbesondere Kindern aus bildungsfernen Schichten sowie solchen mit Migrationshintergrund der Spracherwerb und somit der Übertritt in die Volksschule erleichtert werden.

Zweitens soll die geringe Erwerbsbeteiligung armutsgefährdeter Gruppen, wie beispielsweise Personen mit Behinderungen oder geringer Qualifikation, im erwerbsfähigen Alter korrigiert werden. Im Rahmen des Integrationsschwerpunktes für

²⁴⁶ Vgl. ebd., 13

²⁴⁷ Ebd., 13

²⁴⁸ Diese Maßnahme trat mit 1. September 2010 in Kraft.

Behinderte ist gemäß der Vereinbarung des Bundes und der Länder erhöhter Interventionsbedarf vorgesehen. Zudem wird eine Verbesserung der Qualität der Jobs angestrebt. Mit der Umsetzung der bundesweiten, bedarfsorientierten Mindestsicherung²⁵⁰ sei bereits ein erster Schritt in Richtung Vermeidung und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie Unterstützung beim Einstieg oder Wiedereinstieg in das Erwerbsleben getan.²⁵¹

5.4.6. Ad Wettbewerb und Unternehmen

Die Schwerpunkte des österreichischen Reformprogramms im Bereich Wettbewerb liegen *„auf der Verbesserung des Finanzierungszugangs heimischer Klein- und Mittelbetriebe, auf der Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sowie der Wettbewerbsfähigkeit und der Standortattraktivität, der Reduzierung der Verwaltungslasten und der Stärkung der Exportwirtschaft.“*²⁵² Wettbewerb unterstützt in einer Marktwirtschaft eine effiziente Allokation der Ressourcen. Die Bundesregierung plant drei zentrale Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verstärken sowie die Innovationsanstrengungen zu intensivieren. Erstens sieht das Regierungsprogramm die Stärkung der Bundeswettbewerbsbehörde sowie eine Reform auf Behördenebene vor, um bestmögliche Synergien der Wettbewerbsbehörden im Hinblick auf das europäische Umfeld zu erzielen. Die erfolgreiche Vollziehung des Wettbewerbsrechts hängt nämlich von schlagkräftigen Institutionen ab.²⁵³

Zweitens soll die Gründungsdynamik mit Förderprogrammen unterstützt werden, um die Attraktivität der österreichischen GmbH im nationalen und internationalen Wettbewerb der Rechtsnormen zu stärken. Darüber hinaus sollen die Kosten bestimmter einfacher Gründungen von Einpersonengesellschaften durch natürliche Personen beträchtlich reduziert werden.²⁵⁴

Drittens soll die angespannte Situation der österreichischen Exportwirtschaft thematisiert werden, die Unterstützung der Außenwirtschaft soll weiterhin massiv vorangetrieben werden. Die grundsätzliche Konzeption der Internationalisierungsoffensive, die auf eine

²⁴⁹ Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 14

²⁵⁰ Die Mindestsicherung wurde ebenfalls per 1. September 2010 umgesetzt.

²⁵¹ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 14

²⁵² Ebd., 14

²⁵³ Ebd., 14

²⁵⁴ Vgl. ebd., 14f

umfassende Strukturveränderung abzielt, und die bisher gesetzten Maßnahmen der Regierung sollen fortgesetzt werden. Ein Schwerpunkt der österreichischen Exportwirtschaft soll die bisher mangelnde Exportausrichtung in aufstrebende Schwellenländer korrigieren. Neben den BRICS-Ländern werden die Schwarzmeerregion, Zentralasien und die Türkei Schlüsselrollen spielen, weil sie zu den schnell wachsenden Märkten gehören und dort Österreichs Exportpotential groß ist. Der Erhöhung des Technologiegehalts an österreichischen Exporten kommt dabei zunehmend strategische Bedeutung hinzu.²⁵⁵

²⁵⁵ Vgl. ebd., 15

6. Meinungen aus Österreich über die Europa 2020-Strategie

6.1. Experteninterviews

Eine der zentralen Methoden für den Erkenntnisgewinn der vorliegenden Arbeit waren qualitative Experteninterviews. Es wurden insgesamt elf Personen zum Thema „Österreich und die Europa 2020-Strategie“ vom Autor befragt, die aufgrund ihrer Stellung in einer Institution an Forschung oder Entscheidungsprozessen im Rahmen von Europa 2020 beteiligt sind. Bevorzugt wurden die Interviewpartner aufgesucht und persönlich interviewt, die Fragen wurden hierbei vorab bekanntgegeben. War aus terminlichen oder örtlichen Gründen keine persönliche Befragung möglich, so wurden die oben aufgeführten Fragen im Rahmen einer Mail-Korrespondenz beantwortet.

Die Fragen orientierten sich an den eingangs beschriebenen Forschungsfragen und waren relativ offen gestellt. Der Interviewleitfaden sollte ein themenfokussiertes Gespräch in Gang bringen, nicht aber – mehr oder weniger enge – Antwortkategorien vorgeben, wie das bei stark strukturierten Fragebögen der Fall ist. Dennoch sollten die diversen Antworten der befragten Personen vergleichbar bleiben, somit war der Fragenkatalog bei allen Interviews nahezu ident.

1. Die Europäische Kommission räumt ein, dass die Lissabon-Strategie im Großen und Ganzen gescheitert ist. Welche positiven Aspekte des ersten Versuchs einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie kann man dennoch für die neue Europa 2020-Strategie mitnehmen?
2. Eine umfassende Verfahrensreform blieb aus, die massiv kritisierte Offene Methode der Koordinierung wird bei Europa 2020 fortgesetzt. Die Kommission ist allerdings seit der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon mit neuen Rechten ausgestattet. Ihre Einschätzung, glauben Sie an eine bessere Koordinierung von Europa 2020 sowie an eine gesteigerte Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten?
3. Die Europäische Kommission schreibt 2010 in ihrem Arbeitspapier hinsichtlich der gescheiterten Lissabon-Strategie: *„Die Welt hat sich sicherlich mehr verändert und anders entwickelt, als Analysten, Entscheidungsträger und Politiker dies damals erwartet hätten.“* Ist man diesmal gegen unvorhersehbare Ereignisse besser gewappnet?
4. Man sagt: Die Lissabon-Strategie scheiterte weniger an ihren Konzepten, sondern in erster Linie an deren mangelnder Umsetzung. Es gab bei der Verwirklichung der Lissabon-Ziele enorme Unterschiede bei den Mitgliedstaaten. Wie hat Österreich hierbei abgeschnitten?
5. Sind Sie persönlich [bzw. ist die Institution, die sie vertreten] mit dem finalen Entwurf der Europa 2020-Strategie grundsätzlich zufrieden?
6. Vergleicht man die nationalen, ökonomischen Daten mit den Kernzielen von Europa 2020, wo sehen Sie für Österreich besonderen Handlungsbedarf?

7. Ihre Einschätzung: Wird die Strategie von der österreichischen Regierung als übergeordnetes Pflichtgebot oder lediglich als europäischer Vorschlagskatalog gesehen?

Die Experteninterviews waren nicht hypothesengestützt. Es wurden Personen befragt, die schon alleine aufgrund ihrer Institutions-Zugehörigkeit eine teilweise diametral entgegengesetzte Meinung zu anderen Interviewpartnern vertreten mussten. So musste naturgemäß der Vertreter der Arbeiterkammer einen ganz anderen Standpunkt als der Repräsentant der Industriellenvereinigung vertreten. Der Gesprächspartner aus dem Bundeskanzleramt konnte freilich auch nicht offen die Bundesregierung kritisieren.

In den folgenden Unterkapiteln sollen die wichtigsten Aussagen der befragten österreichischen Experten zusammengefasst werden. Es können hier allerdings lediglich die Interviews behandelt werden, die sowohl mitgeschnitten und anschließend autorisiert wurden. Im Anhang dieser Arbeit sind die vollständigen Transkriptionen zu den Interviews nachzulesen.

6.1.1. Interview mit Norbert Templ

Norbert Templ ist Referent für EU & Internationales der Wiener Arbeiterkammer, er hat zahlreiche Schriften zur Lissabon-Agenda und zu Europa 2020 veröffentlicht.

Die Arbeiterkammer habe 2000 sehr begrüßt, dass man erstmals Wirtschafts- und Sozialpolitik auf europäischer Ebene angesprochen hat. In seiner Bilanz der Lissabon-Strategie, hebt Templ insbesondere die positiven Aspekte der (vielfach kritisierten) Offenen Methode der Koordinierung hervor.

Die OMK [Offene Methode der Koordinierung], die mit der Strategie von Lissabon eingeführt wurde, haben wir grundsätzlich begrüßt, weil sie eine Möglichkeit bietet, gemeinsame Ziele und Strategien zu formulieren, auch in den Politikbereichen, die nicht in der Kompetenz der Europäischen Union liegen.²⁵⁶

Die Union habe es aber nicht geschafft, notwendige Sanktionsmaßnahmen für Bereiche, deren Ziele den EU-Ländern Probleme bereiten, zu entwickeln. Templ würde vorschlagen, dass die Kommission eine stärkere Rolle bei der Vergabe der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds erhält. Sie sollte verlangen können, dass ein säumiger Mitgliedstaat die ihm zustehenden Fondsmittel dort einsetzen muss, wo die Kommission Defizite festgestellt hat.

In Österreich könne man damit beispielsweise hinsichtlich der mangelnden Gleichstellungsmaßnahmen durchaus Druck aufbauen. Auch Belohnungszahlungen wären eine sinnvolle Maßnahme, leider lasse aber das Haushaltsbudget der EU hier nicht allzu viel Spielraum zu. Templ bedauert weiters, dass bei der Europa 2020-Strategie die Barcelona-Ziele²⁵⁷ nicht mehr verankert sind - Ziele wie Kinderbetreuung oder Jugendbeschäftigung sollten im Prozess vertreten sein.

Er finde es grundweg falsch, die Lissabon-Strategie als Beitrag zur Bewältigung der Krise zu verkaufen. Sie hätte nur ein Beitrag sein können, wenn sie auch richtig angelegt wäre; dafür sei sie aber zu mangelhaft in einem entsprechenden makroökonomischen Rahmen für Wachstum und Beschäftigung eingebettet.

Die Europäische Union war ja schon vor Ausbruch der Krise nicht auf Kurs der Lissabon-Ziele. Selbst wenn es überhaupt keine Krise gegeben hätte, wäre die Bilanz der alten Lissabon-Strategie negativ ausgefallen.²⁵⁸

Als eines der größten Wachstumshemmnisse in Österreich sieht Templ die mangelnde Nachfrage, die wiederum mit der mäßigen Lohnentwicklung und der Verteilung von Einkommen und Vermögen zusammenhänge. Im „Green New Deal“²⁵⁹ sieht er auf der anderen Seite das größte Wachstumspotential für Europa. Hinsichtlich der nationalen Ziele sieht Templ in Österreich vor allem Handlungsbedarf bei der Integration älterer Arbeitnehmer sowie bei den Barcelona-Zielen und der Frauenbeschäftigungsquote.

Eine der Hauptforderungen der Arbeiterkammer im Rahmen des österreichischen Konsultationsprozesses zu Europa 2020, in den sie sich sehr stark eingebracht habe, war eine Intensivierung der öffentlichen Investitionen in Europa. So würde man in das Spannungsfeld mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt kommen, weswegen die AK hier eine Reform fordere, die den einzelnen Mitgliedstaaten mehr Investitions-Spielraum lasse. Bei der Diskussion um die Verstärkung der europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung – economic government – gehe es jedoch mehr in die Richtung, dass man den Stabilitätspakt noch mehr verschärfen wolle. Weiters habe die AK klare Ziele in der sozialen Dimension und Ökologisierung eingefordert.

²⁵⁶ Interview mit Mag. Norbert Templ am 03.12.2010

²⁵⁷ Siehe hierzu: Europäischer Rat 2002

²⁵⁸ Interview mit Mag. Norbert Templ am 03.12.2010

²⁵⁹ Siehe hierzu z.B.: <http://www.gruener-deal.de/> (14.02.2011)

Er freue sich weiters über die neue Formulierung im Vorwort in der Europa 2020-Strategie.

Wir haben immer dieses alte Ziel der Lissabon-Strategie kritisiert, dass die EU zum stärksten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden soll. Das ist quasi eine Kampfansage an die anderen Wirtschaftsräume. Wir haben das „Wettlauf der Besessenen“ genannt. Wir haben das auf eine etwas positivere Formulierung herunter geholt, nämlich, dass Europa zu einem führenden, wettbewerbsfähigen, florierenden Wirtschaftsraum werden soll, der den Beweis erbringt, dass Vollbeschäftigung mit Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Fortschritt vereinbar ist. Im Kommissions-Dokument hat man sich dann auch tatsächlich von dieser Kampfparole gelöst.²⁶⁰

Zwar glaubt Templ nicht, dass die Europa 2020-Ziele von der österreichischen Bundesregierung ernst genommen werden, dem Prozess bescheinigt er jedoch auf gesamteuropäischer Ebene durchaus Potential. Eine Strategie, wo man gemeinsam Ziele umsetzen will, könne sicherlich motivierend wirken. Derzeit sei das aber alles von der Wirtschafts- und Finanzkrise überlagert. Dass die Europa 2020-Strategie letztlich ein Erfolg wird, sei enorm wichtig für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union.

6.1.2. Interview mit Gerfried Gruber

Gerfried Gruber ist der Leiter des Europabüros der Österreichischen Landwirtschaftskammern in Brüssel.

Einen positiven Aspekt der Lissabon-Strategie sieht Gruber in erster Linie darin, „*dass man zumindest erkannt hat, wie es nicht geht.*“²⁶¹ Sich auf fixe Benchmarks zu konzentrieren, sei ein zu eng gefasstes Ziel und zum Scheitern verurteilt gewesen. Die Herausforderung für Europa 2020 werde nun sein, Flexibilität beim EU-Budget herzustellen, ohne dass die Planungssicherheit in der Gemeinsamen Agrarpolitik verloren geht. Der verstärkt integrierte Ansatz sei hierbei zu begrüßen, da der Einsatz von Steuergeldern durch die EU verstärkt auf Effizienz und Nutzen hin geprüft wird.

Österreich habe, so Gruber, bei der Verwirklichung der Lissabon-Ziele zumeist sehr gut abgeschnitten. Betreffend der Kontrolle der Programme im Agrarbereich könne man jedenfalls feststellen, dass es in den letzten Jahren zu praktisch keinen Rückforderungen seitens der Kommission gekommen ist.

²⁶⁰ Interview mit Mag. Norbert Templ am 03.12.2010

²⁶¹ Mail-Korrespondenz mit Mag. Gerfried Gruber am 17.12.2010

Generell sei aber zu hinterfragen, ob die EU-Mittel richtig oder überhaupt genutzt wurden. Gruber merkt an, dass im Kohäsionsfonds bis 2013 noch etwa 100 Milliarden Euro ungenutzt zur Verfügung stünden und meldet gewisse Zweifel an der Fähigkeit mancher Mitgliedstaaten, die Angebote nutzen zu können, an.

Zurückhaltend ist Gruber in Hinblick auf die budgetären Auswirkungen der Strategie. Wenn sich das EU-Budget zunehmend am Beitrag von Politiken an der 2020-Strategie orientiere, bestehe die Gefahr, dass einige Bereiche wie die GAP unterdotiert sein könnten. Auch das Europäische Parlament hat die Nichtberücksichtigung des Landwirtschaftssektors in der Europa 2020-Strategie scharf verurteilt.

[Das Europäische Parlament] bedauert, dass der landwirtschaftliche Sektor in den ursprünglichen Vorschlägen für die EU-2020-Strategie ungeachtet des Potenzials der Landwirtschaft, die größten Herausforderungen zu meistern, nicht erwähnt wird [und] ist davon überzeugt, dass die Land- und Forstwirtschaft mit dem richtigen Regelungsrahmen und angemessenen Haushaltsmitteln eine wichtige Rolle bei der europäischen Gesamtstrategie zur Erreichung des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs und der Klimaziele spielen wird und gleichzeitig einen Beitrag zur europa- und weltweiten Ernährungssicherheit, zum Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten kann.²⁶²

Gruber ist sich sicher, dass die Umsetzung der Ziele von der österreichischen Bundesregierung „in bewährter Manier“²⁶³ erfolgen wird und hofft auf gute Einbindung der Sozialpartner. Aus Sicht der LKÖ will Gruber festhalten, dass es zu keiner Kompetenzverschiebung kommen solle, die verstärkte Koordinierung aber sinnvoll und unterstützenswert erscheine.

6.1.3. Interview mit Edda Knittel

Edda Knittel ist Referentin für EU-Koordination in der Wirtschaftskammer Österreich.

Knittel sieht im Rückblick die Lissabon-Strategie grundsätzlich positiv, „denn sonst gäbe es überhaupt keine Strukturreformen.“²⁶⁴ Außerdem stünden die EU-Mitgliedstaaten ohne die Agenda noch weitaus schlechter da. Es gelte überdies das EU-weite gemeinsame Bewusstsein für nötige Reformen hervorzuheben.

²⁶² <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=P7-RC-2010-0151&language=DE> (26.20.2010)

²⁶³ Mail-Korrespondenz mit Mag. Gerfried Gruber am 17.12.2010

²⁶⁴ Mail-Korrespondenz mit Mag. Edda Knittel am 20.12.2010

Insbesondere die Euro-Krise habe den Mitgliedstaaten deutlich gemacht, dass die Lissabon- und die Europa 2020-Ziele sowie die damit einhergehenden Strukturreformen unabdingbar sind. Möglicherweise erhöhe diese Einsicht letztlich auch die Kooperationsbereitschaft. Österreich habe jedenfalls bei der Umsetzung sowohl bei den Beschäftigungs- als auch bei den F&E-Zielen des Lissabon-Prozesses sehr gut abgeschnitten.

Die Wirtschaftskammer hätte sich für Europa 2020 eine stärkere Governance gewünscht. Zudem habe sich die WKÖ gemeinsam mit den anderen Sozialpartnern für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie für die Setzung von Zwischenzielen nach fünf Jahren ausgesprochen.

Handelsbedarf für Österreich sieht Knittel insbesondere in den vier vom *Economic Policy Committee* identifizierten Wachstumshemmnissen.²⁶⁵ Obgleich Sanktionsmaßnahmen fehlen, werde die Europa 2020-Strategie nach ihrer Einschätzung von der österreichischen Bundesregierung ernst genommen.

6.1.4. Interview mit Tanja Buzek

Tanja Buzek ist Mitarbeiterin des Europabüros des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel.

Buzek hebt die Neuausrichtung der Lissabon-Strategie im Jahr 2005 positiv hervor, da das Thema „bessere Beschäftigungsmöglichkeiten“ auf die Politische Agenda der EU gesetzt wurde. Dennoch sei es nicht gelungen, mögliche Beschäftigungspotentiale vollständig zu nutzen und die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern. Die Ursache hierfür sei einerseits in der im Unterschied zu den Stabilitätskriterien mangelnden Verbindlichkeit sozial- und beschäftigungspolitischer Zielsetzungen, andererseits am unflexiblen Wirtschafts- und Stabilitätspakt zu suchen. Letzterer sollte im Interesse einer höheren Beschäftigungswirksamkeit aufgeweicht werden.

Der Fokus auf nur wenige Ziele in der neuen Europa 2020 Strategie sei ein guter Ansatzpunkt für eine bessere Koordinierung, die Kritik an der mangelnden Verbindlichkeit der Zielvorgaben bleibe aber natürlich bestehen. Was die gesteigerte Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten betrifft, so Buzek, stehe im Moment bei allen Mitgliedstaaten nach wie vor die unmittelbare Krisenbewältigung und in der Folge die

Konsolidierung der Budgetdefizite im Vordergrund. Zudem würden die Ziele der Europa-2020-Strategie, die Investitionen in Arbeitsmarkt, Bildung, Forschung usw. erfordern, mit den aktuellen Vorhaben der EU-Kommission kollidieren. Die Erreichung des Armutszieles stehe beispielsweise im Widerspruch zu den EU-weit vorgelegten Kürzungen bei Löhnen, Pensionen und Sozialleistungen im Rahmen der nationalen Budgetkonsolidierung. Der Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise und der wirtschaftliche Abschwung haben die letzten zwei Jahre der Lissabon-Strategie zwar unvorhergesehen beeinflusst, seien jedoch nicht für das Scheitern hauptverantwortlich.

Österreich habe im EU-Vergleich bei der Erreichung der Ziele „*nicht schlecht abgeschnitten*“²⁶⁶, führend wären hier jedoch vor allem die skandinavischen EU-Länder. Nicht erreicht habe Österreich jedenfalls die Ziele im Bereich der Beschäftigung älterer Erwerbstätiger, der Kinderbetreuung und von F&E. Bei den erneuerbaren Energien lag Österreich andererseits mit seinem Anteil bei der Stromproduktion im EU-Vergleich im absoluten Spitzenfeld.

Der ÖGB begrüßt vor allem die Aufnahme des Armutszieles in die neue Europa 2020-Strategie, hier insbesondere die Festlegung auf konkrete europäische Ziele. Auch im Sozialbereich werden einige wichtige Fragen aufgegriffen. Eine grundsätzliche Neuausrichtung, wie vom ÖGB gefordert wurde - Korrekturen beim Stabilitäts- und Wachstumspakt, koordinierte Wirtschaftspolitik, Stärkung Binnennachfrage -, stelle die neue Strategie jedoch nicht dar. Das Ziel der Vollbeschäftigung fehle ebenfalls.

Zudem haben wir, ebenso wie das EP, den engen Zeitrahmen 2010 für den Beschluss der Strategie kritisiert, die doch immerhin die strategische Ausrichtung der EU für die nächsten 10 Jahre zum Thema hat und innerhalb weniger Monate durch EWSA, EP und Rat quasi durchgepeitscht wurde.²⁶⁷

Um nachhaltiges Wachstum im EU-Raum zu garantieren, müsse man laut ÖGB den Fokus nicht nur auf Stabilität, sondern auch auf Wachstum legen. Der Gewerkschaftsbund fordere größere Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, bessere Koordinierung bei Steuerfragen, eine Stärkung der Binnennachfrage, eine Reform des EU-Budgets, eine Regulierung der europäischen Finanzmärkte sowie den Einklang von Arbeitnehmerinteressen mit dem EU-Binnenmarkt.

²⁶⁵ Siehe hierzu: ECOFIN 2010, 5f

²⁶⁶ Mail-Korrespondenz mit Mag. Tanja Buzek am 15.01.2011

Buzek betont, dass mit der Lissabon-Strategie erstmals eine teilweise Europäisierung des Themas im Sinne eines allgemeinen Grundrahmens bzw. allgemeiner Vorgaben stattfand, die konkrete Umsetzung läge jedoch nach wie vor bei den Mitgliedstaaten. Und hier gebe es große Spielräume, zumal es keine Sanktionsmöglichkeiten gebe und der EU ja laut Vertrag keine Kompetenz, sondern nur eine koordinierende Funktion zukomme. Derzeit seien alle Mitgliedstaaten sowieso vollauf mit ihren Maßnahmen zur Krisenbewältigung bzw. mit den Anforderungen für die Konsolidierung ihrer nationalen Haushalte beschäftigt.

6.1.5. Interview mit Clemens Wallner

Clemens Wallner ist wirtschaftspolitischer Koordinator der Industriellenvereinigung Österreich.²⁶⁸

In seiner Bilanz der Lissabon-Strategie betont er eingangs die positiven Seiten: Es habe eine Bewusstseinsbildung stattgefunden, dass man europaweit vorgehen muss, um die nationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sowie dass man hier der USA hinterherhinke. Auch die gute Idee, dass man die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitglieder anhand von Strukturindikatoren vergleicht und somit eine gewisse peer-pressure einführt, sei hervorzuheben, selbst wenn das Ranking ein „*bisschen synthetisch*“²⁶⁹ sei.

Leider habe man es verabsäumt, wie einst auch beim Stabilitäts- und Wachstumspakt, Sanktionen einzuführen. Hier hätte man von der misslungenen Governance des Lissabon-Prozesses lernen müssen. Wallner betrachtet die Leitlinien der Lissabon-Strategie als zielführender als die aktuell geltenden von Europa 2020.

Die Industriellenvereinigung hätte sich die neue Wirtschafts- und Wachstumsstrategie überhaupt etwas kompakter vorgestellt, die *ausschließlich* Ziele des Wachstums und der Beschäftigung verfolgt. Wallner bedauert, dass in die Europa 2020-Strategie erstmals auch die Sozialagenda aufgenommen wurde.

Wir hätten uns [...] erwartet, dass man der Tendenz, die sich seit 2005 abgezeichnet hat, nämlich dass man die Sozialagenda auch hineinbringt, entgegentritt. Also dass man versucht, eine eierlegende Wollmilchsau zu schaffen, wenn man sowohl

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Mit Dr. Wallner wurden zwei Interviews geführt. Das erste vom 22.12.2010 konnte aufgrund eines technischen Gebrechens nicht aufgezeichnet werden, wird aber hier mithilfe des Gedächtnisprotokolls des Autors berücksichtigt. Die Transkription des zweiten Interviews vom 02.02.2011 befindet sich im Anhang.

²⁶⁹ Interview mit Dr. Clemens Wallner am 02.02.2011

Wettbewerbsfähigkeit, als auch die Nachhaltigkeit, als auch den sozialen Zusammenhalt stärken will. Es ist natürlich alles verlinkt, das ist klar, aber ich finde, wenn man sich eine Strategie setzt, muss man *ein* Ziel verfolgen.²⁷⁰

Man könnte aber, so Wallner, mit einer anderen Strategie auch ein anderes Ziel, wie eben sozialen Zusammenhalt, verfolgen. Europa 2020 selbst sei aber nicht als Wohlstandsstrategie gedacht. Es sei ein Widerspruch, wenn man auf der einen Seite Beschäftigung schaffen will und auf der anderen Seite den Beschäftigten mehr Lohn zahlen will. Man habe es zudem auch verabsäumt, die großen demographischen Herausforderungen in Europa zu thematisieren und die Strukturreformen demgemäß anzupassen.²⁷¹ Im Jahr 2020 sei dann „*der Zug abgefahren*“²⁷², denn ab diesem Zeitpunkt kämen die meisten EU-Bürger ins Pensionsalter. Die IV bedauert, dass sie hier weder auf die österreichische Position noch auf den Europa 2020-Entwurf letztlich Einfluss nehmen konnte.

Grundsätzlich aber begrüßt die Industriellenvereinigung die Strategie, beinhaltet sie doch sehr viele sinnvolle Zielsetzungen, wie auch die flagship-initiatives zeigen. Positiv sei auch die Idee des Europäischen Semesters, weil man den Stabilitätspakt stärker mit dem Nationalen Reformprogramm verquickt. Außerdem könne die Europa 2020-Strategie möglicherweise den Anstoß für dringend notwendige Strukturreformen geben.

Die Ausarbeitung der nationalen Ziele war laut Wallner ein „*langes Hickhack*“, dennoch ist die IV mit der Lösung einigermaßen zufrieden. Es sei begrüßenswert, dass die Quoten deutlich über dem EU-Durchschnitt liegen, denn „*wir wollen zumindest zeigen, dass wir uns mit dem derzeitigen Level nicht begnügen*.“²⁷³ Wenig Handlungsbedarf in den nächsten zehn Jahren sieht Wallner beim sozialen Zusammenhalt, da Österreich die geringste Armutsgefährdungsquote in Europa habe. Während der Nachholbedarf im Bildungsbereich nur schwer abzuschätzen sei, sind die größten Herausforderungen ohne Zweifel die Klimaziele, wofür die Bundesregierung auch dringend eine fiskalpolitische Lösung brauche.

Wallner bezweifelt, dass die österreichische Regierung Europa 2020 als Pflichtgebot ansieht. Überhaupt nehme die österreichische Politik Strukturreformen derzeit nicht ernst.

²⁷⁰ Ebd.

²⁷¹ Zumindest in den einleitenden Worten zum Europa-2020-Entwurf wurde das Problem der Demographie in Europa durchaus erkannt.

²⁷² Interview mit Dr. Clemens Wallner am 02.02.2011

²⁷³ Ebd.

Es sei zudem auch auf europäischer Ebene ein großes Versäumnis gewesen, die Strategie nicht zur Chefsache gemacht zu haben, obwohl sich der Präsident des Europäischen Rates Van Rompuy ja anfangs sehr stark in die Europa 2020-Sache eingebracht habe. Hier habe die EU eine Chance vergeben.

Wallner sieht zusammenfassend die Zukunft der Europa 2020 eher pessimistisch. Es sei entscheidend, ob die quantitativen Ziele der Strategie erreicht werden. Das könne er sich nicht vorstellen.

Zumindest nicht im Rahmen von Europa 2020, vielleicht aber über den Umweg der neuen Euro-Krise, diesem außerplanmäßigen Mechanismus. Hier könnt ich's mir schon vorstellen, denn hier geht es um's eingemachte Geld. Es kann sein, dass die Haftungen nur unter der Bedingung vergeben werden, dass gewisse Strukturreformen vereinheitlicht werden. [...] Ich kann mir gut vorstellen, dass man einen gewissen Nachhaltigkeitsmechanismus einbaut. Ich kann mir gut vorstellen, dass dafür die Zeit reif ist. Die Frage ist, verschlafen wir das oder nicht.²⁷⁴

Europa 2020 aber sei zu dem Zeitpunkt, bei dem über die fehlenden Sanktionsmechanismen keine Debatte ausgebrochen ist, „gestorben“.

6.1.6. Interview mit Peter Mooslechner

Peter Mooslechner ist Direktor der Hauptabteilung Volkswirtschaft der Österreichischen Nationalbank.

Mooslechner unterstreicht, dass in der politischen Realität Europas eine Zusammenarbeit unabdingbar ist, um die definierten Ziele von Europa 2020 zu erreichen. Wachstum und Beschäftigung werde nur dann in unsere eng verflochtenen Volkswirtschaften zurückkehren, wenn alle Mitgliedstaaten – unter Berücksichtigung ihrer besonderen Gegebenheiten – am gleichen Strang ziehen. Es sei nicht davon auszugehen, dass es etwa im Fall von Mehrheitsbeschlüssen, also gegen den expliziten Widerstand einer Anzahl von Ländern, zu einer besseren und effizienteren Umsetzung von Maßnahmen kommen würde. Der Europäische Rat solle anhand von Kommissionsvorschlägen und auf der Grundlage eines einzigen Kriteriums, nämlich inwieweit ein eindeutiger Mehrwert durch das Handeln der EU gegeben ist, allgemeine Orientierungshilfen geben. Hier komme dem Europäischen Parlament eine besonders wichtige Aufgabe zu. Auch die Akteure auf nationaler und regionaler Ebene sowie die Sozialpartner sollen stärker einbezogen werden. Der

Europäische Rat werde sich für die neue Strategie verantwortlich zeichnen. Gelingt es, das Commitment der Mitgliedstaaten für die gemeinsamen Ziele möglichst stark zu machen, so sei sicherlich mit Fortschritten zu rechnen.

Gegen unvorhersehbare Ereignisse, wie die Wirtschafts- und Finanzkrise, sei man jedoch nie gewappnet. Eine ex-ante Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik im Rahmen des EU Semesters unter Berücksichtigung der Kernziele der Europa 2020 Strategie könne aber ein rascheres Agieren auf unvorhersehbare Ereignisse ermöglichen.

Österreich habe bei den Hauptzielen der Lissabon-Strategie gut abgeschnitten, in ihrer Evaluierung des Lissabon Prozesses 2010 reihte die Europäische Kommission Österreich bei den Hauptzielen Beschäftigungsrate und F&E-Ausgaben unter den Top 5. Mooslechner erinnert, dass die Verwirklichung der 5 Kernziele der Europa 2020-Strategie nicht unmittelbar in die Agenden der OeNB fällt, sie aber sowohl aus geldpolitischer als auch finanzmarktstabilitätspolitischer Sicht großes Interesse an einer erfolgreichen Umsetzung habe.

Aus den Erfahrungen des Lissabon-Prozesses hat die EU den Schluss gezogen, dass weniger und realistischere Ziele die neue wirtschaftspolitische Strategie bestimmen sollen. Sie konzentriert sich auf die drei Schwerpunkte intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Die Kernaussrichtung der Lissabon-Strategie (Wachstum & Wettbewerbsfähigkeit, Informationsgesellschaft) wird um die Komponente „ökologische Modernisierung“ nuanciert. Das ist sicherlich begrüßenswert. Im Gefolge der aktuellen Krise und der Frage um die Bewältigung ihrer Kosten gewinnen jedoch in der Wirtschaftspolitik viele völlig neue Fragen an Bedeutung. Da es für viele dieser Fragen auch aus wissenschaftlicher Perspektive noch keine finalen Antworten geben kann, wird sicherlich auch EU 2020 immer wieder an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen sein.²⁷⁵

Österreich habe laut den Empfehlungen der Europäischen Kommission Handlungsbedarf bei der Erhöhung von Arbeitsanreizen für ältere Arbeitnehmer, bei stärkerer betrieblicher Ausbildung sowie bei der Anpassung der Arbeitsbedingungen und Verbesserung der Ausbildung benachteiligter Jugendlicher. Ein weiterer wichtiger Punkt für Österreich sei das Kernziel der Verbesserung des gesamten Bildungswesens.

Gleichzeitig macht aber eine Gegenüberstellung dieser unzweifelhaft berechtigten Empfehlungen mit den derzeit kurzfristig zu lösenden Problemen auf europäischer Ebene, wie etwa im Fiskal- oder im Finanzmarktbereich, deutlich, wie schwierig unter den immer

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Mail-Korrespondenz mit Dr. Peter Mooslechner am 15.02.2011

noch gegebenen Krisenvoraussetzungen eine Konzentration auf diese langfristigen Fragestellungen in der Realität ist.²⁷⁶

Dass sich nicht nur die Regierung, sondern auch die Sozialpartner intensiv mit der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie befasst haben, deutet Mooslechner als Zeichen, dass *„die neue Strategie Rückhalt bei den maßgeblichen gesellschaftlichen Akteuren hat; und das trägt sicher dazu bei, dieser Strategie – und ihrer Umsetzung - in der Wirtschaftspolitik Gewicht zu verleihen.“*²⁷⁷

6.1.7. Andere Experteninterviews

Weitere Interviews wurden mit Stefan Ederer vom WIFO, Milan Frühbauer vom Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften, Andreas Lernhart vom Europäischen Rat, Monika Lernhart vom EWSA sowie einem Mitarbeiter des Bundeskanzleramts geführt. Diese Gespräche wurden entweder nicht ausdrücklich autorisiert oder konnten nicht mitgeschnitten werden. Nichtsdestotrotz haben sie ganz entscheidend zum Erkenntnisgewinn und zu einer reflektierteren Sicht auf die Lissabon- und Europa 2020-Strategie des Autors beigetragen.

²⁷⁶ Ebd.

²⁷⁷ Ebd.

7. Conclusio

7.1. Die Europa 2020-Strategie – Die Zukunft der europäischen Wirtschaft?

Maria Joao Rodrigues²⁷⁸, einst eine treibende Kraft hinter der Lissabon-Agenda, resümierte 2010, dass die Strategie aus drei Gründen gescheitert sei: fehlende geeignete politische Instrumente, fehlende Finanzmittel und – am wichtigsten – fehlender politischer Willen seitens der EU-Mitgliedstaaten, die selbstgesteckten Ziele auch zu erreichen.²⁷⁹ Aber sind jetzt neue Eckpfeiler für Europa 2020 errichtet worden, hat man aus den Fehlern der vergangenen Jahre gelernt? Oder ist Europa 2020 lediglich eine Fortsetzung der Lissabon-Agenda?

7.1.1. Ist die Europa 2020-Strategie Lissabon 2.0?

Stefan Ederer vom WIFO meint:

Im Grunde genommen ist Europa 2020 Lissabon 2.0. Wenn man sich die Leitlinien ansieht, auch wenn es jetzt nur mehr zehn sind, werden genau die gleichen Ziele wie schon bei der Lissabon-Strategie verfolgt.²⁸⁰

Viele kritisieren, dass Europa 2020 keine wesentlichen Unterschiede zu den Prioritäten der Lissabon-Strategie setze. John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds und ein bekennender Europa 2020-Skeptiker meint etwa, die neue Strategie laufe Gefahr, eine Wiederholung ihrer schlecht funktionierenden Vorgänger-Strategie zu werden.

Heftig umstritten ist, auf welche Weise eine bessere Einhaltung der verfolgten Ziele durch die Nationalstaaten erreicht werden könnte. Bei den Governance-Strukturen sind die Zügel jedenfalls nur äußerst vorsichtig angezogen worden - die Offene Methode der Koordinierung wurde etwas weiterentwickelt, wenngleich dieser Terminus nicht länger verwendet wird.²⁸¹ Die Einrichtung des recht übersichtlichen Europäischen Semesters war

²⁷⁸ Siehe hierzu: <http://www.mariajoaorodrigues.eu/> (24.02.2011)

²⁷⁹ Vgl. <http://www.euractiv.com/de/prioritaten/europa-2020-kritik-ziele-zu-langfristig-news-304355> (24.02.2011)

²⁸⁰ Interview mit Dr. Stefan Ederer am 20.12.2010

sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung (siehe hierzu Abbildung 8: „Das Europäische Semester“ im Anhang). Die Nationalen Reformprogramme, die jährlich der Kommission vorgelegt werden müssen, bringen die Regierungen der Mitgliedstaaten bestimmt in einen gewissen Rechtfertigungsdruck. Die von der Kommission geplanten Kontrollmechanismen wurden aber schließlich vom Europäischen Rat verwässert. Kommissionspräsident Barroso wollte ja, dass die Kommission an jeden Staat Empfehlungen richtet, wie die Europa 2020-Strategie genau umgesetzt werden muss - bei Verstößen gegen die Vorgaben sollte es Warnungen geben. Die angedrohten „*politischen Warnungen*“²⁸² findet man im vom Rat im Juni 2010 verabschiedeten Papier²⁸³ nicht mehr.

Wären Sanktionen nicht sinnvoll gewesen, so wie das die spanische EU-Ratspräsidentschaft Anfang 2010 vehement gefordert hatte?²⁸⁴ Seit der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon existieren jedenfalls neue rechtliche Grundlagen, die zumindest de jure relativ weitreichende Sanktionsmaßnahmen zuließen würden. Es ist allerdings zu hinterfragen, ob die Symbolkraft, die eine auferlegte Strafzahlung auf ein Mitgliedsland hätte, nicht dem ohnehin angeschlagenen Image der Europäischen Union nachhaltig schaden würde. Man denke nur zurück, welche Wirkung die Anfang 2000 gegen Österreich verhängten bilateralen Sanktionen der EU14 auf weite Teile der Bevölkerung hatte – von dem Imageeinbruch in der Republik hat sich die Union bis heute kaum erholt. Und auch auf europäischer Ebene hat man keine guten Erfahrungen mit den Sanktionsmaßnahmen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts gemacht. Ein Beispiel: Obwohl Deutschland und Frankreich die 3%-Defizitgrenzen 2002 und 2003 überschritten haben, setzte der ECOFIN-Rat die Defizit-Verfahren vorübergehend aus²⁸⁵ –

²⁸¹ Der in der Lissabon-Strategie und anderen EU-Politikfeldern gebräuchliche Begriff „Offene Methode der Koordinierung“ wird in keinem EU-Dokument, das Europa 2020 thematisiert, verwendet. Die Koordinierungsmethode erinnert allerdings dennoch stark an die Steuerung der 2004 überarbeitenden Lissabon-Strategie.

²⁸² Europäische Kommission 2010b, 6

²⁸³ Vgl. Europäischer Rat 2010a

²⁸⁴ Der spanische Ministerpräsident hatte am 7. Jänner 2010, kurz nach der spanischen EU-Präsidentschaftsübernahme, gefordert, dass die Union im Rahmen der Europa 2020-Strategie bindende wirtschaftliche Ziele für die Mitgliedstaaten festlegen solle. Vgl. <http://www.euractiv.com/de/prioritaten/deutschland-spanien-eu-2020-sanktionen-uneins/article-188759> (24.02.2011)

²⁸⁵ Um Rechtssicherheit über die Mechanismen und Vorgehensweisen in Defizitverfahren zu gewinnen, reichte die Europäische Kommission gegen den Beschluss des ECOFIN-Rates Klage beim Europäischen Gerichtshof ein.

Vgl. <http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~EADD10E24470>

[D490AB4A326B08570696B~ATpl~Ecommon~Scontent.html](http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~EADD10E24470) (07.03.2011) und

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,251316,00.html> (07.03.2011)

es kam schließlich nach längeren Verhandlungen nicht zu den vertraglich vorgesehenen Strafzahlungen.²⁸⁶

Aber dennoch würde höchstwahrscheinlich alleine die Androhung bzw. die Möglichkeit von Sanktionsmaßnahmen eine weitaus bessere wirtschaftliche Steuerung seitens der EU ermöglichen und folglich die Europa 2020-Ziele auf ein deutlich höheres Podest stellen, als sie derzeit stehen.

Möglich wären aber freilich auch Belohnungszahlungen für Staaten, die nationale Ziele erreichen oder gar übertreffen, so wie Ratspräsident Van Rompuy das vorgeschlagen hat. So könnten seinem Papier zufolge zum Beispiel nationale Investitionen in Humankapital von Geldern des Forschungsrahmenprogramms oder der Strukturfonds unterstützt werden. Ferner schlug Van Rompuy vor, dass auch Kredite der Europäischen Investitionsbank als Anreiz für Strukturreformen genutzt werden könnten. Und auch die Gemeinsame Agrarpolitik sowie die europäische Regionalpolitik könnten solche Reformen unterstützen.²⁸⁷

Durch die „Lissabonisierung der Strukturfonds“²⁸⁸ sind die EU-Mittel in außerordentlich hohem Maße auf rund 228 Milliarden Euro (im Finanzierungszeitraum 2007-2013) angewachsen. Diese Mittel sollen in den fünf Jahren für wachstumsfördernde Investitionen, wie Forschung und Entwicklung sowie Unterstützung von Unternehmen, bereitgestellt werden.²⁸⁹ Für Norbert Templ von der AK ist der Zug für etwaige Belohnungszahlungen im Rahmen von Europa 2020 allerdings schon abgefahren.

Da sind die Gelder ja schon lange Zeit verplant. Der Spielraum im Haushaltsbudget ist da nicht sehr groß, außer man schafft einen eigenen Posten dafür.²⁹⁰

²⁸⁶ Im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise konnten dann überhaupt 25 von 27 EU-Mitgliedstaaten (darunter auch Österreich) die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht erfüllen. Vgl. http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/513263/Staatsschulden_Bruessel-straft-Oesterreich-ab (07.03.2011) und http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/sgp/2010-05-12-edp_en.htm (07.03.2011)

²⁸⁷ Vgl. <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/europa-2020-keine-strafen-geplant-002730> (24.02.2011)

²⁸⁸ Europäische Kommission 2010a, 5

²⁸⁹ Vgl. ebd., 6

²⁹⁰ Interview mit Mag. Norbert Templ am 03.12.2010

7.1.2. Aus Fehlern lernen

Die Integrierten Leitlinien wurden gegenüber der Lissabon-Strategie reduziert und die fünf Hauptziele in die Leitlinien integriert. Die einzelnen Leitlinien enthalten allerdings sehr viele unterschiedliche Unterpunkte, die eine klare Fokussierung erschweren. Zudem sind sie relativ allgemein gehalten, so dass entsprechend hoher Freiraum für die Ausgestaltung der nationalen Wirtschaftspolitik bestehen bleibt.²⁹¹

Die Beschränkung auf lediglich fünf, relativ klar formulierte Kernziele war hinsichtlich der eher unklaren Zielsetzung der Lissabon-Agenda vermutlich ein richtiger und wichtiger Schritt der Europäischen Kommission. Betrachtet man die aktuellen Quoten der EU-Mitgliedstaaten, so kommt man zu dem Schluss, dass die Erreichung der Ziele durchaus realistisch erscheint, vor allem wenn man bedenkt, dass sich jedes Land seine eigenen Ziele relativ frei zurechtschneiden kann. Auch die Wichtigkeit der Europa 2020-Ziele im gesamteuropäischen Kontext ist eigentlich unumstritten.

Die fünf Hauptziele enthalten ein Nachhaltigkeitsziel (Emissionen und Energie), ein Integrationsziel (Armut) und zwei unmittelbar für innovationsbasiertes Wachstum wichtige Ziele (Forschung und Entwicklung, Bildung). Das fünfte Ziel, die Zunahme der Beschäftigungsquote dient sowohl der Integration als auch der Beschäftigung. Die Konzentration wirtschaftspolitischer Anstrengung auf diese fünf Ziele sowie vor allem deren Überführung in nationale Ziele und die dadurch gestärkte Verantwortung der Mitgliedstaaten wird dazu beitragen, dass die Hauptziele erreicht werden können.²⁹²

Aufmerksamkeit oder gar Zustimmung der europäischen Öffentlichkeit bekam die Strategie jedoch kaum, sie wurde vollkommen von der Eurokrise und Wirtschafts- und Finanzkrise überlagert.

Hier stellt sich die Frage: Wie verkauft man der EU-Bevölkerung etwas so komplexes wie eine gesamteuropäische Wirtschafts- und Wachstumsstrategie? Muss die Europäische Kommission hier überhaupt große Anstrengungen unternehmen? Ja, denn ohne Öffentlichkeit - dem Druck von innen - schwindet auch der Druck auf die Mitgliedsländer, ihre Ziele erreichen zu müssen ob der fehlenden Sanktionen - dem Druck von außen - endgültig. Die Kommission hat schließlich ihr Steuerungskonzept zu einem beachtlichen Teil auf dem Rechtfertigungsdruck aufgebaut - dafür muss auch das wachende Auge der nationalen Bevölkerung gegeben sein, die die Versäumnisse der eigenen Regierung

²⁹¹ Vgl. Ederer/Janger 2010, 22

²⁹² Ebd., 22

registriert und reklamiert. Es wird für den Erfolg der Europa 2020-Strategie wahrscheinlich mitentscheidend sein, ob es der Kommission gelingt, Öffentlichkeit für die Kernziele zu schaffen bzw. ob sie die Regierungen dazu bringt, aus Europa 2020 ein öffentliches Thema zu machen.

Keinen größeren Vorwurf kann man der Kommission jedenfalls für ihre Europa 2020-Öffentlichkeitsarbeit machen; zumindest nicht, wenn man die eingerichtete Internetpräsenz zur Strategie betrachtet.²⁹³ Die hervorragende Seite wurde Ende des Jahres 2010 gelauncht, ist immer am neuesten Stand und enthält alle für diese Strategie relevanten Texte in mehrsprachiger Ausführung. Auch die Strukturen von Europa 2020 sind ausführlich und verständlich erklärt. Ob der gemeine Bürger jedoch je eigenständig im Internet nach Europa 2020 suchen wird, sei dahingestellt.

Die EU hat es jedoch verabsäumt, Europa 2020 ein „Gesicht“ zu geben. Ratspräsident Herman Van Rompuy hat sich beispielsweise immer wieder in den Entstehungsprozess der Strategie eingebracht – man hätte ihm die Schirmherrschaft über Europa 2020 problemlos übertragen können. So hätte überdies auch sein noch nicht fertig definiertes Amt eine neue Bedeutung erfahren. Letztlich blieb schließlich auch dieses große Unionsprojekt ohne eine hervorgehobene Person, die für die Öffentlichkeit als „Chef“ der Strategie greifbar gewesen wäre.

In der Einleitung dieser Arbeit wurde vom Spott der amerikanischen Ökonomen berichtet, dass die langfristige Ausrichtung der Lissabon- und der Europa 2020-Strategie an Fünfjahrespläne der ehemaligen sozialistischen Staaten erinnere. Warum ist es aber tatsächlich unumgänglich, eine europäische Wirtschafts- und Wachstumsstrategie relativ langfristig auf zehn Jahre anzulegen, so dass gleich mehrere Legislaturperioden – von Europäischen Kommissionen und nationalen Regierungen – mit den Europa 2020-Zielen konfrontiert werden? Die Antwort darauf ist eben so einfach wie kurz: Bis Strukturreformen greifen, braucht es eben Zeit.²⁹⁴ Es ist überdies durchaus geplant, so wie schon 2004 bei der Lissabon-Agenda, eine große Halbzeitevaluierung von Europa 2020

²⁹³ Zurzeit ist die Seite allerdings nur in englischer Sprache abrufbar. Siehe hierzu: http://ec.europa.eu/europe2020/index_en.htm (03.03.2011)

²⁹⁴ Vgl. z.B. Interview mit Mag. Edda Knittel am 20.12.2010

durchzuführen und eventuell die eine oder andere Anpassung in der Strategie vorzunehmen.²⁹⁵

Es gibt hierzu jedoch auch einen anderen Blickwinkel: John Monks befürchtet, dass der langfristige Ansatz die Notwendigkeit konkreter, schneller Lösungen für die derzeitigen europäischen Herausforderungen ignoriere: *„Ich halte dies für eine überstürzte Entscheidung einer neuen Kommission, die sich ohne Zehnjahresstrategie nackt fühlt.“* Auch Philippe De Buck, Generaldirektor des europäischen Arbeitgeberverbands BusinessEurope, ist der Meinung, die Kommission solle sich nicht auf einen Zeitraum über ihre eigene fünfjährige Amtszeit hinaus konzentrieren.²⁹⁶

Ein heikles Thema war auch der Zeitplan für die Entschließung der Strategie. Der baden-württembergische Europaminister Wolfgang Reinhart kritisierte stellvertretend für den deutschen Bundesrat vielleicht durchaus zu Recht, *„dass die neue EU-Kommission in einer so wichtigen und grundsätzlichen Angelegenheit wie der Reformagenda 2020 ein so umfassendes Papier vorstellt und uns rund eine Woche Zeit zur Stellungnahme gibt. So etwas hat mit seriöser Arbeit nichts zu tun.“*²⁹⁷ Der enge Zeitplan erlaube indes keine seriöse, umfassende Begutachtung der wichtigen Zehn-Jahres-Strategie. Außerdem werden die Beteiligungsrechte der nationalen Parlamente unterhöhlt. Die allgemeine Ausrichtung und die Kernziele der Strategie, die am 3. März 2010 von der Kommission präsentiert wurden, sollten bereits am 25. und 26. März 2010 vom Europäischen Rat angenommen werden.

7.1.3. Legitime „Tricks“ bei der Berechnung

Das vorherrschende Paradigma der Europäischen Union ist zurzeit aufgrund der Krise der Sozialdemokratie eher von Mitte-rechts-Grundsätzen dominiert. Klassische Forderungen von der sozialdemokratischen Seite, wie eine Aufweichung des Wachstums- und Stabilitätspaktes, um die Möglichkeiten öffentlicher Investitionen zu vereinfachen, stoßen daher in Brüssel zurzeit eher auf taube Ohren. Im Gegenteil: Der Pakt wird voraussichtlich verschärft, was hinsichtlich der Eurokrise vielleicht sinnvoll erscheint. Dennoch hat sich eine Forderung aus der sozialdemokratischen Fraktion in der Europa 2020-Strategie

²⁹⁵ Siehe hierzu auch: <http://www.euractiv.com/de/prioritaten/europa-2020-kritik-ziele-zu-langfristig-news-304355> (24.02.2011)

²⁹⁶ Die Amtszeit der amtierenden Europäischen Kommission endet 2014. Vgl. ebd.

²⁹⁷ <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/eu-gipfel-ohne-bildungsziel-002869> (25.03.2011)

durchgesetzt: im Gegensatz zur Lissabon-Agenda hat erstmals auch eine soziale Dimension Einzug in die Europa 2020-Ziele gefunden.

Ob sich diese allerdings in der Strategie hält, war nach dem EU-Gipfel Ende März 2010 unklar. Vor allem Deutschland hatte sich gegen das Armuts-Ziel²⁹⁸ gestemmt – Armutsbekämpfung habe nichts mit Wettbewerbsfähigkeit zu tun und falle nicht in die Zuständigkeit der Kommission.²⁹⁹

Und auch das Bildungsziel wurde beim selben Gipfel zerpfückt. Hauptkritiker bei diesem Thema waren an vorderster Front die föderalistisch aufgebauten Staaten Österreich und Deutschland. Am 17. Juni 2010 stimmte der Europäische Rat allerdings, etwas verspätet aber doch, den umstrittenen Formulierungen der Kernziele von Europa 2020 vollinhaltlich zu.

Wie solche Konsensfindungen auf europäischer Ebene zustande kommen können, verdeutlicht vielleicht, warum Österreich nun doch dem Europa 2020-Bildungsziel zugestimmt hat. Das vierte Kernziel der Strategie lautet, dass der Anteil der Bevölkerung im Alter zwischen 30 und 34, der ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, bis 2020 auf 40% gesteigert werden soll. Die von Eurostat errechnete Quote Österreichs betrug im Jahr 2009 23,5%³⁰⁰ – eine Fast-Verdoppelung der Quote wäre schier ein Ding der Unmöglichkeit. Österreich hat sich schließlich mit der Kommission verständigt und das Problem insofern gelöst, als dass man einige nichtakademische Ausbildungen ab sofort zum tertiären Bildungssektor dazurechnet.

Bei den Berechnungsmethoden wird also getrickst. Das ist ein durchaus probates und legitimes Mittel, Österreich stellt hier freilich keinen Einzelfall dar. Auch die Beschäftigungs- oder Arbeitslosenquote wird ja bekanntlich auf nationaler und europäischer Ebene unterschiedlich berechnet - die Datendarstellung gemäß EU-Methode lässt die jeweilige Situation in der Regel etwas rosiger aussehen.

Ganz interessant ist auch, dass die Beschäftigungsquote bei der Lissabon-Strategie von Eurostat noch anders berechnet wurde: Wurde im Jahr 2000 noch die Gruppe der 15 bis

²⁹⁸ Das fünfte Kernziel von Europa 2020 lautet: Die Zahl der Europäer, die unter den nationalen Armuts Grenzen leben, sollte um 25% gesenkt werden, was 20 Millionen Menschen aus der Armut befreien würde.

²⁹⁹ Vgl. <http://derstandard.at/1269448315650/Keine-Einigung-beim-EU-Gipfel-Armutsbekämpfung-spaltet-die-Union> (25.02.2011)

³⁰⁰ Vgl. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=t2020_41 (25.02.2011)

64-Jährigen herangezogen, so wird bei Europa 2020 die Beschäftigungsquote der 20 bis 64-jährigen Personen berechnet. Letztere Quote ist in der Regel freilich etwas höher.

7.2. Österreich und Europa 2020

Österreich hat im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten schon im Rahmen der Lissabon-Strategie recht passabel abgeschnitten, die Beschäftigungsquote der 15 bis 64-Jährigen lag mit 71,6% (2009) über der 70%-Marke, die F&E-Quote lag mit 2,75% (2009) nur knapp unter dem 3%-Ziel.³⁰¹ Aufholbedarf hat Österreich eher in Detailbereichen im Segment der Beschäftigung, wie in Fragen der Gleichstellung von Mann und Frau oder der Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern.

Die Ziele des ersten Nationalen Reformprogramms zu Europa 2020 – dem „vorläufigen“ Programm vom Oktober 2010 (das erste „richtige“ Nationale Reformprogramm wird gemäß dem Europäischen Semester erst im April 2011 erscheinen) - sind grundsätzlich recht ambitioniert, liegen sie doch allesamt über den Orientierungszielen der Kommission. Sie sollten aber für ein Land wie Österreich sicherlich bis 2020 relativ problemlos erreichbar sein, sofern bis dahin kein größerer, globaler Konjunkturunbruch passiert. Eine Herausforderung werden vermutlich lediglich die Klima- und Energieziele, weil diese nationalstaatlich nur schwer zu kontrollieren sind.³⁰²

7.2.1. Eine üppige Wohlstands- oder eine schlanke Wirtschaftsstrategie?

Der 2009 von der Europäischen Kommission ausgeschrieben Konsultationsprozess ist für Österreich ohne Zweifel recht erfolgreich verlaufen. Drei von vier Hauptforderungen des österreichischen Positionspapiers finden sich im Europa 2020-Entwurf wieder.³⁰³ Lediglich die Finanztransaktionssteuer blieb auf der Strecke. Karl Aiginger vom WIFO sähe jedoch gerade in der Finanztransaktionssteuer den richtigen Weg zu einem stabilen, europäischen Finanzmarkt.

³⁰¹ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 2 und http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=t2020_20 (04.03.2011)

³⁰² Die Klima- und Energieziele wurden aber ohnehin schon auf europäischer Ebene vereinbart. Vgl. Hacker/Van Treeck 2010, 8

³⁰³ Siehe hierzu auch Kapitel 5.2.

Erstens, weil sie dazu führt, dass sich die Zahl der kurzfristigen Spekulationen verringert, zweitens ergeben sich Staatseinnahmen, ohne dass die Umsatzsteuer erhöht werden muss und Bildung, Forschung, Umwelt- und Sozialausgaben gekürzt werden müssen. Eine klassische Doppeldividende. Wenn Großbritannien das verhindert und gleichzeitig Geld fordert, damit die irischen Banken nicht für englische Banken gefährlich werden, dann sollen sie aufhören, die beste Lösung zu verhindern.³⁰⁴

Nicht nur auf europäischer Ebene, auch in Österreich stellt man sich die Frage, ob soziale Ziele in eine gesamteuropäische Wirtschafts- und Wachstumsstrategie gehören oder ob für diese Ziele nicht eventuell eine eigene Strategie vonnöten wäre. Es gibt zwischen den sozialdemokratischen und christdemokratischen Institutionen einen großen Dissens, ob nun die Strategie als reine Wirtschaftsstrategie, die übersichtlich und schlank angelegt ist, oder aber als Wohlstandsstrategie, die Einfluss auf viele Politikfelder nehmen soll, zu begreifen sei.

In diesem Zusammenhang stellt sich zudem auch die Frage, wie man Wohlstand in den Mitgliedstaaten mess- und vergleichbar machen könnte. Einheiten wie BIP pro Kopf eignen sich bekanntlich nicht unbedingt als Indikator für Wohlstand.

Entsprechend dem Bericht der Stiglitz-Kommission und der Initiative der Europäischen Kommission „GDP and beyond“ gibt es in Österreich Aktivitäten, wie Messgrößen für Wohlstand und Lebensqualität in Ergänzung zum BIP und Merkmale eines qualitativ ausgerichteten Wirtschaftssystems stärker sichtbar gemacht werden können.³⁰⁵

7.2.2. Nimmt die Bundesregierung Europa 2020 überhaupt ernst?

Die Frage, ob die österreichische Bundesregierung die Ziele von Europa 2020 als Pflichtgebot oder lediglich als Vorschlagskatalog ansieht, ist von Außenstehenden freilich nicht einfach zu beantworten. Auffallend ist jedoch, dass der österreichische Wirtschaftsbericht 2010 der neuen europäischen Wachstumsstrategie lediglich eine halbe Seite widmet.³⁰⁶

Es kann zurzeit durchaus bezweifelt werden, dass die Regierung Europa 2020 als Pflichtgebot ansieht. Bezeichnend dafür ist die österreichische Koordination der Lissabon- und jetzt der Europa 2020-Strategie: Früher hatte dieses Amt Martin Bartensteiner als

³⁰⁴ <http://derstandard.at/1289609220161/derStandardat-Interview-Den-USA-geht-es-noch-viel-schlechter> (01.12.2010)

³⁰⁵ Bundeskanzleramt Österreich 2010b, 15f

³⁰⁶ Siehe hierzu: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2010, 12

Wirtschaftsminister inne, später hätte es „Chefsache“ von Bundeskanzler Faymann werden sollen. Schließlich hat die Koordination von Europa 2020 jedoch kein Regierungsmitglied, sondern ein Beamter übernommen: der Jurist Harald Dossi, Leiter der Sektion IV im Bundeskanzleramt. Auch Norbert Templ von der Arbeiterkammer Wien vermutet, gestützt auf die Erfahrungen mit der Lissabon-Strategie, dass die Europa 2020-Ziele – die vermutlich größtenteils mit der Zeit auch ohne europäischen Druck in die nationale Politik eingeflossen wären – nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit verfolgt werden.

Überdies ist es in Österreich für die breite Masse überaus schwierig, Informationen zu Europa 2020 zu bekommen. Während die Presse die Strategie praktisch ignoriert, sind selbst auf der Internetpräsenz des Bundeskanzleramts, das wohlgerne für die Koordinierung und Kommunikation der EU-Strategie in Österreich verantwortlich ist, lediglich spärliche Informationen zu der abgelaufenen Lissabon-Strategie zu finden. Dass es ein neues Programm, die EU 2020-Strategie (wie Europa 2020 vor einem Jahr noch hieß) geben soll, wird allerdings erwähnt; das „EU-2020 Austrian Position Paper“ ist (ausschließlich in englischer Sprache) erhältlich.³⁰⁷ Zwar gibt es eine Seite www.lissabon-strategie.at (die direkt zu einer Informationsseite des BMWFJ verlinkt ist), eine österreichische Internetpräsenz zu Europa 2020 gibt es bis dato nicht.³⁰⁸ Die Internetseiten des BMWF und des BMWFJ erwähnen immerhin seit Ende des Jahres die neue Strategie und ihre zentralen Ziele.³⁰⁹ Letzteres hat außerdem am 3. Februar 2011 eine Pressemitteilung veröffentlicht, die zu den Vorhaben der Europäischen Union im Jahr 2011 Stellung nimmt.³¹⁰

Es ist jedenfalls in naher Zukunft nicht zu erwarten, dass die österreichische oder europäische Bevölkerung Interesse oder gar Verständnis für die Ziele der Europa 2020-Strategie aufbringen wird. Vielmehr werden vermutlich die meisten erst gar nicht erfahren, dass es eine solche überhaupt gibt. Dabei hätten die durchaus sinnvollen, gemeinsamen, europäischen Ziele – die ja erstmals auch den sozialen Bereich tangieren – vielleicht das

³⁰⁷ Stand: 03.03.2011

³⁰⁸ Die Seite www.europa2020.at existiert zwar, führt jedoch zu der Internetpräsenz des Europa 2020-Bürgerforums, das mit der Strategie nichts zu tun hat.

³⁰⁹ Vgl. <http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/EUROPA2020-dieneueStrategief%C3%BCrBesch%C3%A4ftigungundWachstum.aspx> (15.12.2010) und http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/europa_2020/ (15.12.2010)

³¹⁰ Siehe hierzu: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/III/III_00216/fnameorig_207970.html (03.03.2011)

Potential gehabt, das Konstrukt der Europäischen Gemeinschaft der traditionell europakritischen, österreichischen Bevölkerung ein Stück schmackhafter zu machen.

7.3. Ausblick

Um Stagnation, eine untragbare Schuldenbelastung und Kumulierung der Ungleichgewichte zu vermeiden und die Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen, muss Europa die Konsolidierung seiner öffentlichen Finanzen und die Reform des Finanzsektors jetzt beschleunigen und Strukturreformen Vorrang einräumen. Vor diesem Hintergrund billigte der Europäische Rat die Strategie Europa 2020 mit ehrgeizigen Zielen für einen neuen Wachstumspfad. Die ersten Angaben der Mitgliedstaaten zu den nationalen Zielen in den fünf Bereichen der Strategie Europa 2020 zeigen ganz klar, in welche Richtung die EU steuern muss, um ihre eigenen ehrgeizigen Ziele zu verwirklichen. Die vollständige Umsetzung dieser Strategie wird dazu beitragen, dass die EU gestärkt aus der Krise hervorgeht und sich zu einer wissensbasierten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaft mit einem hohen Grad an Beschäftigung, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt entwickelt.³¹¹

Der im Jänner 2011 erschienene jährliche Jahreswachstumsbericht der Europäischen Kommission sieht vorrangig in den möglichen Strukturreformen von Europa 2020 einen Weg aus der Krise. Für einen Erfolg der neuen Strategie an sich wird es aber umgekehrt auch wichtig sein, wie schnell sich die Wirtschaft in Europa bzw. in der Eurozone einigermaßen stabilisiert, damit Europa 2020, das ja ursprünglich nicht als direkte Antwort auf die Krise gedacht war, in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden kann. Die großen Herausforderungen für die Europäische Union in der näheren Zukunft sind jedenfalls: Die makroökonomischen Gleichgewichte müssen alsbald korrigiert werden, der europäische Finanzsektor muss stabilisiert werden, vor allem aber müssen die Haushalte der Mitgliedsländer konsequent konsolidiert werden.³¹²

Der öffentliche Bruttoschuldenstand stieg im Jahr 2010 insgesamt auf etwa 85% des BIP im Euroraum und auf 80% EU-weit.³¹³ Dazu Karl Aiginger vom Wirtschaftsforschungsinstitut:

Die Budgetkonsolidierung hat in Europa bereits schrittweise begonnen, ganz im Unterschied zu den USA, wo die Neuverschuldung höher und stärker steigend ist. Auch im Realsektor gibt es positive Nachrichten. [...] Europa hat in den letzten Jahren den Schuldenproblemen und der Stabilität des Finanzsektors zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.³¹⁴

³¹¹ Europäische Kommission 2011, 3

³¹² Vgl. ebd., 4f

³¹³ Vgl. ebd., 2

³¹⁴ <http://derstandard.at/1289609220161/derStandardat-Interview-Den-USA-geht-es-noch-viel-schlechter> (01.12.2010)

Zweifellos wird über den Weg aus der Wirtschaftskrise die Art und Weise der gemeinsam akkordierten Wirtschaftspolitik und der Grad der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten entscheiden. So sieht das auch Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich:

Die Länder der EU und mehr noch die Länder in der Eurozone sind immer stärker voneinander abhängig. Der Mangel an Reformen in einem Land wirkt sich auf alle anderen aus, wie aktuell das Beispiel Griechenland zeigt. Daraus gilt es jetzt die richtigen Schlüsse zu ziehen [...].³¹⁵

Die Europa 2020-Strategie könne hier als "*Grundstein*" für eine gemeinsame und verbindliche Wirtschaftspolitik dienen, um die EU wettbewerbsfähiger zu machen und damit sie gegenüber anderen Wirtschaftsräumen eine gewichtigere Rolle einnehmen könne, meint Leitl. Ob die Strategie dieser Rolle in den nächsten zehn Jahren auch tatsächlich gerecht wird, ist mehr als fraglich.

Es wird im Zuge der Eurokrise jedenfalls definitiv eine engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in der Eurozone geben.³¹⁶ Derzeit geht die Tendenz jedoch eher dahin, dass EU-gesteuerte Strukturreformen eher durch eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts als durch die Europa 2020-Strategie realisiert werden könnten.³¹⁷ Dazu Clemens Wallner von der IV:

Die Frage ist, ob die quantitativen Ziele von Europa 2020 erreicht werden. Ich kann's mir nicht vorstellen. Zumindest nicht im Rahmen von Europa 2020, vielleicht aber über den Umweg der neuen Euro-Krise, diesem außerplanmäßigen Mechanismus. Hier könnt ich's mir schon vorstellen, denn hier geht es um's eingemachte Geld. Es kann sein, dass die Haftungen nur unter der Bedingung vergeben werden, dass gewisse Strukturreformen vereinheitlicht werden. [...] Ich kann mir gut vorstellen, dass man einen gewissen Nachhaltigkeitsmechanismus einbaut.

Ähnlich sieht das auch Italiens Notenbankchef und EZB-Ratsmitglied Mario Draghi:

Wir müssen das Konzept des Stabilitäts- und Wachstumspakts erweitern. Bisher haben wir damit einen Mechanismus der Beobachtung und teilweise auch der Korrektur für die

³¹⁵ <http://derstandard.at/1267132226438/Reaktionen-Swoboda-fuer-europaeische-Wirtschaftsregierung> (07.03.2011)

³¹⁶ Vgl. http://www.eurotopics.net/de/archiv/archiv_dossier/DOSSIER82730-Merkel-will-europaeische-Wirtschaftsregierung (07.03.2011) oder <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/wir-brauchen-eine-europaeische-wirtschaftsregierung/3394318.html?p3394318=2> (07.03.2011)

³¹⁷ Vgl. Hacker/Van Treeck 2010, 5f

Bilanzen und Haushalte der Staaten. Nun müssen wir ihn wirkungsvoller machen und auf strukturelle Reformen ausweiten. Denn das Fehlen dieser Reformen ist der Grund, warum manche Länder nicht wachsen.³¹⁸

Überhaupt hat der Autor im Zuge seiner Recherchen den Eindruck gewonnen, dass manche politische Akteure auf österreichischer und europäischer Ebene Europa 2020 schon abgeschrieben haben, bevor die Strategie überhaupt noch richtig gestartet wurde und bereits über neue Wege für europaweite Strukturreformen sinnieren. Aufgrund der mangelhaften Steuerungs- und fehlenden Sanktionsmöglichkeiten sehen viele keine rosige Zukunft für die Strategie. So sieht das auch der österreichische EU-Abgeordnete Hannes Swoboda: Europa 2020 beinhalte zwar "*viele gute Sachen*", über die Umsetzung müsse man allerdings ernsthaft sprechen, einige Instrumentarien fehlen.³¹⁹

Im April 2011 müssen die Mitgliedsländer ihre ersten (regulären) Nationalen Reformpläne einreichen, der Europäische Rat wird seinerseits im Juni und Juli 2011 auf Grundlage der Einschätzungen der Kommission länderspezifische, politische Handlungsempfehlungen abgeben. Spätestens dann wird man sehen, ob Europa 2020 eine neue Dynamik erfährt oder übergangen wird. Für die Europäische Union wäre die erste Variante sicherlich wünschenswerter. Norbert Templ von der Arbeiterkammer bringt es auf den Punkt:

Ich glaube, dass es sich die Europäische Union nicht mehr leisten darf, Ziele über einen Zeitraum zu vereinbaren und dann später drauf zu kommen: „Hoppla, wir haben sie nicht erreicht. Wir probieren's halt die nächsten zehn Jahre wieder.“ Dann wird dieser Prozess lächerlich. Es wird für die EU sehr wichtig sein, dass die Europa 2020-Strategie zu einem Erfolg wird. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der Union.³²⁰

³¹⁸ <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/wir-brauchen-eine-europaeische-wirtschaftsregierung/3394318.html?p3394318=3> (07.03.2011)

³¹⁹ Vgl. <http://derstandard.at/1267132226438/Reaktionen-Swoboda-fuer-europaeische-Wirtschaftsregierung> (07.03.2011)

³²⁰ Interview mit Mag. Norbert Templ am 03.12.2010

8. Bibliographie und Quellen

8.1. Literatur

- Arbeitskreis Europa (2009): Für einen Kurswechsel. Forderungen an die neue EU-Kommission. Berlin.
- Arbeitskreis Europa (2010): Weichenstellung für eine nachhaltige europäische Wohlstandsstrategie. Berlin.
- Ausschuss der Regionen (2010): Europe 2020 Brief. October 2010. Brüssel.
- Barroso, José Manuel (2005): Wachstum und Jobs. Gemeinsam die Zukunft Europas gestalten. Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon. Luxemburg.
- Bundesarbeiterkammer (2010): AK Positionspapier. EU-2020-Strategie. Integrierte Leitlinien zu Europa 2020. Wien.
- Bundeskanzleramt Österreich (2005a): Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung. 2005-2007. Teil I. Wien.
- Bundeskanzleramt Österreich (2005b): Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung. 2005-2007. Integrierte Leitlinien. Teil II. Wien.
- Bundeskanzleramt Österreich (2005c): Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung. 2005-2007. Detailausführungen. Teil III. Wien.
- Bundeskanzleramt Österreich (2006): Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung. 1. Umsetzungsbericht 2006. Wien.
- Bundeskanzleramt Österreich (2007): Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung. 2. Umsetzungsbericht 2007. Wien.
- Bundeskanzleramt Österreich (2008): Zweites Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung. 2008-2010. Wien.
- Bundeskanzleramt Österreich (2009): Österreichisches Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung. Implementierungsbericht 2009. Wien.
- Bundeskanzleramt Österreich (2010a): EU 2020. Austrian Position Paper. Wien.
- Bundeskanzleramt Österreich (2010b): Österreichisches Reformprogramm. Entwurf 2010. Wien.
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend [Hrsg.] (2010): Wirtschaftsbericht Österreich 2010. Wien.

- Bundesregierung Österreich (2000) Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die XXI. Gesetzgebungsperiode. Wien.
- Bundesregierung Österreich (2003): Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode. Wien.
- Bundesregierung Österreich (2007): Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die XXIII. Gesetzgebungsperiode. Wien.
- Bundesregierung Österreich (2008): Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die XXIV. Gesetzgebungsperiode. Wien.
- Collignon, Stefan (2008): Vorwärts mit Europa. Für eine demokratische und progressive Reform der Lissabon-Strategie. Berlin.
- ECOFIN (2010): Report on EU macro-structural bottlenecks to growth at the national level. Brüssel.
- Ederer, Stefan/Janger, Jürgen (2010): Wachstums- und Beschäftigungspolitik unter europäischen Rahmenbedingungen. Wien.
- Europäische Kommission (2004): Die Herausforderung annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok. Brüssel.
- Europäische Kommission (2005): Integrated Guidelines for Growth and Jobs. 2005-2008. Brüssel.
- Europäische Kommission (2007a): Integrated Guidelines for Growth and Jobs. 2008-2010. Brüssel.
- Europäische Kommission (2007b): The EU Economy. 2007 Review. Brüssel
- Europäische Kommission (2009a): Konsultation über die künftige EU-Strategie bis 2020. Arbeitsdokument der Kommission. Brüssel.
- Europäische Kommission (2009b): Council Recommendation on the 2009 up-date of the broad guidelines for the economic policies of the Member States and the Community and on the implementation of Member States' employment policies. Brüssel.
- Europäische Kommission (2010a): Lisbon Strategy evaluation document. Brüssel.
- Europäische Kommission (2010b): Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Mitteilung der Kommission. Brüssel.
- Europäische Kommission (2010c): Empfehlung des Rates vom 27.4.2010 über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union. Teil I der integrierten Leitlinien zu Europa 2020. Brüssel.

- Europäische Kommission (2010d): Beschluss des Rates über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten. Teil II der integrierten Leitlinien zu Europa 2020. Brüssel.
- Europäische Kommission (2010e): Die „Innovationsunion“ – Ideen in Arbeitsplätze, umweltfreundliches Wachstum und sozialen Fortschritt umsetzen. Brüssel.
- Europäische Kommission (2010f): Guidance für drafting, implementing and monitoring National Reform Programmes under the Europe 2020 Strategy. Brüssel.
- Europäische Kommission (2010g): Governance, Tools and Policy Cycle of Europe 2020. Brüssel.
- Europäische Kommission (2011): Jahreswachstumsbericht: Gesamtkonzept der EU zur Krisenbewältigung nimmt weiter Gestalt an. Brüssel.
- Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Lissabon, 23. und 24. März 2000. Brüssel.
- Europäischer Rat (2002): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Barcelona, 15. und 16. März. 2002. Brüssel.
- Europäischer Rat (2010a): Tagung am 17. Juni 2010. Schlussfolgerungen. Brüssel.
- Europäischer Rat (2010b): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 28.-29. Oktober 2010. Brüssel.
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2010a): Sozialpartner und Zivilgesellschaft spielen Schlüsselrolle bei der Europa 2020-Strategie. Brüssel.
- Fischer, Severin/Gran, Stefan/Hacker, Björn et al. (2010): EU 2020. Impulse für die Post-Lissabonstrategie. Progressive Politikvorschläge zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung Europas. Berlin.
- Fritz-Vannahme, Joachim/García Schmidt, Armando/Hierlemann, Dominik/Vehrkamp, Robert (2010): Lissabon, die Zweite. Gütersloh.
- Hacker, Björn/Van Treeck, Till (2010): Wie einflussreich wird die europäische Governance? Reformierter Stabilitäts- und Wachstumspakt, Europa 2020-Strategie und „Europäisches Semester“. Berlin.
- Handler, Heinz (2006): Staatsausgaben und Wirtschaftswachstum in Europa. Der Beitrag der öffentlichen Ausgaben zur Lissabon-Strategie. Wien.
- Handler, Heinz et al. (2004): Strukturreformen in Österreich aus Sicht der Lissabon-Agenda. Wien.
- Hufferschmid, Jörg (2007): Kritik der Lissabon-Strategie. Bremen.

- Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (2010): EU-2020-Strategie. Integrierte Leitlinien zu Europa 2020. Wien.
- Karlhofer, Ferdinand/Tálos, Emmerich [Hg.] (2005): Sozialpartnerschaft. Österreichische und Europäische Perspektiven. Wien.
- Keller, Berndt/Seifert, Hartmut (2008): Flexicurity. Ein europäisches Konzept und seine nationale Umsetzung. Berlin.
- Kellermann, Christian/Ecke, Matthias/Petzhold, Sebastian (2009): Eine neue Wachstumsstrategie für Europa nach 2010. Berlin.
- Márquez, Felipe González/Vike-Freiberga, Vaira/Ollila, Jorma et al. (2010): Project Europe 2030. Challenges and Opportunities. A report to the European Council by the Reflection Group on the Future of the EU 2030. Brüssel.
- Marterbauer, Markus (2001): Zur Notwendigkeit einer Neuausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik. In: WISO 24. Jg. (2001), Nr. 3. Wien. S. 127-137.
- Marterbauer, Markus (2007): Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik. Wien.
- Mieg, Harald/Näf, Matthias (2005): Experteninterviews. Eine Einführung und Anleitung. Zürich.
- Österreichischer Gewerkschaftsbund (2010): Zukunft der Lissabon-Strategie post-2010. Entwurf eines österreichischen Positionspapiers. Wien.
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2010a): Europa 2020. Evaluierung und Ausblick. Sozialpartnertagung, 22.03.2010. Wien.
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2010b): Prognose 2010 und 2011. Aufschwung mit anhaltender Unsicherheit. Wien.
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2010c): Prognose 2010 und 2011. Aufschwung mit anhaltender Unsicherheit. Presseinformation. Wien.
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2010d): Prognose 2011 und 2012. Aufschwung setzt sich fort, Risiken bleiben bestehen. Wien.
- Paleczny, Gerhard (2009): Korporatismus auf österreichischer und europäischer Ebene. Österreichs Sozialpartnerschaft und der Soziale Dialog. Studienarbeit. München/Ravensburg.
- Rodrigues, Maria Joao [Hrsg.] (2009): Europe, Globalization and the Lisbon Agenda. Lissabon.
- Sozialpartner Österreich (2008): Das europäische Sozialmodell. Die Chancen nützen. Positionspapier der österreichischen Sozialpartner. Wien.

- Sozialpartner Österreich (2009): Die Lissabon-Strategie nach 2010. Positionspapier der österreichischen Sozialpartner. Wien.
- Sozialpartner Österreich (2010a): Positionen der Österreichischen Sozialpartner zu zentralen Herausforderungen der Zukunft. Bad Ischler Dialog 2010. Wien.
- Sozialpartner Österreich (2010b): Veranstaltung zu den Eckpunkten einer neuen Reformagenda bis 2020. Wien.
- Sozialpartner Österreich (2010c): Befragung durch den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Wien.
- Stuchlík, Andrej/Kellermann, Christian (2008): Europa auf dem Weg zur Sozialen Union? Die Sozialagenda der EU im Kontext europäischer Sozialstaatlichkeit. Berlin.
- Swoboda, Hannes (2010): Europa 2020 aus sozialdemokratischer Sicht. Wien.
- Szumaska, Elbieta (2008): Reformideen für die Lissabon-Strategie. Studienarbeit. München/Ravensburg.
- Tálos, Emmerich (2008): Sozialpartnerschaft. Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor in der Zweiten Republik. Innsbruck.
- Templ, Norbert (2010): EU-2020. Wohin geht die Reise? In: WISO 33. Jg. (2010), Nr. 2. Wien. S. 179-192.
- Templ, Norbert (2010): Nationales Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung 2010. Nur ein erster grober Entwurf. Wien.
- Treib, Oliver (2004): Der EU-Verfassungsvertrag und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates in Europa. Wien.
- Verband der Schweizer Studierendenschaften (2006): Grundlagenpapier Lissabon-Strategie. Bildungsökonomisierung in internationalen Prozessen – die Lissabon-Strategie. Bern.
- Volkshilfe Österreich (2010): Positionen. Armut in Österreich. Fakten, Hintergründe und Forderungen. Wien.
- Wirtschaftskammer Österreich (2009): Europa mitgestalten. Forderungskatalog der Wirtschaftskammer Österreich an die Mitglieder des Europäischen Parlaments und an die Europäische Kommission. 2009-2014. Wien.
- Wirtschaftskammer Österreich (2010a): Consultation of the European Commission on the EU 2020 Strategy. Contribution of the Austrian Federal Economic Chamber. Wien.
- Wirtschaftskammer Österreich (2010b): Zur Zukunft der EU-Handelspolitik. Wien.

8.2. Internetquellen

- Arbeiterkammer Wien: Wachstum und Beschäftigung muss in der EU Vorrang haben. <http://wien.arbeiterkammer.at/online/europa-2020-56444.html> (20.10.2010)
- Bundeskanzleramt Österreich: Wachstum und Beschäftigung – Europa 2020. <http://www.oesterreich.gv.at/site/4887/default.aspx> (11.10.2010)
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Nationales Reformprogramm (NRP) im Rahmen der Strategie für Wachstum und Beschäftigung. <http://www.bmsk.gv.at/cms/site/dokument.html?channel=CH0688&doc=CMS1232963771857> (12.10.2010)
- Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur: Frühzeitiger Schulabbruch. <http://www.bmukk.gv.at/schulen/sb/schulabbruch.xml> (12.12.2010)
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie: Forschung, Technologie und Innovation. <http://www.bmvit.gv.at/ministerium/bures/programm/fti.html> (23.12.2010)
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend: Bericht des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend zu den Vorhaben der Europäischen Union 2011. http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/III/III_00216/fnameorig_207970.html (03.03.2011)
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend: Europa 2020. <http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/EUROPA2020-dieneueStrategie%C3%BCrBesch%C3%A4ftigungundWachstum.aspx> (15.12.2010)
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend: Lissabon-Strategie. <http://www.bmwfj.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Seiten/LissabonStrategie.aspx> (07.10.2010)
- Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung: Europa 2020. http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/europa_2020/ (15.12.2010)
- Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung: MINT. <http://mint.bmwf.gv.at/content/about.php> (12.12.2010)
- Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/> (14.10.2010)
- Der Spiegel: Defizitverfahren: Frankreich drohen 7,5 Milliarden Strafe. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,251316,00.html> (07.03.2011)

- Der Spiegel: Scheitern wäre ein Erfolg. Essay zu Kopenhagen [UNO-Klimakonferenz 2009]. <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,665526,00.html> (26.10.2010)
- Der Standard: „Den USA geht es noch viel schlechter.“ Interview mit Karl Aiginger. <http://derstandard.at/1289609220161/derStandardat-Interview-Den-USA-geht-es-noch-viel-schlechter> (01.12.2010)
- Der Standard: Die sieben „Flaggschiff-Initiativen“. <http://derstandard.at/1267132199637/EU-2020-Die-sieben-Flaggschiff-Initiativen> (29.11.2010)
- Der Standard: EU-Staaten müssen mitspielen, sonst geht nichts. <http://derstandard.at/1267132180376/Wirtschaft--bis-2020-EU-Staaten-muessen-mitspielen-sonst-geht-nichts>
- Der Standard: Keine Einigung beim EU-Gipfel. Armutsbekämpfung spaltet die Union. <http://derstandard.at/1269448315650/Keine-Einigung-beim-EU-Gipfel-Armutsbekaempfung-spaltet-die-Union> (01.12.2010)
- Die Presse: Staatsschulden: Brüssel straft Österreich ab. http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/513263/Staatsschulden_Bruessel-straft-Oesterreich-ab (07.03.2011)
- Die Zeit: Europa legt neue Wachstumsstrategie vor. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-03/eu-barroso-eu-agenda-2020> (28.10.2010)
- Digitales Österreich: <http://www.digitales.oesterreich.gv.at/> (11.10.2010)
- Energiestrategie Österreich. <http://www.energiestrategie.at/> (10.12.2010)
- EUFIS: EU-Glossar. <http://www.eufis.de/eu-glossar.html?title=Offene%20Koordinierung> (19.10.2010)
- EurActiv: Deutschland und Spanien über EU-2020-„Sanktionen“ uneins. <http://www.euractiv.com/de/prioritaten/deutschland-spanien-eu-2020-sanktionen-uneins/article-188759> (24.02.2011)
- EurActiv: Europa 2020-Strategie. <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/linkdossier/eu-2020-strategie-000108>. (28.10.2010)
- EurActiv: „Europa 2020“. Keine Strafmaßnahmen vorgesehen. <http://www.euractiv.com/de/prioritaten/europa-2020-keine-straftmassnahmen-vorgesehen> (29.11.2010)
- EurActiv: Keine Strafen geplant. <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/europa-2020-keine-strafen-geplant-002730> (24.02.2011)

- EurActiv: Kritik an Europa 2020 - Ziele zu langfristig.
<http://www.euractiv.com/de/prioritaten/europa-2020-kritik-ziele-zu-langfristig-news-304355> (24.02.2011)
- Europa über Alles: Die Lissabon-Strategie der Europäischen Union.
<http://www.linksnet.de/de/artikel/19550> (07.10.2010)
- Europäische Kommission: Commission presents excessive deficit reports for five countries. http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/sgp/2010-05-12-edp_en.htm (07.03.2011)
- Europäische Kommission: Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. http://ec.europa.eu/eu2020/index_de.htm (20.10.2010)
- Europäische Kommission: National Renewable Energy Action Plans. http://ec.europa.eu/energy/renewables/transparency_platform/action_plan_en.htm (10.12.2010)
- Europäische Kommission: Public consultation on the Europe 2020 strategy. http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/eu2020/consultation_en.htm# (10.12.2010)
- Europäische Kommission: Towards a green and innovative economy. http://ec.europa.eu/archives/growthandjobs_2009/ (07.10.2010)
- Europäische Kommission: Was ist Flexicurity?
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=116&langId=de> (11.10.2010)
- Europäisches Parlament: Entschließung des Europäischen Parlaments zur EU-2020-Strategie. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=P7-RC-2010-0151&language=DE> (26.11.2010)
- Euros du village: Stratégie UE 2020. Chronique d'une déception annoncée. <http://www.eurosvillage.eu/Strategie-Europe-2020-chronique-d,3582?lang=fr> (21.12.2010)
- Eurostat. <http://epp.Eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/> (20.10.2010)
- Eurotopics: Merkel will europäische Wirtschaftsregierung. http://www.eurotopics.net/de/archiv/archiv_dossier/DOSSIER82730-Merkel-will-europaeische-Wirtschaftsregierung (07.03.2011)
- Financial Literacy. <http://www.financial-literacy.eu/cms/index.php?id=29&L=3> (01.03.2011)
- Forschungsstrategie 2020: Der Prozess. <http://www.forschungsstrategie.at/de/Prozess> (23.12.2010)

- Frankfurter Allgemeine Zeitung Online: Gerichtshof stärkt Stabilitätspakt.
<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~EAD10E24470D490AB4A326B08570696B~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
(07.03.2011)
- Green New Deal. <http://www.gruener-deal.de/> (14.02.2011)
- Handelsblatt: Mario Draghi: „Wir brauchen eine europäische Wirtschaftsregierung.“
<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/wir-brauchen-eine-europaeische-wirtschaftsregierung/3394318.html?p3394318=2> (07.03.2011)
- Homepage von Maria Joao Rodrigues: <http://www.mariajoaorodrigues.eu/>
(24.02.2011)
- Industriellenvereinigung Österreich: Europäische BIF-Themen / Europa 2020 / EIT.
<http://www.iv-net.at/b2279> (26.10.2010)
- Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft: Das österreichische Bildungssystem.
http://www.bic.at/downloads/at/brftipps/0_1_bildungssystem_de.pdf (12.12.2010)
- Internetoffensive Österreich: IKT-Strategie. <http://www.internetoffensive.at/>
(23.12.2010)
- Neue Wirtschaftsstrategie Europa 2020: Weniger ambitioniert, trotzdem umstritten.
<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/eugipfel216.html> (07.10.2010)
- ÖGB Europabüro: Neue EU-Strategie 2020. http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_7.5 (26.10.2010)
- Österreichische Volkspartei: Europa 2020.
<http://www.oevp.at/index.aspx?pageid=45921> (20.10.2010)
- Statistik Austria: Maastricht-Indikatoren.
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/maastricht-indikatoren/index.html (02.11.2010)
- Treffpunkt Europa: Zieht Europa die richtigen Konsequenzen aus dem Scheitern der Lissabon-Strategie? <http://www.treffpunkteuropa.de/Zieht-Europa-2020-die-richtigen-Konsequenzen-aus-dem-Scheitern-der> (07.10.2010)
- Wirtschaftskammer Österreich: Leitl: EU braucht eine gemeinsame und verbindliche Wirtschaftspolitik.
http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=538684&DstID=0&titel=Europa,2020 (29.11.2010)
- Zagamé, Paul: The cost of a non-innovative Europe.
http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/demeter-costs-non-innovative-europe-zagame_en.pdf (03.11.2010)

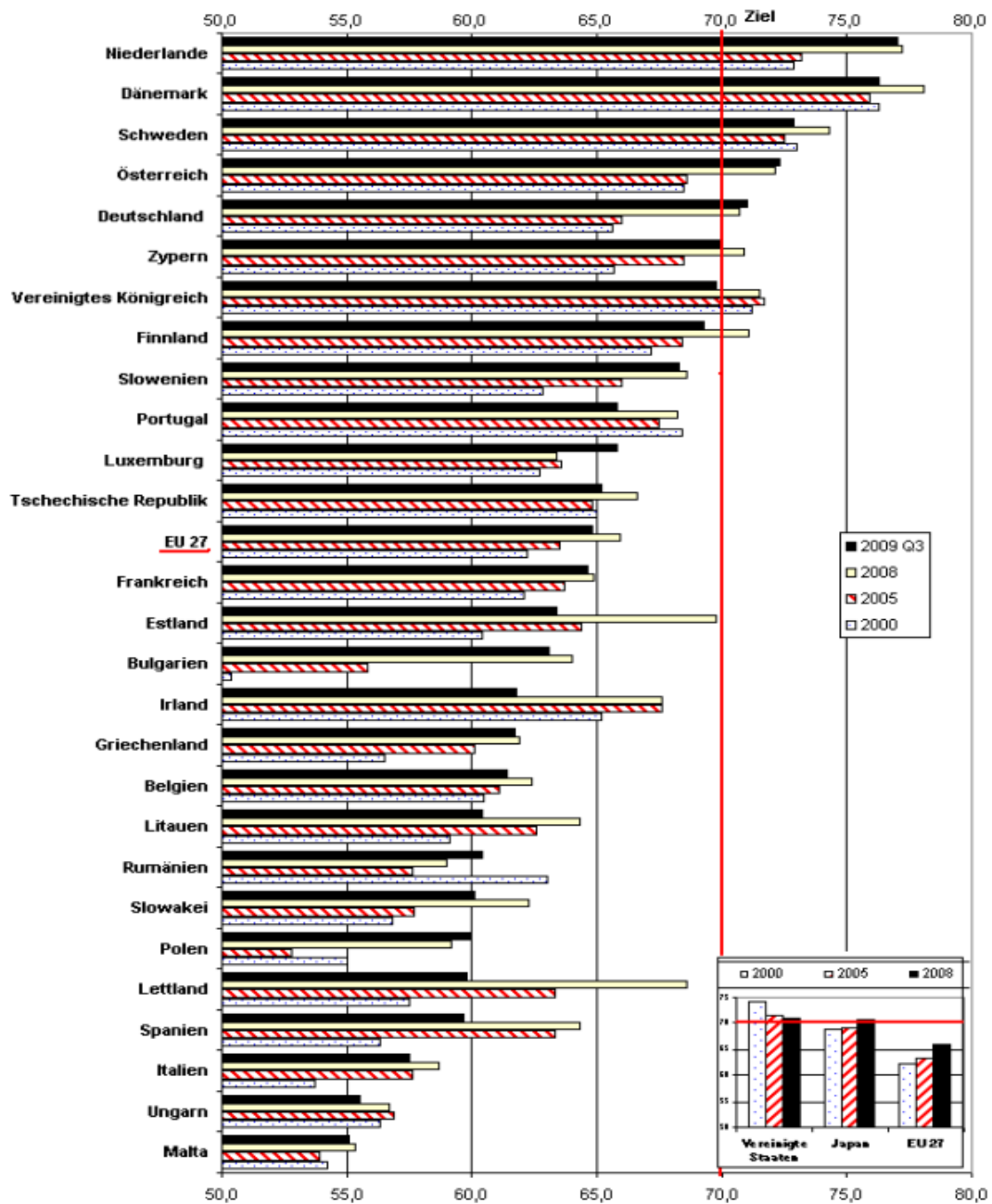
8.3. Interviewpartner

- Anonymer Mitarbeiter des österreichischen Bundeskanzleramts
- Mag. Tanja Buzek, Mitarbeiterin des ÖGB-Europabüros in Brüssel (Mail-Korrespondenz)
- Dr. Stefan Ederer, Experte für europäische Wirtschaftspolitik des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
- Dkfm. Milan Frühbauer, Dozent des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien
- Mag. Gerfried Gruber, Leiter des Europabüros der Österreichischen Landwirtschaftskammern in Brüssel (Mail-Korrespondenz)
- Mag. Edda Knittel, EU-Koordinatorin der Wirtschaftskammer Österreich (Mail-Korrespondenz)
- Dr. Andreas Lernhart, Referatsleiter in der Generaldirektion B des Rats der Europäischen Union
- Mag. Monika Lernhart, Mitarbeiterin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
- Dr. Peter Mooslechner, Direktor der Hauptabteilung Volkswirtschaft der Österreichischen Nationalbank
- Mag. Norbert Templ, Referent EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien
- Dr. Clemens Wallner, wirtschaftspolitischer Koordinator der Industriellenvereinigung Österreich

A. Anhang

I. Abbildungen

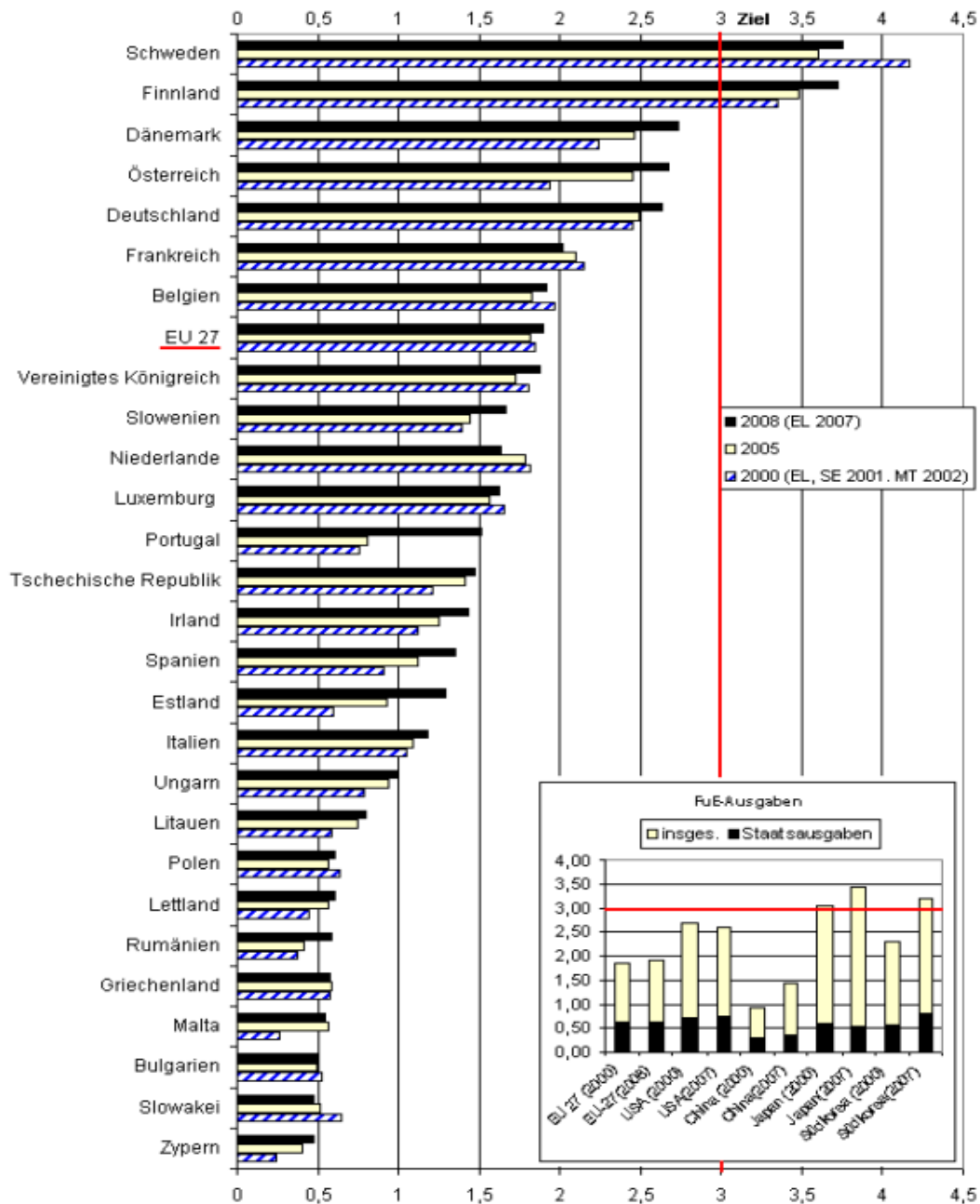
Abbildung 1: Beschäftigungsquote in der EU 2000-2009 (Altersgruppe 15-64 Jahre, in %)



(Quelle: Eurostat)

Kurzbeschreibung: Die Erwerbstätigenquote wird berechnet, indem die Zahl der erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren [Anm.: bei Europa 2020: 20 und 64 Jahre] durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe dividiert wird. Der Indikator beruht auf der EU-Arbeitskräfteerhebung. In der Erhebung wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung erfasst. Keine Berücksichtigung finden Personen, die in Anstaltshaushalten (Pensionen, Wohnheime, Krankenhäuser usw.) leben. Zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen alle Personen, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder zur Erzielung eines Gewinns arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren.

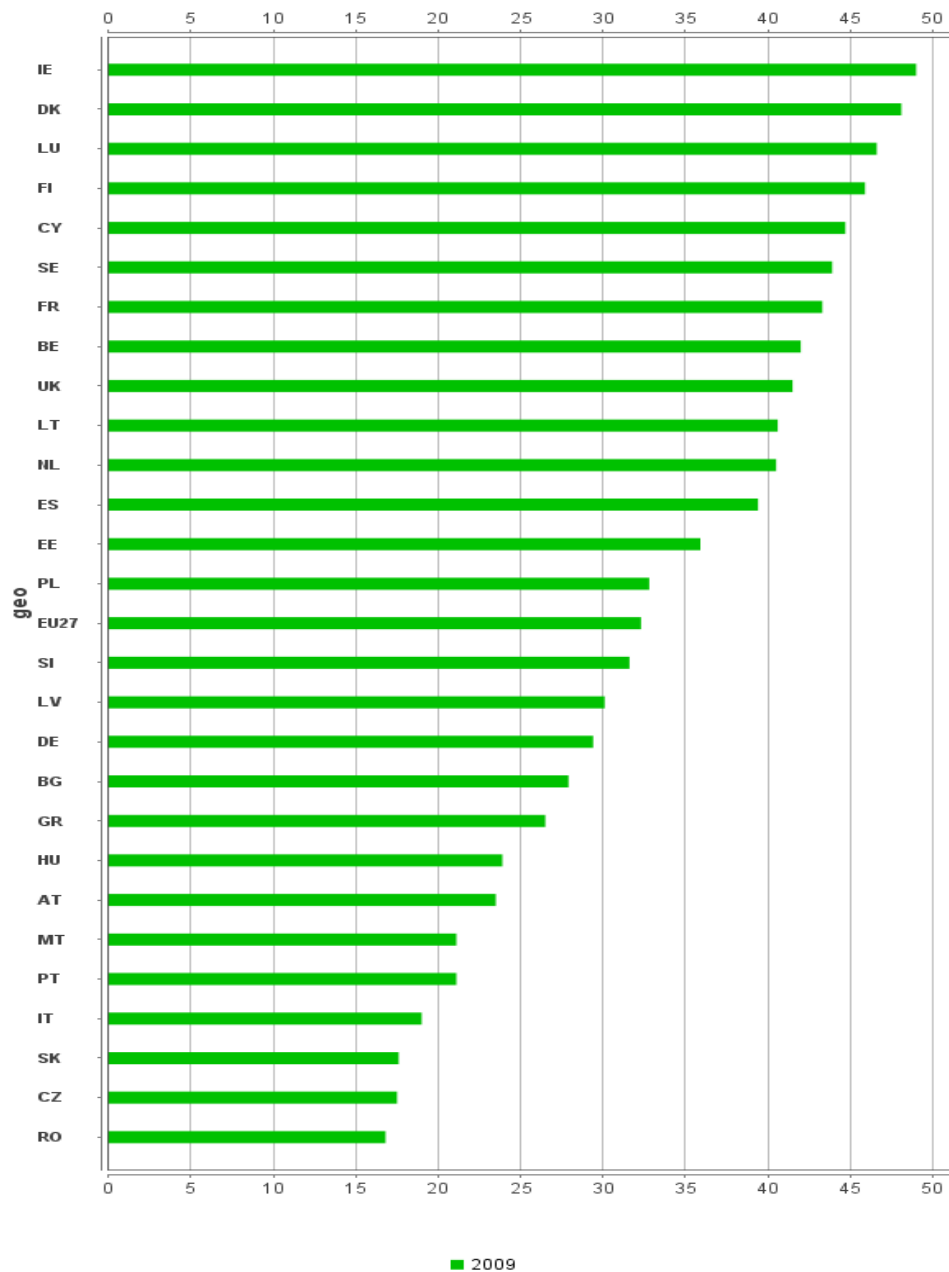
Abbildung 2: Ausgaben für FuE 2000-2008 (in % des BIP)



(Quelle: Eurostat)

Kurzbeschreibung: Der vorliegende Indikator ist GERD (Gross domestic expenditure on R&D) als Prozentanteil des BIP. "Forschung und Entwicklung (FuE) beinhalten eine kreative Tätigkeit auf einer systematischen Basis, mit dem Ziel, neue Kenntnisse - einschließlich Menschen-, Landes- und Gesellschaftskunde - zu gewinnen, sowie den Kenntnisbestand für neue Anwendungen zu nutzen" (Frascati Manual, 2002 edition, § 63). FuE ist eine Tätigkeit, in der wichtige Transfers zwischen Einheiten, Organisationen und Sektoren stattfinden; dabei ist es wichtig, FuE-Fonds zu verfolgen.

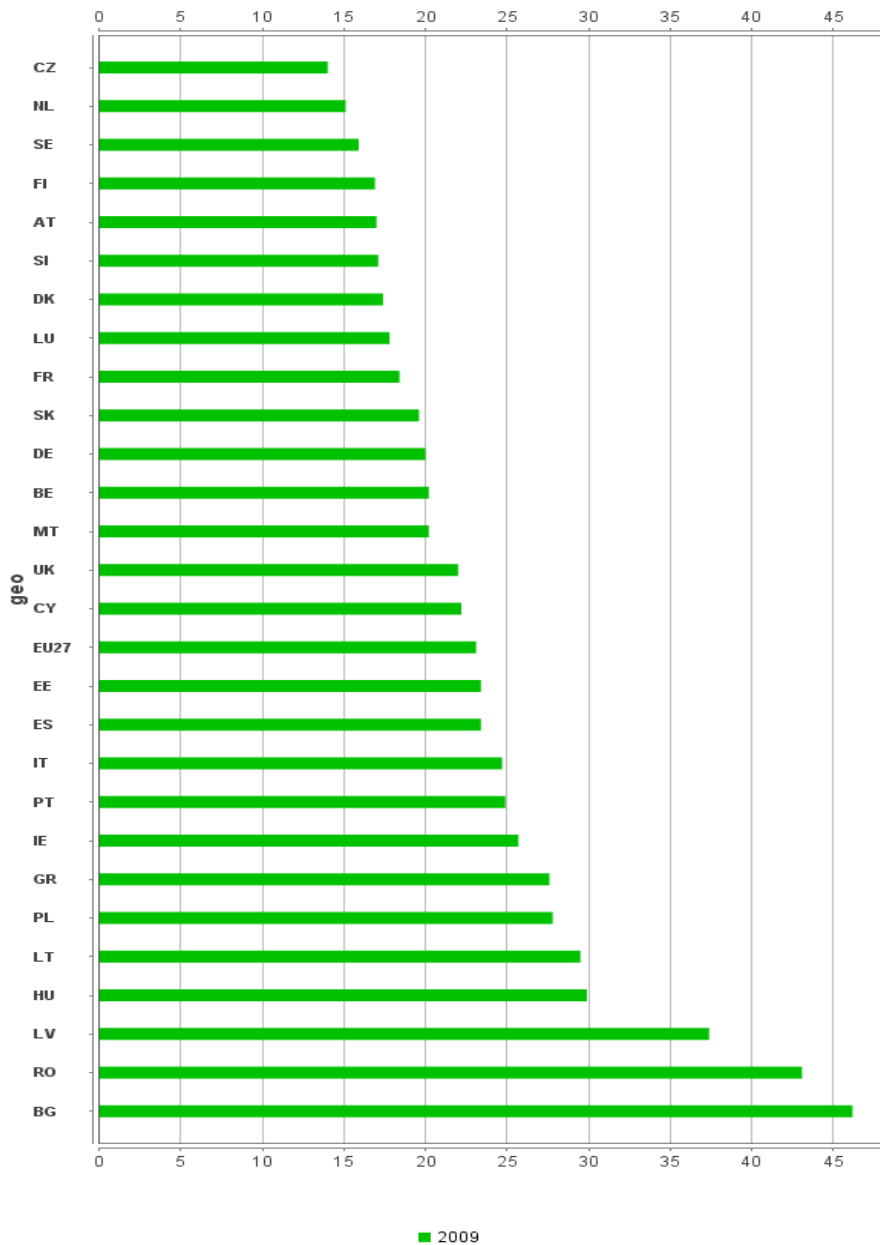
Abbildung 3: Bildungsabschlüsse im Tertiärbereich (Altersgruppe 30-34 Jahre, in %)



(Quelle: Eurostat)

Kurzbeschreibung: Anteil der 30-34jährigen mit abgeschlossenem Universitäts- oder Hochschulstudium (Tertiärbereich), die mindestens einen Bildungsabschluss der ISCED 1997-Ebenen 5 oder 6 besitzen (ISCED) - Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen). Mit diesem Indikator wird die Verwirklichung des Kernziels der Strategie Europa 2020, den Anteil der 30-34jährigen Bevölkerung mit abgeschlossener Hochschulbildung oder einem vergleichbaren Abschluss bis 2020 auf mindestens 40 % anzuheben, gemessen.

Abbildung 4: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung (in % der Bevölkerung)



(Quelle: Eurostat)

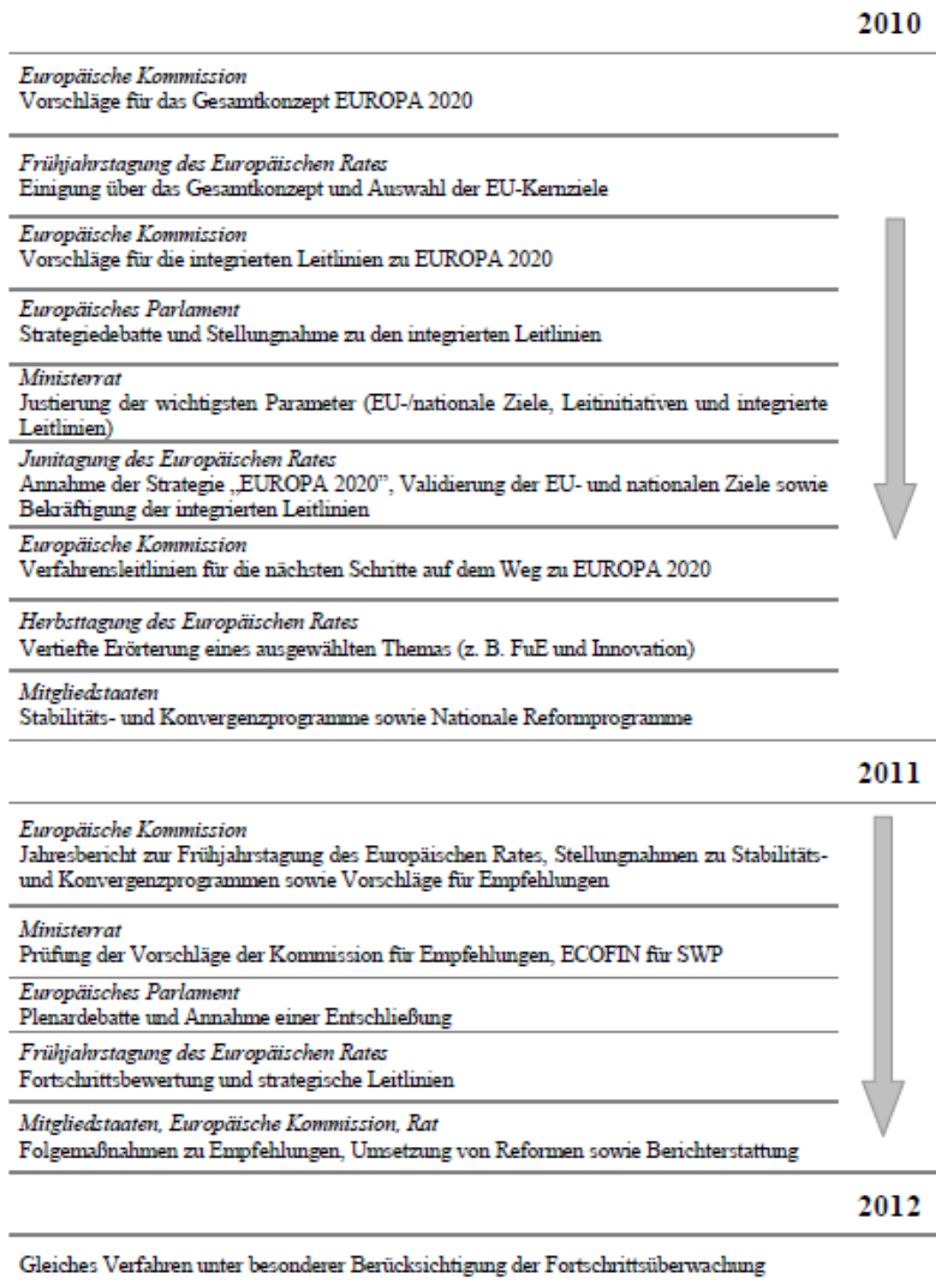
Kurzbeschreibung: Mit der Strategie Europa 2020 sollen die soziale Eingliederung gefördert und, insbesondere durch Armutsbekämpfung, mindestens 20 Mio. Menschen vom Armuts- und Ausgrenzungsrisiko befreit werden. Mit diesem Indikator werden Personen erfasst, die armutsgefährdet sind und/oder unter materiellen Entbehrungen leiden und/oder in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit leben. Wechselwirkungen zwischen den Indikatoren sind ausgeschlossen. Als von Armut bedroht gelten Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60 % des nationalen verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) liegt. Unter „materieller Entbehrung“ werden Indikatoren zu wirtschaftlicher Belastung, Gebrauchsgütern, Wohnen und Wohnungsumgebung zusammengefasst. Bei Personen, die unter erheblichen materiellen Entbehrungen leiden, sind die Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel stark eingeschränkt, und sie sind nicht in der Lage, für mindestens sechs der folgenden neun Ausgaben aufzukommen: i) Miete und Versorgungsleistungen, ii) angemessene Beheizung der Wohnung, iii) unerwartete Ausgaben, iv) jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr, v) einen einwöchigen Urlaub an einem anderen Ort, vi) ein Auto, vii) eine Waschmaschine, viii) einen Farbfernseher oder ix) ein Telefon. Als in Haushalten mit niedriger Erwerbstätigkeit lebend gelten Personen im Alter von 0-59 Jahren, die in Haushalten leben, in denen die Erwachsenen im vorhergehenden Jahr insgesamt weniger als 20 % gearbeitet haben.

Abbildung 5: Europa 2020 – ein Überblick

KERNZIELE		
INTELLIGENTES WACHSTUM	NACHHALTIGES WACHSTUM	INTEGRATIVES WACHSTUM
<p>INNOVATION EU-Leitinitiative „Innovationsunion“ zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Verfügbarkeit finanzieller Mittel für Forschung und Innovation, um die Innovationskette zu stärken und die Investitionen in der Union zu erhöhen.</p> <p>BILDUNG EU-Leitinitiative „Jugend in Bewegung“, um unsere Bildungssysteme leistungsfähiger und das europäische Hochschulwesen attraktiver für Studenten aus aller Welt zu machen.</p> <p>DIGITALE GESELLSCHAFT EU-Leitinitiative „Eine digitale Agenda für Europa“, um die Verbreitung des Hochgeschwindigkeits-Internet zu beschleunigen und die Vorteile eines digitalen Binnenmarktes für Haushalte und Unternehmen zu nutzen.</p>	<p>KLIMA, ENERGIE UND MOBILITÄT EU-Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ zur Abkoppelung des Wirtschaftswachstums von der Ressourcennutzung durch den Einsatz kohlenstoffarmer Technologien, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, die Modernisierung unseres Verkehrswesens und die Förderung von Energieeffizienz.</p> <p>WETTBEWERBSFÄHIGKEIT EU-Leitinitiative „Eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“ zur Verbesserung des Geschäftsumfelds, insbesondere für KMU, und zur Förderung einer starken und tragfähigen Industriestruktur, die international wettbewerbsfähig ist.</p>	<p>BESCHÄFTIGUNG UND QUALIFIKATIONEN EU-Leitinitiative „Neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ zur Modernisierung der Arbeitsmärkte, indem die Mobilität der Erwerbstätigen und der lebenslange Erwerb von Qualifikationen erleichtert werden, um die Beschäftigungsquote zu erhöhen und Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser aufeinander abzustimmen.</p> <p>BEKÄMPFUNG DER ARMUT EU-Leitinitiative „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“ zur Gewährleistung des sozialen und territorialen Zusammenhalts, damit die Vorteile von Wachstum und Beschäftigung allen zugute kommen, und Menschen, die unter Armut und sozialer Ausgrenzung leiden, in Würde leben und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.</p>
<p>– Erhöhung der Beschäftigungsquote der 20-64-jährigen von derzeit 69 % auf mindestens 75 %.</p> <p>– Investitionen in Höhe von 3 % des BIP in FuE, insbesondere durch verbesserte Bedingungen für FuE-Investitionen des Privatsektors, sowie Entwicklung eines neuen Indikators zur Erfassung von Innovation.</p> <p>– Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 20 % gegenüber 1990 bzw. um 30 %, wenn die Bedingungen dies zulassen, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an unserem Energieverbrauch auf 20 % sowie Steigerung der Energieeffizienz um 20 %.</p> <p>– Verringerung der Schulabbrecherquote von derzeit 15 % auf 10 % sowie Erhöhung des Anteils der 30-34-jährigen mit Hochschulabschluss von 31 % auf mindestens 40 %.</p> <p>– Verringerung der Zahl der unter den nationalen Armutsgrenzen lebenden Europäer um 25 %, wodurch 20 Millionen Menschen aus der Armut befreit würden.</p>		

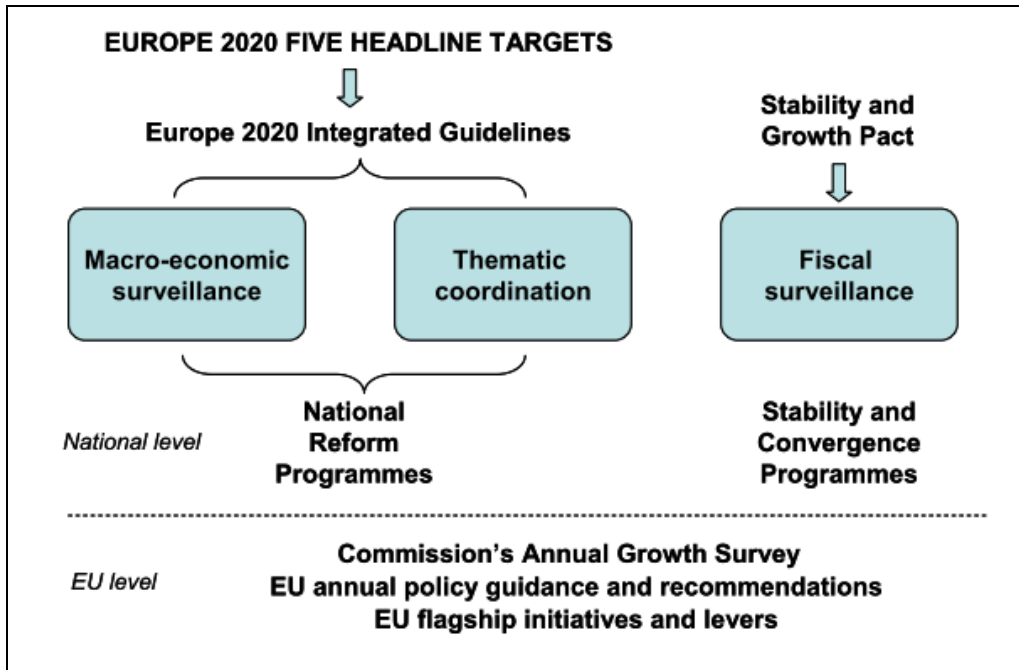
(Quelle: Europäische Kommission 2010b)

Abbildung 6: Europa 2020 - Zeitleiste 2010-2012



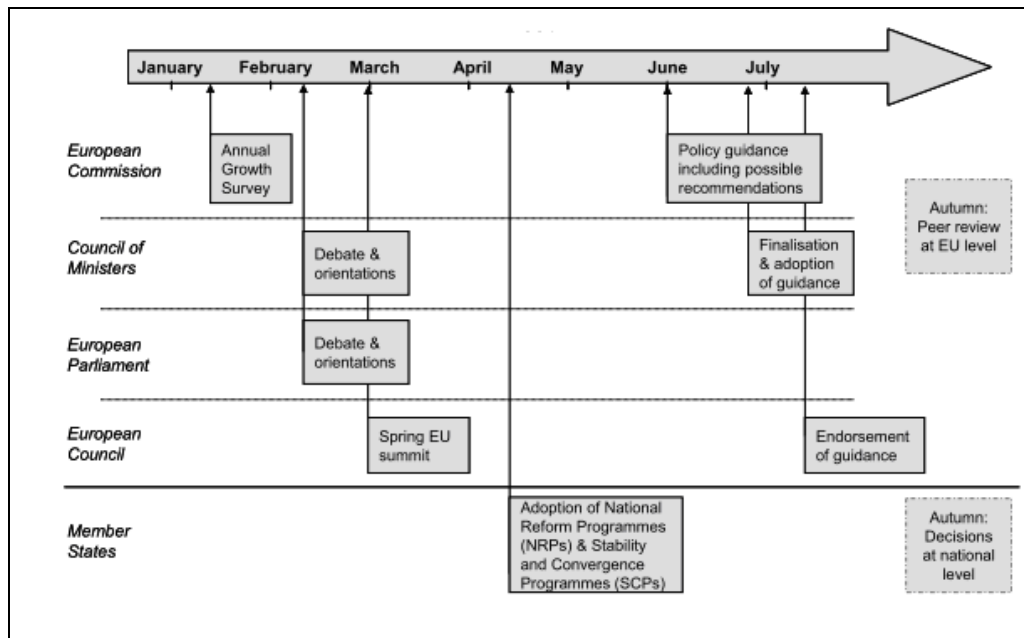
(Quelle: Europäische Kommission 2010b)

Abbildung 7: Governance der Europa 2020-Strategie



(Quelle: Europäische Kommission 2010g)

Abbildung 8: Das Europäische Semester



(Quelle: Europäische Kommission 2010g)

Abbildung 9: Ergebnisse der Regierungsklausur vom 22./23. Oktober 2010

Maßnahmen auf der Ausgabenseite (auszugsweise)

- **Öffentliches Pensionssystem:** Anpassungen
- **Öffentliche Pensionen:** moderate Anhebung 2011
- **Pflegegeld:** Anpassungen
- **Kinderbeihilfen:** Anpassungen
- **Gesundheit:** Anpassungen
- **Personalbestandsmaßnahmen Bund**
- **Lohnentwicklung Bund:** Moderate Anhebung 2011
- **Verschiebung Investitionen (Verkehr)**
- **Verringerung von Subventionen**
- **Senkung der Verwaltungskosten**
- **Offensivmaßnahmen:** u.a. Thermische Sanierung, Bildung, Wissenschaft; Anhebung der Forschungsprämie

Maßnahmen auf der Einnahmenseite (auszugsweise)

- Einführung einer **Stabilitätsabgabe** (Bankenabgabe)
- Einführung einer **Flugabgabe** (Abgabe auf Flugtickets)
- **Einkommensteuer** (Schließen von Schlupflöchern, Einkünfte aus Kapitalvermögen)
- **Körperschaftsteuer** (Anhebung der Zwischensteuer bei Privatstiftungen ua, Schließen von Schlupflöchern)
- **Umsatzsteuer** (Betrugsbekämpfung)
- **Energieabgabenvergütung** (Einschränkung)
- **Normverbrauchsabgabe** (Anpassung an strengere CO2-Werte)
- **Tabaksteuer** (Anhebung)
- **Mineralölsteuer** (Anhebung)
- **Anhebung der Pendlerpauschale und des Pendlerzuschlags**
- **Kraftfahrzeugsteuer** (Senkung)
- **Forcierung der Betrugsbekämpfung**

(Quelle: Bundeskanzleramt Österreich 2010b)

II. Transkriptionen³²¹

II.1. Interview mit Mag. Norbert Templ

Interview am 3. Dezember 2010, Arbeiterkammer Wien, Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien

I: Gerhard Paleczny

B: Mag. Norbert Templ, Referent für EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien

I: Eine umfassende Verfahrensreform blieb aus, die massiv kritisierte Offene Methode der Koordinierung wird bei Europa 2020 fortgesetzt. Die Kommission ist allerdings seit der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon mit neuen Rechten ausgestattet. Ihre Einschätzung, glauben Sie an eine bessere Koordinierung von Europa 2020 sowie an eine gesteigerte Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten?

B: Die OMK, die mit der Strategie von Lissabon eingeführt wurde, haben wir grundsätzlich begrüßt, weil sie eine Möglichkeit bietet, gemeinsame Ziele und Strategien zu formulieren, auch in den Politikbereichen, die nicht in der Kompetenz der Europäischen Union liegen. Man hat aber leider nicht viel Fantasie entwickelt, was man an Sanktionsmöglichkeiten schaffen könnte. Es gibt nämlich natürlich auch Umsetzungsmaßnahmen, mit denen wir unsere Probleme haben – vor allem im Bereich Flexibilisierung. Wir haben uns überlegt, dass die Kommission eine stärkere Rolle bei der Vergabe der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds erhalten sollte. Sie sollte verlangen können, dass ein säumiger Mitgliedstaat die ihm zustehenden Fondsmittel dort einsetzen muss, wo die Kommission Defizite festgestellt hat. Österreich wurde zum Beispiel zu Recht kritisiert, dass es bei den Gleichstellungsmaßnahmen hinterherhinkt. Hier könnte man mit Mitteln des Sozialfonds durchaus Druck ausüben. Es entsteht hier auch ein gewisser Gruppendruck.

³²¹ Hier sind jene Transkriptionen angeführt, die aufgezeichnet werden konnten und von den befragten Personen autorisiert wurden.

I: Was halten Sie vom Vorschlag des Ratspräsidenten, der meint, man könnte statt Sanktionen anzudrohen ja auch Belohnungen einsetzen? Dass man beispielsweise Rumänien finanziell belohnt, wenn sie ihre jährlichen Beschäftigungsziele erreichen.

B: Das ist eine durchaus interessante Vorgabe. Das haben wir uns auch angeschaut.

I: Und dazu würde man ja auch keinen komplexen rechtlichen Background benötigen.

B: Die Frage ist natürlich, ob das ins EU-Budget passt. Da sind die Gelder ja schon lange Zeit verplant. Der Spielraum im Haushaltsbudget ist da nicht sehr groß, außer man schafft einen eigenen Posten dafür. Wäre aber eine Möglichkeit.

I: Wäre eine Möglichkeit *gewesen*. Das ist also vom Tisch, weil kein Geld dafür da ist?

B: So ist es.

I: Zurück zur Lissabon-Strategie. Die Kommission räumt ein, dass die Lissabon-Strategie im Großen und Ganzen gescheitert ist. Welche positiven Aspekte des ersten Versuchs einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie kann man dennoch für die neue Europa 2020-Strategie mitnehmen?

B: Ein positiver Effekt aus unserer Sicht war mit Sicherheit, dass man das Thema Vollbeschäftigung in die Lissabon-Strategie aufgenommen hat. Es ist auch wesentlich, dass man europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik auf europäischer Ebene angesprochen hat. Die Ziele sind wichtig, wir haben sie ja auch begrüßt. Und es ist auch ein gewisses Druckmittel für die nationale Regierung: „Auf europäischer Ebene wurde das so vereinbart, da muss mehr passieren!“ Die Lissabon-Strategie war sicherlich ein sinnvoller Input von europäischer Seite. Leider sind jetzt die Barcelona-Ziele in der neuen Europa-2020-Strategie nicht mehr verankert. Es gibt nur mehr die fünf zentralen Kernziele. Es wäre aber sicherlich sinnvoller gewesen,

auch Teilziele in der „Pipeline“ zu haben, z.B. bei der Kinderbetreuung, bei der Jugendbeschäftigung usw. Das fehlt uns in der neuen Strategie.

- I: Das war ja aber genau ein großes Problem der Lissabon-Strategie, dass es eben zu viele Ziele gab.
- B: Das stimmt schon. Es ist auch immer wieder kritisiert worden, dass dieser Lissabon-Prozess eine irrsinnige Berichtsflut nach sich gezogen hat. Aber in dem Kernbereich Beschäftigung sind diese Ziele eben wichtig. Es schade, dass diese Ziele offenbar aufgegeben wurden.
- I: Die Europäische Kommission schreibt 2010 in ihrem Arbeitspapier hinsichtlich der gescheiterten Lissabon-Strategie: *„Die Welt hat sich sicherlich mehr verändert und anders entwickelt, als Analysten, Entscheidungsträger und Politiker dies damals erwartet hätten.“* Ist man diesmal gegen unvorhersehbare Ereignisse besser gewappnet? Ist Europa 2020 flexibler?
- B: Man hat versucht die Europa 2020 als Beitrag zur Bewältigung der Krise zu verkaufen. Das ist unserer Meinung nach eine völlig falsche Sicht. Es könnte durchaus ein Beitrag sein, wenn die Strategie richtig angelegt wäre. Das Problem an den beiden Strategien ist aber einfach die mangelhafte Einbettung in einen entsprechenden makroökonomischen Rahmen für Wachstum und Beschäftigung. Die Europäische Union war ja schon vor Ausbruch der Krise nicht auf Kurs der Lissabon-Ziele. Selbst wenn es überhaupt keine Krise gegeben hätte, wäre die Bilanz der alten Lissabon-Strategie negativ ausgefallen, weil Europa zu wenig tut, um die Binnennachfrage zu stärken. [...] Das war immer einer unserer Hauptkritikpunkte. Wenn nicht entsprechende Nachfrage in Europa erzeugt wird, werden wir nicht die Wachstumsraten erzeugen, die wir brauchen, um diese Ziele zu schaffen. Daran krankte die alte und daran krankt auch die neue Strategie. Aber das ist eine andere Ebene. Jetzt geht es tatsächlich einmal darum, die Krise zu bewältigen, alle Staaten sind hoch verschuldet. [...]
- I: Was waren die weiteren Forderungen der AK?

- B: Wir fordern außerdem auch mehr öffentliche Investitionen in Europa. Dann kommen wir natürlich in das Spannungsfeld mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Daher fordern wir hier eine Reform, die den einzelnen Staaten mehr Spielraum lässt, um zu investieren. Das ist ein Strukturfehler der alten Lissabon-Strategie gewesen und ich hab leider das Gefühl, dass das nicht bereinigt wurde. Die Diskussion zur Verstärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung – economic government, da geht es in eine Richtung, die den Wachstumspakt noch mehr verschärfen will. Das ist die Achillesferse der Lissabon-Strategie und das bleibt weiterhin eine offene Frage.
- I: Das liegt aber auch am vorherrschenden Paradigma in der Union, besonders in der Kommission, das eher Mitte-rechts, neoliberal gefärbt ist.
- B: Genau, so ist es.
- I: Die Wirtschaftsphilosophie auf europäischer Ebene wird sich aber voraussichtlich auch nicht so bald ändern, da wird es wohl wenig Bewegung geben.
- B: Das Wort Strukturreform ist ein tragender Begriff der Lissabon-Strategie geworden. Ich möchte vorausschicken: Es gibt natürlich Strukturreformen, die durchaus Sinn machen. Aber eine der wesentlichen Strukturreform, die es bedürfte, wäre, wie gesagt, ein entsprechender makroökonomischer Rahmen. Es gibt auf europäischer Ebene diese „Bottleneck“-Debatte: Alle Mitgliedstaaten sollen analysieren, wo ihre Wachstumshemmnisse sind. Das WIFO hat dankenswerterweise eine Studie [Anm. im Auftrag des Bundeskanzleramts] gemacht, die sich mit österreichischen „Bottlenecks“ beschäftigt.³²² Hier wurde sehr konkret angesprochen, dass ein ganz essentielles Wachstumshemmnis in Österreich die mangelnde Nachfrage ist, die wiederum mit der sehr mäßigen Lohnentwicklung und der Verteilung von Einkommen und Vermögen zusammenhängt. Das müsste meiner Meinung nach bei der Europa 2020-Strategie in den Vordergrund gerückt werden. [...] Das zweite

³²² Siehe hierzu Kapitel 5.3. dieser Arbeit

große Wachstumspotential, das ich in Österreich und Europa sehe, ist der Green New Deal.

- I: Bei Europa 2020 gibt es, im Gegensatz zur Lissabon-Strategie, erstmals auch soziale Ziele.
- B: Das stimmt, die Armutsziele wurden in der alten Strategie vernachlässigt. Jetzt haben wir ein konkretes Ziel. Das ist sicher ein Fortschritt. Im ersten Entwurf von Europa 2020 stand das allerdings noch nicht so im Fokus.
- I: Kommen wir zu Österreich und der Europa 2020-Strategie. Wenn man sich die Lissabon-Ziele anschaut und sie mit den aktuellen österreichischen Wirtschaftsdaten vergleicht, sieht man, dass Österreich eigentlich gar nicht so schlecht abgeschnitten hat. Wo gab's dennoch Probleme?
- B: In Österreich gab's Probleme in dem Segment Beschäftigung. Die Gesamtbeschäftigungsquote ist relativ gut gestiegen in diesem Zeitraum. Aber überhaupt nicht gut gelaufen ist es bei den älteren Arbeitnehmern, bei den Barcelona-Zielen und bei der Frauenbeschäftigungsquote.
- I: Die österreichische Frauenbeschäftigungsquote ist im europaweiten Vergleich aber gar nicht so schlecht.
- B: Genau. Aber bei den Frauen gibt es einen extrem hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigungen. Manche sagen, viele Frauen wollen Teilzeitbeschäftigungen, wir haben da andere Informationen. Wir haben Vollbeschäftigung für Frauen auch in das österreichische Reformprogramm hinein reklamiert. Und auch die Qualität der Arbeit wurde zu wenig berücksichtigt. Wir haben ja in Österreich einen wachsenden Anteil an atypischer Beschäftigung, es gibt viele prekäre Arbeitsplätze. Das war in der Lissabon-Strategie kein Thema. Es gibt aber allerdings meines Wissens auch keine wirklichen Indikatoren. [...] Wo wir auch ein großes Defizit haben, sind sicherlich die Klimaziele. Ansonsten war

allerdings die österreichische Performance im Vergleich zu anderen Staaten nicht so schlecht.

I: Bei der österreichischen Positionsfindung zu Europa 2020, was waren hier die Hauptanliegen der Arbeiterkammer?

B: Wir haben immer dieses alte Ziel der Lissabon-Strategie kritisiert, dass die EU zum stärksten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden soll. Das ist quasi eine Kampfansage an die anderen Wirtschaftsräume. Wir haben das „Wettlauf der Besessenen“ genannt. Wir haben das auf eine etwas positivere Formulierung herunter geholt, nämlich, dass Europa zu einem führenden, wettbewerbsfähigen, florierenden Wirtschaftsraum werden soll, der den Beweis erbringt, dass Vollbeschäftigung mit Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Fortschritt vereinbar ist. Im Kommissions-Dokument hat man sich dann auch tatsächlich von dieser Kampfparole gelöst. Wir haben weiters eingefordert, dass es klare Ziele im Bereich der sozialen Dimension der Strategie brauchen, im Bereich der Armutsbekämpfung. [...] Wir haben auch das Thema Ökologisierung eingebracht, die man als starker Wachstumsmotor begreifen sollte. Stichwort Green-Jobs. [...] Wir haben auch klare Vorstellungen zum zukünftigen EU-Budget. Es geht uns hier um die Umschichtung aus dem Agrarbereich in den Sozialfonds. Faire Verteilung und Fragen der Besteuerung, alles ein Thema der AK-Position. Wir haben also eine ziemliche Latte an Vorschlägen in diesen Diskussionsprozess eingebracht. Wir haben uns am Konsultationsverfahren beteiligt. Wir haben auch ein gemeinsames Sozialpartnerpapier erarbeitet, dass wir in Brüssel sehr stark präsentiert haben – alle vier Präsidenten waren dort.

I: Bemerkenswert ist, dass dieses Papier ja schon veröffentlicht wurde, bevor noch die Kommission den Konsultationsprozess eröffnet hat.

B: Die Sozialpartner waren die eigentlich ersten, die zu einer Post-Lissabon-Strategie an die Kommission ihre Position übermittelt haben. Ich hatte auch den Eindruck, dass wir ernst genommen wurden, denn manche Formulierungen im

Kommissionspapier erinnern mich an unsere Formulierungen im Sozialpartnerpapier. [...]

I: Wie wird die österreichische Bundesregierung mit den Europa 2020-Zielen umgehen. Sind sie wirklich ein Pflichtgebot oder lediglich ein Vorschlagskatalog? Nimmt die Regierung die Ziele ernst?

B: Das ist eine interessante Frage. Also wenn ich mir den letzten Zeitraum anschau, dann habe ich nicht den Eindruck, dass die Ziele ernst genommen werden. Trotzdem aber glaube ich, dass der Prozess durchaus Potential hat. Eine europäische Strategie, wo man gemeinsam versucht Ziele umzusetzen, kann sicherlich motivierend wirken. Die Ziele werden von den Mitgliedstaaten ernster genommen als früher. Dennoch muss man sich das erst einmal anschauen. Ich glaube, dass Europa 2020 bei der Regierung grundsätzlich schon ein wichtiges Thema ist. Derzeit wird allerdings alles von der Finanz- und Wirtschaftskrise überlagert. Wir werden uns jedenfalls diesen Prozess jährlich genau anschauen, wie schon in den letzten zehn Jahren. Die wichtigsten Instrumente dieser neuen Strategie sind ja die Reformprogramme, die ja jetzt jährlich erarbeitet und im April der Kommission übermittelt werden müssen.

I: Vielleicht am Ende des Interviews noch ein Einschätzung von Ihnen: Wird Europa 2020 ein Erfolg?

B: Ich glaube, dass es sich die Europäische Union nicht mehr leisten darf, Ziele über einen Zeitraum zu vereinbaren und dann später drauf zu kommen: „Hoppla, wir haben sie nicht erreicht. Wir probieren’s halt die nächsten zehn Jahre wieder.“ Dann wird dieser Prozess lächerlich. Es wird für die EU sehr wichtig sein, dass die Europa 2020-Strategie zu einem Erfolg wird. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der Union.

I: Herzlichen Dank für das Gespräch!

II.2. Interview mit Mag. Gerfried Gruber

Mail-Korrespondenz am 17. Dezember 2010

I: Gerhard Paleczny
B: Mag. Gerfried Gruber, Leiter des Europabüros der Österreichischen Landwirtschaftskammern in Brüssel

I: Die Europäische Kommission räumt ein, dass die Lissabon-Strategie im Großen und Ganzen gescheitert ist. Welche positiven Aspekte des ersten Versuchs einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie kann man dennoch für die neue Europa 2020-Strategie mitnehmen?

B: Persönlich würde ich sagen, dass man zumindest erkannt hat, wie es nicht geht. Sich auf fixe Benchmarks zu konzentrieren war zu eng und musste scheitern. Die Herausforderung wird sein, wie künftig die Flexibilität (u.a. beim EU-Budget) erreicht werden kann, ohne dass die Planungssicherheit etwas in der GAP verloren geht. Der verstärkt integrierte Ansatz ist an sich zu begrüßen, da der Einsatz von Steuergeldern durch die EU verstärkt auf Effizienz und Nutzen hin geprüft werden wird.

I: Viele meinen auch, dass es bei der Lissabon-Strategie insbesondere auch an der Umsetzung mangelte. Es gab bei der Verwirklichung der Lissabon-Ziele tatsächlich enorme Unterschiede bei den Mitgliedstaaten. Wie hat Österreich hierbei abgeschnitten?

B: Österreich schneidet zumeist sehr gut ab. Betreffend der Kontrolle der Programme im Agrarbereich kann man jedenfalls feststellen, dass es in den letzten Jahren zu praktisch keinen Rückforderungen seitens der Kommission gekommen ist, die Umsetzung kann in diesem Sinne als vorbildlich bezeichnet werden. Generell ist zu hinterfragen, ob EU-Mittel richtig oder überhaupt genutzt wurden. Die Tatsache, dass im Kohäsionsfonds bis 2013 noch etwas 100 Milliarden Euro ungenutzt zur Verfügung stehen, lässt gewisse Zweifel aufkommen an der Fähigkeit mancher

Mitgliedstaaten, die Angebote nutzen zu können.

I: Sind Sie persönlich mit dem neuen Entwurf einer europäischen Wirtschafts-Strategie, Europa 2020, grundsätzlich zufrieden?

B: Es findet sich in den Leitinitiativen eine Fülle an Maßnahmen, die zu unterstützen sind aber noch konkretisiert werden müssen. Aus Sicht der Land- und Forstwirtschaft ist festzuhalten, dass dieser Sektor aktiv zur Erreichung einiger Ziele beitragen kann - z.B. Nutzung des Potentials für Erneuerbare Energie. Ein wenig zurückhaltend bin ich noch im Hinblick auf die möglichen budgetären Auswirkungen der Strategie: Wenn sich das EU-Budget zunehmend am Beitrag von Politiken an der 2020-Strategie orientiert, besteht die Gefahr, dass einige Bereiche wie die GAP inkl. der ländlichen Entwicklung unterdotiert sein könnten.

I: Welches waren die Hauptanliegen von österreichischer Seite für die neue Wachstums- und Beschäftigungsstrategie bzw. welches war das Hauptanliegen der Landwirtschaftskammer?

B: Siehe meine einleitende Bemerkung: die GAP ist als strategischer Schlüsselbereich der EU-Politik zu erhalten, so hat jüngst eine Studie des WIFO aufgezeigt, welche Folgen ein Wegfall bestimmter Leistungen auf die Landwirte und die ländlichen Räume insgesamt haben würde: verstärkte Abwanderung, sozioökonomische Folgen aber auch ökologische (Änderung der Landnutzung), Konzentration der Produktion auf die wenigen wettbewerbsfähigen Standorte mit starker Intensivierung der Produktion (Industrialisierung). Die LKÖ ist stets bemüht, auf den positiven Beitrag der LuF zu verweisen bei Erreichung aller Ziele: nachhaltige Entwicklung, ökologische und klimapolitische Leistungen, Sicherung von Arbeitsplätzen und Schaffung zusätzlicher (z.B. im Bereich der Grünen Energie und Innovation/angewandter Forschung).

I: Wie wird die Europa 2020-Strategie innerhalb der nächsten zehn Jahren konkret Einfluss auf die österreichische Politik nehmen? Wird die Strategie von der

österreichischen Regierung als übergeordnetes Pflichtgebot oder lediglich als europäischer Vorschlagskatalog gesehen?

- B: Ich denke dass die Umsetzung in Österreich in bewährter Manier erfolgen wird, hoffentlich mit guter Einbindung der Sozialpartner. Es ist zu beobachten, inwiefern es mit der angepeilten gemeinsamen Strategie der vier großen EU-Fonds zu praktischen Änderungen in der nationalen Strategieplanung kommen wird. Aus Sicht der LKÖ ist wichtig festzuhalten, dass es dabei zu keiner Kompetenzverschiebung kommen soll, die verstärkte Koordinierung erscheint aber sinnvoll und ist grundsätzlich zu unterstützen.

II.3. Interview mit Mag. Edda Knittel

Mail-Korrespondenz am 20. Dezember 2010

I: Gerhard Paleczny

B: Mag. Edda Knittel, EU-Koordinatorin der Wirtschaftskammer Österreich

I: Die Europäische Kommission räumt ein, dass die Lissabon-Strategie im Großen und Ganzen gescheitert ist. Welche positiven Aspekte des ersten Versuchs einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie kann man dennoch für die neue Europa 2020-Strategie mitnehmen?

B: Sonst gäbe es gar keine Strukturreformen. Und ohne Lissabon-Strategie stünden die Mitgliedstaaten wohl noch schlechter da. Erstmals gibt es ein EU-weites gemeinsames Bewusstsein bzw. einen Konsens für nötige Reformen.

I: Warum, glauben Sie, wurde die neue Wachstumsstrategie der Union wieder relativ langfristig auf zehn Jahre angelegt? Birgt das nicht das Risiko, dass man sich aufgrund eines unerwarteten Konjunkturerinbruchs (wie in den Jahren 2001 und 2008) wieder vollkommen neu orientieren und die Kernziele neu formulieren muss?

B: Strukturreformen gehen nicht von heute auf morgen sondern brauchen Zeit um zu greifen, daher die zehn Jahre. Die Ziele bleiben auch ungeachtet der Konjunktur mittelfristig richtig, die WKÖ hat sich aber im Vorfeld für Zwischenziele nach fünf Jahren ausgesprochen.

I: Eine umfassende Verfahrensreform blieb aus, die massiv kritisierte Offene Methode der Koordinierung wird bei Europa 2020 fortgesetzt. Die Kommission ist allerdings seit der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon mit neuen Rechten ausgestattet. Ihre Einschätzung, glauben Sie an eine bessere Koordinierung von Europa 2020 sowie an eine gesteigerte Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten?

- B: Die Krise, insbesondere die Euro-Krise hat den Mitgliedsstaaten deutlich gemacht, dass die Lissabon/EU-2020-Ziele und die damit einhergehenden Strukturreformen unabdingbar sind. Diese Einsicht könnte die Kooperationsbereitschaft erhöhen. Aus Sicht der WKÖ ist die künftig gemeinsame Berichterstattung im Rahmen des Europäischen Semesters sinnvoll. Andererseits hat der Europäische Rat die Governance abgeschwächt.
- I: Viele sagen, die Lissabon-Strategie scheiterte weniger an ihren Konzepten, sondern in erster Linie an deren mangelnder Umsetzung. Es gab bei der Verwirklichung der Lissabon-Ziele enorme Unterschiede bei den Mitgliedstaaten. Wie hat Österreich hierbei abgeschnitten?
- B: Österreich hat sowohl beim Beschäftigungs- als auch beim F&E-Ziel im Vergleich sehr gut abgeschnitten. Die länderspezifische Empfehlung für Österreich im Dezember 2008 lautete: *„In light of the Commission's assessment of progress made, the Council recommends Austria to pursue the implementation of structural reforms. In particular, it is recommended that Austria: further improves incentives for older workers to continue working by implementing a comprehensive strategy including enhanced job-related training, adaptation of working conditions, and tightening the conditions for early retirement; and improves education outcomes for disadvantaged youth.“*³²³
- I: Ist die Wirtschaftskammer mit dem nun endgültigen Entwurf der Europa 2020-Strategie grundsätzlich zufrieden?
- B: Grundsätzlich ja, wir hätten uns aber z.B. eine stärkere Governance gewünscht und haben uns im Vorfeld auch gemeinsam mit den Sozialpartnern für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ausgesprochen, sowie für die Setzung von Zwischenzielen für fünf Jahre.

³²³ Siehe hierzu: Europäische Kommission 2009b, 42

I: Vergleicht man die nationalen, ökonomischen Messdaten mit den Kernzielen von Europa 2020, wo sehen Sie für Österreich besonderen Handlungsbedarf?

B: [...] Für Österreich hat das Economic Policy Committee u.a. folgende Wachstumshemmnisse identifiziert:

1) *Kombination von fiskalpolitischer Konsolidierung mit einer Umschichtung öffentlicher Ausgaben in Richtung wachstumsfördernder Bereiche; Fiskalbeziehungen zwischen den verschiedenen Regierungsebenen!*

- *Eine Reduktion von Ineffizienzen, die aufgrund der Komplexität der verschiedenen Regierungsebenen im Bereich der Finanzbeziehungen bestehen, könnten die öffentlichen Finanzen wieder auf einen nachhaltigen Pfad bringen und neue Ressourcen für Investitionen im F&E-Bereich sowie für den Bildungsbereich bringen*

2) *Sicherstellung eines gut funktionierenden und stabilen Finanzsektors, der die Bedürfnisse der Realwirtschaft abdeckt*

3) *Weitere Erhöhung der Teilnahme am Arbeitsmarkt*

- *Die weitere Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von älteren Arbeitnehmern bleibt eine wichtige Herausforderung für Österreich. Darüber sollte zusätzliches Arbeitsangebot durch Aktivierung von Arbeitnehmern kommen, die derzeit durch negative Anreize vom Arbeitsmarkt abgehalten werden.*

4) *Sicherstellung eines stärkeren Beitrags des Bildungssystems für das Humankapital und Verstärkung der Innovationskapazität, um Investitionen zu fördern*

- *Die Reform des Bildungssystems auf allen Ebenen und die Erhöhung der Anzahl der Absolventen im Bereich Naturwissenschaft und Technik würde Österreich helfen, den relativ hohen Anteil an F&E-Ausgaben auch in ein*

*Upgrading der Produktionsstruktur in Richtung High-Tech-Güter und Dienstleistungen zu bringen.*³²⁴

Diese 4 Punkte werden von der WKÖ geteilt.

- I: Meine letzte Frage: Wie wird die Europa 2020-Strategie innerhalb der nächsten zehn Jahren konkret Einfluss auf die österreichische Politik nehmen? Manche Beobachter meinen, es fehlen die Anreize, um die teils sehr ehrgeizigen Ziele der Strategie auch tatsächlich zu verwirklichen. Wird Europa 2020 von der österreichischen Regierung als übergeordnetes Pflichtgebot oder lediglich als europäischer Vorschlagskatalog gesehen?
- B: Nach unserer Einschätzung wird die Europa 2020-Strategie von der österreichischen Regierung ernst genommen, wenngleich Sanktionsmechanismen fehlen.

³²⁴ Siehe hierzu: ECOFIN 2010, 5f

II.4. Interview mit Mag. Tanja Buzek

Mail-Korrespondenz am 14. Jänner 2011

I: Gerhard Paleczny
B: Mag. Tanja Buzek, Mitarbeiterin des Europabüros des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

I: Die Europäische Kommission räumt ein, dass die Lissabon-Strategie im Großen und Ganzen gescheitert ist. Welche positiven Aspekte des ersten Versuchs einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie kann man dennoch für die neue Europa 2020-Strategie mitnehmen?

B: Positiv ist sicher, dass mit der Lissabon-Strategie, vor allem mit ihrer Neuausrichtung 2005, das Thema bessere Beschäftigungsmöglichkeiten auf die politische Agenda der EU gesetzt wurde. Nichtsdestotrotz hat die Entwicklung gezeigt, dass die möglichen Beschäftigungspotentiale nicht vollständig genutzt wurden und es auch nicht gelungen ist, die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern. Zum einen wegen der im Unterschied zu den Stabilitätskriterien mangelnden Verbindlichkeit sozial- und beschäftigungspolitischer Zielsetzungen; zum anderen bestehen unserer Ansicht nach sehr wohl Spielräume – wie etwa beim Wirtschafts- und Stabilitätspakt – die im Interesse einer höheren Beschäftigungswirksamkeit genützt werden sollten.

I: Eine umfassende Verfahrensreform blieb aus, die massiv kritisierte Offene Methode der Koordinierung wird bei Europa 2020 fortgesetzt. Die Kommission ist allerdings seit der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon mit neuen Rechten ausgestattet. Ihre Einschätzung, glauben Sie an eine bessere Koordinierung von Europa 2020 sowie an eine gesteigerte Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten?

B: Der Fokus auf nur wenige Ziele in der neuen Europa 2020 Strategie ist sicherlich ein guter Ansatzpunkt für eine bessere Koordinierung, die Kritik an der mangelnden Verbindlichkeit der Zielvorgaben bleibt natürlich bestehen. Was die gesteigerte Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten betrifft, steht im Moment

bei allen Mitgliedstaaten nach wie vor die unmittelbare Krisenbewältigung (Spanien kämpft beispielsweise mit 20% Arbeitslosigkeit, 40% bei Jugendlichen) und in der Folge die Konsolidierung der Budgetdefizite im Vordergrund. Zudem kollidieren die Ziele der Europa 2020 Strategie, die Investitionen in Arbeitsmarkt, Bildung, Forschung etc. erfordern, mit den aktuellen Vorhaben der EU-Kommission (Stichwort: Economic Governance, massive EU-weite Sparprogramme).

- I: Die Europäische Kommission schreibt 2010 in ihrem Arbeitspapier hinsichtlich der gescheiterten Lissabon-Strategie: *„Die Welt hat sich sicherlich mehr verändert und anders entwickelt, als Analysten, Entscheidungsträger und Politiker dies damals erwartet hätten.“* Ist man diesmal gegen unvorhersehbare Ereignisse besser gewappnet?
- B: Der Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise und der wirtschaftliche Abschwung haben sicherlich die letzten zwei Jahre der Lissabon-Strategie unvorhergesehen beeinflusst, sind jedoch nicht für das Scheitern hauptverantwortlich. Wie bereits oben erwähnt, scheint derzeit v.a. die konterkarierende Politik der Kommission im Bereich der vorgeschlagenen EU-Wirtschaftsregierung die Umsetzung der 2020-Ziele durch die Mitgliedstaaten zu erschweren. Die Erreichung des Armutszieles steht beispielsweise im Widerspruch zu den EU-weit vorgelegten Kürzungen bei Löhnen, Pensionen und Sozialleistungen im Rahmen der nationalen Budgetkonsolidierung.
- I: Man sagt: Die Lissabon-Strategie scheiterte weniger an ihren Konzepten, sondern in erster Linie an deren mangelnder Umsetzung. Es gab bei der Verwirklichung der Lissabon-Ziele enorme Unterschiede bei den Mitgliedstaaten. Wie hat Österreich hierbei abgeschnitten?
- B: Österreich hat im EU-Vergleich bei der Erreichung der Ziele nicht schlecht abgeschnitten, führend waren hier vor allem die skandinavischen EU-Länder. Nicht erreicht hat Österreich jedenfalls die Ziele im Bereich der Beschäftigung älterer Erwerbstätiger, der Kinderbetreuung und von Forschung & Entwicklung (wenn

auch nur knapp). Bei den erneuerbaren Energien lag Österreich beispielsweise mit seinem Anteil bei der Stromproduktion im EU-Vergleich im Spitzenfeld.

- I: Ist der ÖGB mit dem Entwurf der Europa 2020-Strategie grundsätzlich zufrieden?
- B: Die Aufnahme des Armutszieles (20 Mio. Menschen weniger armutsgefährdet) in die neue Europa 2020 Strategie wurde vom ÖGB sehr begrüßt, v.a. die Festlegung auf konkrete europäische Ziele. Auch im Sozialbereich werden einige wichtige Fragen aufgegriffen (Stichwort: Rahmenwerk zu Arbeitsmodellen einschließlich Arbeitszeitregelung und Entsendung von ArbeitnehmerInnen). Eine grundsätzliche Neuausrichtung wie von uns gefordert (Stichwort: Korrekturen beim Stabilitäts- und Wachstumspakt, koordinierte Wirtschaftspolitik, Stärkung Binnennachfrage), stellt die neue Strategie jedoch nicht dar. Das Ziel der Vollbeschäftigung fehlt ebenfalls. Weiteres Beispiel: „New Jobs Agenda“ mit dem Ziel der „Modernisierung“ der Arbeitsmärkte, um Beschäftigung zu steigern. Die Initiativen der Kommission („Flexicurity“) haben sich schon oft letztlich als Rechtfertigung für einseitige Flexibilisierungsmaßnahmen erwiesen. Zudem haben wir, ebenso wie das EP, den engen Zeitrahmen 2010 für den Beschluss der Strategie kritisiert, die doch immerhin die strategische Ausrichtung der EU für die nächsten 10 Jahre zum Thema hat und innerhalb weniger Monate durch EWSA, EP und Rat quasi durchgepeitscht wurde.
- I: Welches waren die Hauptanliegen des ÖGB beim österreichischen Konsultationsprozess für die neue Wachstums- und Beschäftigungsstrategie?
- B: Wie erwähnt, ist aus unserer Sicht eine grundlegende Neuausrichtung der makroökonomischen Politik der EU notwendig um nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zu garantieren. Dazu zählen u.a. Wachstumsfokus (nicht ausschließlich Stabilitätsfokus), genügend Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Koordinierung bei Steuerfragen (kein Steuerwettbewerb), Stärkung der Binnennachfrage. Weitere ÖGB-Forderungen: Reform des EU-Budgets (Änderung der Gewichtung der Ausgaben), Regulierung der Finanzmärkte (Stabilität hier ist wichtig für Wachstum und Beschäftigung), Einklang von

ArbeitnehmerInneninteressen mit dem Binnenmarkt (Stichwort: EU-Entsenderichtlinie und Lohn- und Sozialdumping), EU-Klimapolitik (unter Berücksichtigung der Standortsicherung für Betriebe).

- I: Vergleicht man die nationalen, ökonomischen Messdaten mit den Kernzielen von Europa 2020, so gibt es für Österreich in einigen Belangen Aufholbedarf. Wo sehen Sie besonderen Handlungsbedarf?
- B: Wie schon die Lissabon-Strategie gezeigt hat, besteht in Österreich beispielsweise bei älteren Erwerbstätigen großer Nachholbedarf. Im Zusammenhang mit der weiteren Erhöhung des Anteils erwerbstätiger Frauen, bedeutet das für Österreich natürlich, dass beispielsweise ein Ausbau des Betreuungsangebotes nötig ist.
- I: Wie wird die Europa 2020-Strategie innerhalb der nächsten zehn Jahren konkret Einfluss auf die österreichische Politik nehmen? Wird die Strategie von der österreichischen Regierung als übergeordnetes Pflichtgebot oder lediglich als europäischer Vorschlagskatalog gesehen?
- B: Mit der Lissabon-Strategie fand wie schon erwähnt erstmals eine teilweise Europäisierung des Themas statt – im Sinne eines allgemeinen Grundrahmens bzw. allgemeiner Vorgaben -, die konkrete Umsetzung liegt jedoch nach wie vor bei den Mitgliedstaaten. Und hier gibt es große Spielräume, zumal es keine Sanktionsmöglichkeiten gibt und der EU ja laut Vertrag keine Kompetenz, sondern nur eine koordinierende Funktion zukommt. Ich sehe mich allerdings außer Stande für die österreichische Bundesregierung zu antworten. Fakt ist jedoch, dass alle Mitgliedstaaten derzeit voll auf mit ihren Maßnahmen zur Krisenbewältigung bzw. mit den Anforderungen für die Konsolidierung ihrer nationalen Haushalte beschäftigt sind (Stichwort: Europäisches Semester). Nichtsdestotrotz müssen die Mitgliedstaaten natürlich ihre Reformbemühungen konkret in den nationalen Reformplänen niederlegen.

II.5. Interview mit Dr. Clemens Wallner

Interviews am 22. Dezember 2010 und am 2. Februar 2011³²⁵, Industriellenvereinigung, Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

I: Gerhard Paleczny

B: Dr. Clemens Wallner, wirtschaftspolitischer Koordinator der Industriellenvereinigung Österreich

I: Die Europäische Kommission räumt ein, dass die Lissabon-Strategie im Großen und Ganzen gescheitert ist. Welche positiven Aspekte des ersten Versuchs einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie kann man dennoch für die neue Europa 2020-Strategie mitnehmen?

B: Eine Bilanz der Lissabon-Strategie?

I: Ja, warum nicht.

B: Erstens war sie eine Bewusstseinsbildung, dass man europaweit vorgehen muss, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Es war auch eine Bewusstseinsbildung, dass wir der USA hinterherhinken. Zweitens, die Idee, dass man die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitglieder anhand von Strukturindikatoren vergleicht und somit eine gewisse peer-pressure einführt. Das Ranking war zwar ein bisschen synthetisch, aber an und für sich war die Idee recht gut, dass man Quoten festlegt. [...] Leider hat die Lissabon-Strategie dasselbe Schicksal ereilt, wie den Stabilitätspakt: Man konnte und wollte keine richtigen Sanktionen einführen. Aber es gab jedenfalls eine gewisse Bewusstseinsbildung, dass bei der Wettbewerbsfähigkeit in Europa etwas getan werden muss.

I: Ist die Industriellenvereinigung mit dem neuen Entwurf einer europäischen Wirtschaftsstrategie, Europa 2020, zufrieden?

³²⁵ Das erste Interview mit Dr. Wallner am 22.12.2010 konnte aufgrund eines technischen Gebrechens nicht aufgezeichnet werden.

- B: Fangen wir mit dem Positiven an. Es wurde zumindest die Lissabon-Agenda fortgesetzt, also die Bewusstseinsbildung ist noch immer da. Es gab ja auch schon den Prozess Europa 2030 vom Weisen-Rat³²⁶ - da hätten wir uns eigentlich schon erwartet, dass bei Europa 2020 ein bisschen längerfristig gedacht wird. Wir hätten uns erstens erwartet, dass man der Tendenz, die sich seit 2005 abgezeichnet hat - nämlich dass man die Sozialagenda auch hineinbringt - entgegentritt. Also dass man versucht, eine eierlegende Wollmilchsau zu schaffen, wenn man sowohl Wettbewerbsfähigkeit stärken will, als auch die Nachhaltigkeit, als auch den sozialen Zusammenhalt. Es ist natürlich alles verlinkt, das ist klar, aber ich finde, wenn man sich eine Strategie setzt, muss man *ein* Ziel verfolgen. Man kann mit einer anderen Strategie ein anderes Ziel verfolgen. Die Tendenz, dass die soziale Agenda sehr stark integriert werden wird, die hat sich leider durchgesetzt. Europa 2020 ist also ein bisschen ein Widerspruch, wenn man auf der einen Seite auf Beschäftigung und auf der anderen Seite auch sehr stark auf Lohnerhöhungen setzt. Das widerspricht sich – will man mehr Beschäftigung schaffen oder will man den Beschäftigten höhere Löhne zahlen?
- I: Die IV hätte sich also in erster Linie eine kompaktere Agenda gewünscht, wenn ich das so auf den Punkt bringen darf.
- B: Ja. Die Zielsetzung, das muss man auch sagen, ist bei Europa 2020 positiv, die Kernziele inklusive der Faktoren. Positiv sind auch die flagship-initiatives, die groß angelegten Strategien, die verfolgt werden. Positiv ist auch die Idee des Europäischen Semesters, das heißt man hat den Stabilitätspakt stärker mit dem Nationalen Reformprogramm verquickt. Das ist gut, weil die Konsolidierung ja Hand in Hand mit den Budgetreformen geht. Recht interessant ist auch die Idee des jährlichen Wachstumsberichts. Negativ ist vor allem, wie gesagt, dass die soziale Agenda sehr stark hineingenommen wurde. Zweiter Punkt: es gibt wieder keine richtigen Sanktionen. Mahnungen oder Empfehlungen sind kein Ersatz.

³²⁶ Siehe hierzu: Márquez/Vike-Freiberga/Ollila 2010

- I: Und es gibt auch keine Belohnungen.
- B: Und keine Anreize, ja. Drittens, die große Herausforderung Demographie in Europa fehlt bei Europa 2020. Die ist aber jetzt lustigerweise im Jahreswirtschaftsbericht enthalten. Es hat sich offenbar schon herumgesprochen, dass das fehlt. Es ist nämlich so, sieht man sich die Alterspyramide an, so kommen genau ab dem Jahr 2020 die meisten EU-Bürger ins Pensionsalter. Und 2020 ist der Zug dann abgefahren, das heißt man muss diese zehn Jahre bis dahin verwenden, um die Strukturreformen anzupassen. Positiv ist an der Wirtschaftskrise, dass jetzt eben genau diese Reformen eingemahnt werden. [...]
- I: Schaut man sich die nationalen Kernziele an, wo sehen Sie für Österreich den meisten Handlungsbedarf?
- B: Die Ausarbeitung der nationalen Ziele war ein langes Hickhack. Wir haben jetzt für uns eine recht befriedigende Lösung. Denn wir wollen ja vorne sein, bessere Quoten als der EU-Durchschnitt liefern. Wir wollen zumindest zeigen, dass wir uns mit dem derzeitigen Level nicht begnügen. Ich sehe den geringsten Handlungsbedarf beim sozialen Zusammenhalt, weil wir die geringste Armutsgefährdungsquote haben. Und wir haben auch bei der Armutsgefährdungsschwelle einen hohen Wert. [...] Um sich als armutsgefährdet zu qualifizieren, bedarf es in Österreich mehr als in anderen Ländern. Ich will das nicht kleinreden, aber Armutsgefährdung wird immer vorhanden sein, auch in den reichsten Staaten. [...] Der Nachholbedarf im Bildungsbereich ist schwer abzuschätzen, weil die Schulabbrecherquote und die Bildungsquote keine politischen Ziele sein können. Aber gut, Bildungsziele sind wichtig. [...] Die größte Herausforderung wird das dritte Ziel, das Klimaziel sein. Unser damaliger Umweltminister Bartenstein hat sich in Kyoto das absolut strengste Ziel gesetzt, wir waren überambitioniert bei den Zielen. Und er musste das dann als Wirtschaftsminister ausbaden. [...] Die Industrie hat hier bei der Energieeffizienz einen sehr kleinen Spielraum. Interessanterweise haben auch die privaten Haushalte bei der thermischen Sanierung wenig Spielraum – die sind in den letzten Jahren schon sehr energieeffizient geworden wie eine vor ein paar Wochen erschienene

Studie im Umweltbericht besagt. Die größte Herausforderung ist der Verkehr auf der Straße und da ist es politisch sehr schwierig. [...] Wollen wir die Ziele erreichen, müssen wir hier eine Lösung finden. Was auch bedeutet, dass wir eine fiskalpolitische Lösung brauchen, denn wir zahlen jetzt schon pro Jahr ca. 80 bis 90 Millionen Euro für die Emissionszertifikate. Für die privaten Haushalte muss die ja der Staat zukaufen, die Industrie muss selber zahlen. Die Kosten werden sich in den nächsten Jahren enorm steigern. Dafür gibt es leider noch keine Rücklagen, wofür uns der Rechnungshof auch kritisiert hat.

I: Ich habe mich auch gefragt, ob die Europa 2020-Strategie von der österreichischen Regierung überhaupt ernst genommen wird. Also wird die Agenda als übergeordnetes Pflichtgebot oder mangels Sanktionsdrohungen lediglich als Vorschlagskatalog gesehen?

B: Den Eindruck habe ich nicht. Generell werden Strukturreformen derzeit in der Politik nicht sehr ernst genommen.

I: Letzte Frage: Ihre Einschätzung, wird Europa 2020 ein Erfolg? Funktioniert die Strategie?

B: Die Frage ist, ob die quantitativen Ziele von Europa 2020 erreicht werden. Ich kann's mir nicht vorstellen. Zumindest nicht im Rahmen von Europa 2020, vielleicht aber über den Umweg der neuen Euro-Krise, diesem außerplanmäßigen Mechanismus. Hier könnt ich's mir schon vorstellen, denn hier geht es um's eingemachte Geld. Es kann sein, dass die Haftungen nur unter der Bedingung vergeben werden, dass gewisse Strukturreformen vereinheitlicht werden. [...] Ich kann mir gut vorstellen, dass man einen gewissen Nachhaltigkeitsmechanismus einbaut. Ich kann mir gut vorstellen, dass dafür die Zeit reif ist. Die Frage ist, verschlafen wir das oder nicht. Es gibt eh nur eine Möglichkeit: Machen! Aber zu Europa 2020: Ich denke, dass seit dem Zeitpunkt, bei dem über die fehlenden Sanktionsmechanismen keine Debatte ausgebrochen ist, die Strategie gestorben ist. Man weiß ja eigentlich nicht einmal, wer auf europäischer Ebene dafür zuständig ist. Man hat es verabsäumt Rompuy das als Thema zu geben, ihm die Zuständigkeit

zu übertragen. Man hat es verabsäumt, dass die Strategie ein Chefthema wird. Dann hätte Rompuy, der sich am Anfang sehr stark in die Europa 2020-Sache eingebracht hat, auch eine echte Aufgabe gehabt. Das wäre eine Chance gewesen!

I: Herr Dr. Wallner, herzlichen Dank für das Interview!

II.6. Interview mit Dr. Peter Mooslechner

Mail-Korrespondenz am 15. Februar 2011

I: Gerhard Paleczny
B: Dr. Peter Mooslechner, Direktor der Hauptabteilung Volkswirtschaft der Österreichischen Nationalbank

I: Die Europäische Kommission räumt ein, dass die Lissabon-Strategie im Großen und Ganzen gescheitert ist. Welche positiven Aspekte des ersten Versuchs einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie kann man dennoch für die neue Europa 2020-Strategie mitnehmen?

B: Die Europa 2020 Strategie sieht vor, dass jedes Mitgliedsland bis spätestens Ende April jeden Jahres ein Nationales Reformprogramm für Wachstum und Beschäftigung gemeinsam mit dem Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramm vorlegt. Beide Programme sind zentrale Bausteine des sogenannten „Europäischen Semesters“, welches erstmals mit Jahresbeginn 2011 operativ wurde. Inhaltlich schließt dieses an die Konzeption und die Zielsetzungen der Lissabon-Strategie an, wobei freilich den durch die Krise der letzten Jahre veränderten Rahmenbedingungen und Erfordernissen Rechnung getragen wurde. Die konkreten Maßnahmen zur Erreichung der nationalen Ziele werden im Detail erst im Zuge der jeweiligen Budgetverhandlungen auf nationaler Ebene festgelegt. Vor diesem makroökonomischen Hintergrund eine Umsetzung der fünf EU-2020 Kernziele in nationale Ziele erfolgen. In Österreich wurden beispielsweise die nationalen Ziele am 5. Oktober 2010 vom Ministerrat verabschiedet. Da die Details erst anschließend im Zuge der Budgetverhandlungen fixiert werden konnten, wird erst im endgültigen Nationalen Reformprogramm Ende April 2011 eine umfassende Information über Reformvorhaben und deren Ablauf vorgelegt werden.

I: Eine umfassende Verfahrensreform blieb aus, die massiv kritisierte Offene Methode der Koordinierung wird bei Europa 2020 fortgesetzt. Die Kommission ist allerdings seit der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon mit neuen Rechten ausgestattet. Ihre Einschätzung, glauben Sie an eine bessere Koordinierung von

Europa 2020 sowie an eine gesteigerte Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten?

- B: Obwohl die Offene Methode der Koordinierung weiterhin bei der Umsetzung der Europa 2020 angewandt wird, gibt es Neuerungen in den Zuständigkeiten, wobei die OeNB nicht direkt bei der Umsetzung der Europa 2020-Strategie eingebunden ist. In der politischen Realität Europas ist Zusammenarbeit unabdingbar, um die definierten Ziele zu erreichen. Wachstum und Beschäftigung werden nur dann in unsere eng verflochtenen Volkswirtschaften zurückkehren, wenn alle Mitgliedstaaten – unter Berücksichtigung ihrer besonderen Gegebenheiten – am gleichen Strang ziehen. Es ist nicht davon auszugehen, dass es etwa im Fall von Mehrheitsbeschlüssen – also gegen den expliziten Widerstand einer Anzahl von Ländern - zu einer besseren und effizienteren Umsetzung von Maßnahmen kommen würde. Der Europäische Rat sollte anhand von Kommissionsvorschlägen und auf der Grundlage eines einzigen Kriteriums, nämlich inwieweit ein eindeutiger Mehrwert durch das Handeln der EU gegeben ist, allgemeine Orientierungshilfen geben. Hier kommt dem Europäischen Parlament eine besonders wichtige Aufgabe zu. Auch die Akteure auf nationaler und regionaler Ebene sowie die Sozialpartner müssen stärker einbezogen werden. Der Europäische Rat wird für die neue Strategie verantwortlich zeichnen. Der Europäische Rat beobachtet die Umsetzung des Programms Europa 2020 und kann sich bei künftigen Tagungen auf spezifische Themen (z. B. Forschung und Innovation, Qualifikationen) konzentrieren und Orientierungshilfe sowie notwendige Impulse geben. Die Kommission wird die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele beobachten, den Austausch auf politischer Ebene fördern und die notwendigen Vorschläge unterbreiten, um die Maßnahmen zu steuern und die Leitinitiativen der EU voranzubringen. Das Europäische Parlament wird einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der Bürger leisten und bei wichtigen Vorhaben als Mitgesetzgeber fungieren. Diese Partnerschaft sollte die EU-Ausschüsse, die nationalen Parlamente, die nationalen, regionalen und kommunalen Verwaltungen, die Sozialpartner, sonstige Beteiligte sowie die Zivilgesellschaft einbeziehen, um eine umfassende Mitwirkung an der Verwirklichung dieser Strategie zu gewährleisten.

- I: Die Europäische Kommission schreibt 2010 in ihrem Arbeitspapier hinsichtlich der gescheiterten Lissabon-Strategie: „*Die Welt hat sich sicherlich mehr verändert und anders entwickelt, als Analysten, Entscheidungsträger und Politiker dies damals erwartet hätten.*“ Ist man diesmal gegen unvorhersehbare Ereignisse besser gewappnet?
- B: Gegen unvorhersehbare Ereignisse ist man leider nie gewappnet. Es wäre naiv, so etwas zu erwarten. Aber Visionen sind wichtig, um das Commitment der Mitgliedstaaten für die gemeinsamen Ziele möglichst stark zu machen; gelingt das in der beabsichtigten Weise, ist sicherlich mit Fortschritten zu rechnen. Eine ex-ante Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik im Rahmen des EU Semesters unter Berücksichtigung der Kernziele der Europa 2020 Strategie sollte ja auch ein rascheres Agieren auf unvorhersehbare Ereignisse ermöglichen.
- I: Man sagt: Die Lissabon-Strategie scheiterte weniger an ihren Konzepten, sondern in erster Linie an deren mangelnder Umsetzung. Es gab bei der Verwirklichung der Lissabon-Ziele enorme Unterschiede bei den Mitgliedstaaten. Wie hat Österreich hierbei abgeschnitten?
- B: In ihrer Evaluierung des Lissabon Prozesses 2010 reihte die Europäische Kommission Österreich bei den Hauptzielen Beschäftigungsrate und F&E Ausgaben unter den Top 5, insofern hat Österreich gut abgeschnitten.³²⁷ Das Hauptproblem der Einschätzung liegt jedoch sicherlich darin, dass sich – nicht zuletzt krisenbedingt – die Rahmenbedingungen viel schneller und viel massiver geändert haben, als das absehbar und zu erwarten war. Aber das soll und kann auch nicht als einfache Entschuldigung herhalten, vielmehr braucht es aufgrund der Lehren aus der Krise wohl in vieler Hinsicht auch ein neues Verständnis für einige grundlegende wirtschaftspolitische Anforderungen.
- I: Ist die OeNB mit dem finalen Entwurf der Europa 2020-Strategie grundsätzlich zufrieden?

³²⁷ Siehe hierzu: Europäische Kommission 2010a

- B: Zunächst ist zu sagen, dass die Verwirklichung der 5 Kernziele der Europa 2020-Strategie nicht unmittelbar in die Agenden der OeNB fällt, sowohl aus geldpolitischer als auch finanzmarktstabilitätspolitischer Sicht großes Interesse an einer erfolgreichen Umsetzung dieser Strategie besteht. Aus den Erfahrungen des Lissabon-Prozesses hat die EU den Schluss gezogen, dass weniger und realistischere Ziele die neue wirtschaftspolitische Strategie bestimmen sollen. Sie konzentriert sich auf die drei Schwerpunkte intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Die Kernaussrichtung der Lissabon-Strategie (Wachstum & Wettbewerbsfähigkeit, Informationsgesellschaft) wird um die Komponente „ökologische Modernisierung“ nuanciert. Das ist sicherlich begrüßenswert. Im Gefolge der aktuellen Krise und der Frage um die Bewältigung ihrer Kosten gewinnen jedoch in der Wirtschaftspolitik viele völlig neue Fragen an Bedeutung. Da es für viele dieser Fragen auch aus wissenschaftlicher Perspektive noch keine finalen Antworten geben kann, wird sicherlich auch EU 2020 immer wieder an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen sein.
- I: Vergleicht man die nationalen, ökonomischen Daten mit den Kernzielen von Europa 2020, wo sehen Sie für Österreich besonderen Handlungsbedarf?
- B: In ihren Empfehlungen an Österreich im Rahmen der Lissabon Strategie hat die EU-Kommission die Erhöhung von Arbeitsanreizen für ältere Arbeitnehmer, stärkere betriebliche Ausbildung, Anpassung der Arbeitsbedingungen und Verbesserung der Ausbildung benachteiligter Jugendlicher als Prioritäten für den Arbeitsmarkt genannt. Das sind sicher vernünftige Punkte. Und ein Kernziel der EU 2020 Strategie, die Verbesserung des gesamten Bildungswesens, ist sicher auch ein wichtiger Punkt für Österreich. Gleichzeitig macht eine Gegenüberstellung dieser unzweifelhaft berechtigten Empfehlungen mit den derzeit kurzfristig zu lösenden Problemen auf europäischer Ebene (etwa im Fiskal- oder im Finanzmarktbereich) deutlich, wie schwierig unter den immer noch gegebenen Krisenvoraussetzungen eine Konzentration auf diese langfristigen Fragestellungen in der Realität ist.

- I: Ihre Einschätzung: Wird die Strategie von der österreichischen Regierung als übergeordnetes Pflichtgebot oder lediglich als europäischer Vorschlagskatalog gesehen?
- B: Nicht nur die Regierung hat sich mit EU 2020 beschäftigt, auch die Sozialpartner haben sich intensiv mit der Neuausrichtung der Lissabon Strategie befasst und sich in die Diskussion eingebracht. Das interpretiere ich als ein Zeichen, dass die neue Strategie Rückhalt bei den maßgeblichen gesellschaftlichen Akteuren hat, und das trägt sicher dazu bei, dieser Strategie – und ihrer Umsetzung - in der Wirtschaftspolitik Gewicht zu verleihen.

III. Abkürzungsverzeichnis

AMP	Aktive Arbeitsmarktpolitik
AMS	Arbeitsmarktservice Österreich
BAK (AK)	Bundesarbeiterkammer
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
BRIC(-S)	Brasilien, Russland, Indien und China (und Südafrika)
CEE	Mittel- und Osteuropäische Länder
ECOFIN	Rat für Wirtschaft und Finanzen
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
EU14	Die 14 EU-Mitgliedstaaten ohne Österreich (vor 2004)
EU27	Die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union
EU 2020	Europa 2020-Strategie (ursprünglicher Name)
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
EZB	Europäische Zentralbank
FPÖ (FP)	Freiheitliche Partei Österreich
FTI	Forschung, Technologie und Innovation
FuE	Forschung und Entwicklung
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
IV	Industriellenvereinigung Österreich
KMU	Kleinere und mittlere Unternehmen
LKÖ (LK)	Landwirtschaftskammer Österreich
LuF	Land- und Forstbetriebe
NGO	Non-Governmental Organization
NRP	Nationale Reformprogramme
OeNB	Österreichische Nationalbank
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
OMK	Offene Methode der Koordinierung
ÖVP (VP)	Österreichische Volkspartei
QIBB	Qualitätsinitiative Berufsbildung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ (SP)	Sozialdemokratische Partei Österreichs
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
USA (US)	United States of America

IV.1. Abstract

Europa braucht eine neue Wirtschaftsstrategie. Der erste gesamteuropäische Versuch der EU, die 2010 ausgelaufene Lissabon-Agenda, gilt gemeinhin als gescheitert. Die neue großangelegte Europa 2020-Strategie soll anders werden - sie steht für nachhaltiges, intelligentes und integratives Wachstum. Kann Europa 2020 den enorm hohen Ansprüchen tatsächlich gerecht werden und in den kommenden zehn Jahren die Grundlage der Wirtschaftspolitiken von 27 Mitgliedstaaten vorgeben? Oder wird die neue Strategie sang- und klanglos untergehen, weil sie von den Regierungen aufgrund mangelnder Sanktionsmaßnahmen einfach ignoriert wird?

Diese Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Europa 2020-Strategie aus österreichischer Sicht. Eingangs wird die ausgelaufene Lissabon-Strategie vorgestellt und analysiert. Eine objektive Bilanz der Agenda soll hin zu der Frage führen, warum Europa überhaupt so dringend einen Nachfolger für die erfolglose Lissabon-Strategie braucht. Eine Sammlung von Kernaussagen wissenschaftlicher Aufsätze versucht anschließend darzustellen, welche Fehler der Lissabon-Agenda korrigiert werden sollten und wie die Nachfolgerstrategie aussehen könnte. Anschließend wird der finale Entwurf der neuen Europa 2020-Strategie vorgestellt.

Der Hauptteil dieser Diplomarbeit beschäftigt sich mit Österreich und dem Umgang mit der Europa 2020-Strategie. Es wird sowohl Bezug auf den innerösterreichischen Positionsfindungsprozess als auch auf nationale Forderungen im Konsultationsverfahren auf europäischer Ebene genommen. Es soll außerdem diskutiert werden, wie konkret Europa 2020 in den nächsten zehn Jahren Einfluss auf Österreich und die Bundesregierung nehmen wird. Das erste Nationale Reformprogramm zu Europa 2020 ist ebenso ein zentraler Baustein dieser Arbeit. Es wird detailliert dargestellt und eingehend begutachtet, um zu klären, wie ambitioniert die Ziele ausgefallen sind und wie diese in den nächsten zehn Jahren erreicht werden sollen.

Im Rahmen dieser Arbeit wird überdies versucht, Positionen von österreichischen Institutionen hinsichtlich der Strategie herauszuarbeiten. Hierzu wurden vom Autor elf Interviews geführt, die allesamt ganz entscheidend zu seinem Erkenntnisgewinn beigetragen haben. Im letzten Kapitel werden alle Forschungsfragen noch einmal aufgegriffen und hinsichtlich der Ergebnisse aus rund einem Jahr Forschungstätigkeit analysiert. Ein kurzer spekulativer Ausblick wird die Arbeit schließen.

IV.2. Abstract (english)

Europe needs a new economic strategy. The first pan-European attempt of the EU, the 2010 Lisbon Agenda in phase-out, is commonly considered to be failed. The new large-scale Europe 2020 strategy shall be different - it stands for sustainable, smart and inclusive growth. But can Europe 2020 meet the enormously high expectations and define the basis of the economic policies of the 27 member states in the next ten years? Or will the new strategy rather go under without further ado because it will be ignored by the governments due to a lack of sanctions?

This thesis deals with the Europe 2020 strategy from an Austrian perspective. At the beginning the Lisbon strategy in phase-out is presented and analyzed. An objective review of the agenda shall lead to the question of why Europe is so urgently in need of a successor of the failed Lisbon strategy. A collection of scientific key statements will then attempt to list the mistakes of the Lisbon Agenda to be corrected and how the future strategy could look like. Then, the final draft of the new Europe 2020 strategy will be presented.

The main part of this thesis deals with Austria and the handling of the Europe 2020 strategy. It is covering both the intra-Austrian position identification process and the national demands in the consultation process on European level. It will also be discussed how Europe 2020 will concretely influence Austria and the Federal government in the next ten years. The first National Reform Programme to Europe 2020 is also a central component of this work. It is presented in detail and thoroughly examined to determine how ambitious the goals turned out and how these could be achieved in the next ten years.

It will also be attempted to identify the positions of Austrian institutions in respect of the strategy. For this purpose the author conducted eleven interviews, which have contributed significantly to his insights. In the last chapter all the research questions will be picked up again and analyzed with regard to the results from more than a year of research activity. A short speculative view is closing this thesis.

V.1. Lebenslauf des Autors

• Persönliche Daten

Name: Gerhard Paleczny
Geburtsdatum: 18. September 1983
Mail: gerhard@paleczny.at



• Schullaufbahn

1989 - 1993: Pädagogische Akademie, Übungsvolkschule Ettenreichgasse 45b, 1100 Wien
 1993 - 2002: Bundes- und Bundesrealgymnasium Ettenreichgasse 41-43, 1100 Wien

• Akademische Ausbildung

2003 - heute: Student der Politikwissenschaften an der Universität Wien
 2004 - 2009: Student der Psychologie an der Universität Wien

• Veröffentlichungen

- Paleczny, Gerhard (2003): Der Untergang des Aztekenreiches und die Folgen im 16. Jahrhundert. Grin Verlag, München/Ravensburg.
- Paleczny, Gerhard (2007): Anwendung des Netzwerksansatzes von Renate Mayntz auf die österreichische Forschungspolitik am Fallbeispiel „Doktorat neu“. Grin Verlag, München/Ravensburg.
- Paleczny, Gerhard (2008): Beat in der DDR. Musik und Politik in der Grauzone – 1949 bis 1972. Grin Verlag, München/Ravensburg.
- Paleczny, Gerhard (2008): Austrokorporatismus im Wandel. Gründe des Niedergangs der österreichischen Sozialpartnerschaft. Grin Verlag, München/Ravensburg.
- Paleczny, Gerhard (2008): Politische Bildung in der Weimarer Republik. Die sozialistische Arbeiterbildung und die bürgerlich-liberale Volkshochschulbewegung. Grin Verlag, München/Ravensburg.
- Paleczny, Gerhard (2009): Korporatismus auf österreichischer und europäischer Ebene. Österreichs Sozialpartnerschaft und der Soziale Dialog. Grin Verlag, München/Ravensburg.

• Andere wissenschaftliche Arbeiten

- Paleczny, Gerhard (2004): Verbesserung des Maastricht-Ergebnisses der Republik Österreich.
- Paleczny, Gerhard (2006): Gesellschaftliche Interessen im österreichischen Parlament.
- Paleczny, Gerhard (2007): Neue Kriege - eine kritische Betrachtung. Eine Gegenüberstellung von Mary Kaldor und Werner Ruf.
- Paleczny, Gerhard (2007): Advocacy-Koalitionen.
- Paleczny, Gerhard/Kirner, Alfred/Bakalar, Hanna/Baumhake, Katharina (2009): Die Veränderungen im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur aus personeller, organisatorischer und programmatischer Sicht.
- Paleczny, Gerhard (2010): Utopien im 20. Jahrhundert.

V.2. Curriculum Vitæ

• Personal Data

Full name: Gerhard Paleczny
Date of birth: September 18, 1983
E-Mail: gerhard@paleczny.at



• Education

1989 - 1993: Primary School, Ettenreichgasse 45b, 1100 Vienna
 1993 - 2002: Secondary School, BG & BRG Ettenreichgasse 41-43, 1100 Vienna

• Higher Education

2003 - today: student of Political Science (University of Vienna)
 2004 - 2009: student of Psychology (University of Vienna)

• Publications

- Paleczny, Gerhard (2003): Der Untergang des Aztekenreiches und die Folgen im 16. Jahrhundert. Grin Verlag, München/Ravensburg.
- Paleczny, Gerhard (2007): Anwendung des Netzwerksansatzes von Renate Mayntz auf die österreichische Forschungspolitik am Fallbeispiel „Doktorat neu“. Grin Verlag, München/Ravensburg.
- Paleczny, Gerhard (2008): Beat in der DDR. Musik und Politik in der Grauzone – 1949 bis 1972. Grin Verlag, München/Ravensburg.
- Paleczny, Gerhard (2008): Austrokorporatismus im Wandel. Gründe des Niedergangs der österreichischen Sozialpartnerschaft. Grin Verlag, München/Ravensburg.
- Paleczny, Gerhard (2008): Politische Bildung in der Weimarer Republik. Die sozialistische Arbeiterbildung und die bürgerlich-liberale Volkshochschulbewegung. Grin Verlag, München/Ravensburg.
- Paleczny, Gerhard (2009): Korporatismus auf österreichischer und europäischer Ebene. Österreichs Sozialpartnerschaft und der Soziale Dialog. Grin Verlag, München/Ravensburg.

• Other papers

- Paleczny, Gerhard (2004): Verbesserung des Maastricht-Ergebnisses der Republik Österreich.
- Paleczny, Gerhard (2006): Gesellschaftliche Interessen im österreichischen Parlament.
- Paleczny, Gerhard (2007): Neue Kriege - eine kritische Betrachtung. Eine Gegenüberstellung von Mary Kaldor und Werner Ruf.
- Paleczny, Gerhard (2007): Advocacy-Koalitionen.
- Paleczny, Gerhard/Kirner, Alfred/Bakalar, Hanna/Baumhakel, Katharina (2009): Die Veränderungen im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur aus personeller, organisatorischer und programmatischer Sicht.
- Paleczny, Gerhard (2010): Utopien im 20. Jahrhundert.